

# Stenographisches Protokoll.

## 9. Sitzung der V. Session der V. Wahlperiode des Landtages von Niederösterreich.

Freitag, den 18. Dezember 1953.

### Inhalt.

1. Eröffnung durch Präsident Saßmann (Seite 281).
2. Abwesenheitsanzeigen (Seite 281).
3. Verhandlung:

Antrag des Finanzausschusses, betreffend den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1954.

Fortsetzung der Spezialdebatte zu Gruppe 7, Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung. Redner: Abg. Etlinger (Seite 281), Abg. Tatzber (Seite 283), Abg. Schweinhammer (Seite 288), Abg. Gutscher (Seite 289), Abg. Wegerer (Seite 291), Abg. Nagl (Seite 292), Abg. Wenger (Seite 293), Abgeordneter Zeyer (Seite 297), Abg. Kuchner (Seite 298), Abg. Dubovsky (Seite 302), Abgeordneter Endl (Seite 303), Abg. Niklas (Seite 304), Abg. Hainisch (Seite 307), Abgeordneter Grabenhofer (Seite 307), Abgeordneter Ing. Hirmann (Seite 310), Abg. Schöberl (Seite 314); Abstimmung (Seite 314).

Spezialdebatte, Gruppe 9, Finanz- und Vermögensverwaltung. Berichterstatter Abgeordneter Schöberl (Seite 314); Abstimmung (Seite 314).

Abstimmung über den gesamten ordentlichen Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1954 (Seite 314).

Außerordentlicher Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1954.

Gruppe 0, Landtag und Allgemeine Verwaltung. Berichterstatter Abg. Schöberl (Seite 315); Abstimmung (Seite 315).

Gruppe 2, Schulwesen. Berichterstatter Abg. Schöberl (Seite 315 und Seite 316). Redner: Abg. Staffa (Seite 315), Abg. Sigmund (Seite 316), Abg. Anderl (Seite 316); Abstimmung (Seite 316).

Gruppe 3, Kulturwesen. Berichterstatter Abg. Schöberl (Seite 316); Abstimmung (Seite 317).

Gruppe 4, Fürsorgewesen und Jugendhilfe. Berichterstatter Abg. Schöberl (Seite 317 und Seite 318). Redner: Abg. Wondrak (Seite 317), Abg. Sigmund (Seite 317), Abgeordneter Anderl (Seite 318); Abstimmung (Seite 318).

Gruppe 5, Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung. Berichterstatter Abgeordneter Schöberl (Seite 318 und Seite 320). Redner: Abg. Gerhartl (Seite 318), Abgeordneter Dr. Steingötter (Seite 319), Abgeordneter Eckhart (Seite 319), Abg. Wenger (Seite 319), Abg. Pettenauer (Seite 319); Abstimmung (Seite 320).

Gruppe 6, Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen. Berichterstatter Abg. Schöberl (Seite 320 und Seite 323). Redner: Abgeordneter Prof. Zach (Seite 320); Abstimmung (Seite 323).

Gruppe 7, Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung. Berichterstatter Abge-

ordneter Schöberl (Seite 323); Abstimmung (Seite 323).

Gruppe 9, Finanz- und Vermögensverwaltung. Berichterstatter Abg. Schöberl (Seite 323 und Seite 328). Redner: Abg. Hilgarth (Seite 323), Abg. Wondrak (Seite 325), Abgeordneter Stangler (Seite 327); Abstimmung (Seite 329).

Abstimmung über den gesamten außerordentlichen Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1954 (Seite 329).

Gesetzentwurf über die Einhebung einer Landesumlage für das Jahr 1954. Berichterstatter Abg. Schöberl (Seite 329); Abstimmung (Seite 329).

Allgemeiner Dienstpostenplan 1954. Berichterstatter Abg. Schöberl (Seite 329 und Seite 330). Redner: Abg. Wenger (Seite 329); Abstimmung (Seite 330).

Dienstpostenplan 1954 für die Bediensteten der niederösterreichischen Straßen- und Brückenverwaltung. Berichterstatter Abgeordneter Schöberl (Seite 330); Abstimmung (Seite 330).

Antrag des Finanzausschusses zum Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1954. Berichterstatter Abg. Schöberl (Seite 330); Abstimmung (Seite 332).

Landesrat Müllner (Seite 332), Präsident Saßmann (Seite 333 und Seite 334), Abgeordneter Schwarzott (Seite 334).

**PRÄSIDENT SASSMANN** (um 9 Uhr 2 Minuten): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt, es ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung haben sich die Herren Landesrat Brachmann und Abgeordneter Ernecker wegen Krankheit entschuldigt.

Ich habe das Stenographische Protokoll der 12. Sitzung der IV. Session der V. Wahlperiode des Landtages vom 26. Juni 1953 auf die Plätze der Herren Abgeordneten auflegen lassen.

Wir gelangen zur Beratung der Tagesordnung.

Wir fahren in den Beratungen des Voranschlages fort, und zwar in der Spezialdebatte zu Gruppe 7 des ordentlichen Voranschlages.

Als nächstem Redner zu dieser Gruppe erteile ich Herrn Abg. Etlinger das Wort.

Abg. ETLINGER: Hohes Haus! Die Bedeutung der Gruppe 7 ging schon aus den gestrigen Ausführungen der beiden Herren Vor-

redner hervor. Der Herr Abg. Genner hat sich bemüht, die Sorgen der Landwirtschaft in Niederösterreich aufzuzeigen. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, um hier doch einige Richtigstellungen zu machen. Er sagt in seinen Ausführungen — besonders auf dem Gebiete des Viehabsatzes —, welch drückende Sorge der Bergbauern es ist, daß nichts geschieht. Ich kann jedoch zur Freude unserer Bauernschaft im Gebirge feststellen, daß die Bemühungen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft dazu beigetragen haben, 700 Stück Schlachtochsen anzukaufen, wodurch eine große Entlastung der Viehabsatzstockung herbeigeführt wurde. Weiter konnten im Rahmen des Mastförderungsgesetzes auch 800 Stück Jungochsen eingestellt werden, was sicherlich auch dazu beigetragen hat, den Viehabsatz in unseren Gebirgsdörfern zu fördern. Es ist auch sicherlich eine große Sorge der Gebirgsbauern, was auf dem Gebiet des Viehabsatzes und der Viehpreise geschieht. Ich möchte von dieser Stelle aus bitten, daß die Bemühungen des Landwirtschaftsministeriums und der Landwirtschaftskammer bezüglich der Viehpreise und der Deckung der Gestehungskosten fortgesetzt werden.

Eine weitere Sorge unserer Gebirgsbauern ist gestern auch von Kollegen Müllner aufgezeigt worden; sie betrifft die Postzustellung auf dem Lande. Ich gestatte mir, auch hierzu einige Bemerkungen zu machen. Es wurde gerade jetzt vor den Weihnachtsfeiertagen, sozusagen durch eine Friedensbotschaft, unsere Landbevölkerung, besonders im Bezirk Scheibbs, dadurch beunruhigt, daß die Postzustellung, die jetzt schon in völlig unzulänglicher Weise vor sich geht — bisher wurde die Post dreimal in der Woche zugestellt —, nur zweimal in der Woche erfolgen soll. Ich darf hier feststellen, daß im Postamt Steinkirchen am Forst schon vor 70 Jahren drei Landbriefträger angestellt waren; bis 1938 waren es vier Briefträger, und auch heute sind vier Briefträger dort angestellt, und es ist bisher möglich gewesen, die Post dreimal in der Woche zuzustellen. Jetzt will man aber darangehen, auch diese vier Briefträger zahlenmäßig zu vermindern und die Post nur zweimal in der Woche zuzustellen. Es ergibt sich hier die berechnete Frage, ob nicht auch unsere Landbevölkerung in einem modernen demokratischen Staat das Recht auf eine regelmäßige Postzustellung hat. Auch unsere Landbevölkerung hat das Recht auf den Bezug einer Tageszeitung; wenn aber die Postzustellung nur zweimal in der Woche erfolgt, dann ist es unmöglich, daß jemand eine Tageszeitung abonnieren kann. Ich möchte

mich daher dem bereits gestellten Resolutionsantrag anschließen und bitten, bei der Postdirektion dahin vorstellig zu werden, daß diesem Zustande abgeholfen wird, und daß unsere Bevölkerung draußen auch an den Kultureinrichtungen der Post einen entsprechenden Anteil bekommt.

Nun möchte ich die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses auf eine andere Frage lenken. Wir wissen, daß manches Gebiet in unserem Lande im Jahre 1953 von großen Sorgen durch eine schwere Unwetterkatastrophe heimgesucht wurde. Es wurde hier im niederösterreichischen Landtag zu dieser Frage schon in einer eigenen Sitzung Stellung genommen. Wir wissen, daß diese Unwetterkatastrophe, ganz besonders die großen Hagelschäden, in unserem Lande furchtbare Verwüstungen herbeigeführt haben. Es steht der Bauer jedes Jahr unmittelbar vor der Ernte vor der großen Sorge, ob es ihm möglich sein wird, seine Ernte einzubringen. Nicht allzu selten bricht gerade einige Wochen vor dem Einbringen der Ernte eine Unwetterkatastrophe herein, der Bauer steht dann vor dem Nichts, und seine Existenz ist schwer gefährdet. Die großen finanziellen Auswirkungen der Hilfeleistung des Landes für die Gemeinden brauche ich hier nicht besonders aufzuzeigen, denn wir wissen, daß sich das Land wirklich bemüht hat, durch die Widmung eines Betrages von drei Millionen Schilling den Bewohnern dieser Katastrophengebiete hilfreich beizuspringen. Darüber hinaus wurde durch die niederösterreichische Landesregierung eine Sammlung in die Wege geleitet. Alle diese Gelder zusammen reichen aber bei weitem nicht aus, um diese Schäden auch nur einigermaßen lindern zu können. Es ergibt sich hier die Frage, ob es nicht Mittel und Wege gibt, um diese Unwetterkatastrophen bzw. die großen Schäden, denen die Bevölkerung durch diese Unwetter ausgesetzt ist, hintanhalten zu können. Wir wissen, daß in Österreich eine Hagelversicherungsanstalt besteht, die bemüht ist, soweit es nur irgendwie möglich ist, die Ernten zu einem geringen Prämienatz zu versichern. Leider Gottes ist es aber in Österreich erst so weit, daß bis jetzt erst rund 70.000 Bauern gegen Hagel Schlag versichert sind. Wir haben einen Hagelschaden von zirka 150 Millionen Schilling zu verzeichnen, von dem zwei Drittel auf Niederösterreich entfallen. Wir wissen, daß im Lande Niederösterreich heuer 430 Gemeinden verhagelt wurden und daß nur 5700 Betriebe versichert waren. Diese 5700 versicherten Betriebe haben von der Hagelversicherung einen Betrag von 12,2 Millionen Schilling erhalten. Wir sehen daraus, welche wirksame

Entschädigungen diesen betroffenen Landwirten durch die Hagelversicherung gegeben werden können. Es wäre sicherlich möglich, daß die Hagelversicherung noch weiter ausgebaut werden könnte, wenn die Prämien irgendwie herabgesetzt würden. Es hat sich jedoch gerade im heurigen Jahre gezeigt, daß die Prämieingänge 21 Millionen Schilling ausgemacht haben und daß die ausbezahlte Schadenssumme mehr als 22 Millionen Schilling betragen hat. Wir können hier ruhig sagen, daß bei einer entsprechenden Förderung der Hagelversicherung durch eine eventuelle Herabsetzung der Prämien nicht nur die Großbetriebe in unserem Lande Niederösterreich, sondern darüber hinaus alle Bauern in Österreich ihre Vorteile hätten, weil wir ja wissen, daß in Österreich, laut der letzten Betriebszählung vom Jahre 1951, wo 432.448 Betriebe gezählt wurden, 105.213 Betriebe unter zwei Hektar, 102.687 Betriebe mit zwei bis fünf Hektar und 158.421 Betriebe mit fünf bis 20 Hektar zu verzeichnen waren. Diese 366.321 Wirtschaften sind Betriebe bis zu 20 Hektar. Ich glaube, jeder hier im Hohen Hause wird mir zustimmen, wenn ich sage, daß Landwirtschaftsbetriebe bis zu 20 Hektar als solche von Klein- und Mittelbauern anzusehen sind. Wir haben in Österreich nur 66.527 Betriebe mit mehr als 20 Hektar Grund. Wir ersehen aus diesem statistischen Material, wenn aus öffentlichen Mitteln die Möglichkeit bestünde, die Hagelversicherungsprämien irgendwie zu ermäßigen, daß dann auch unseren kleinen Bauern geholfen werden könnte.

Ich möchte daher die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses darauf lenken, sich mit dieser Frage näher zu beschäftigen und so in Österreich, besonders aber im Lande Niederösterreich, die Möglichkeit einer Verbreiterung der Hagelversicherung zu schaffen.

Am 14. Dezember war hier in Wien eine Enquete. Es waren maßgebende Vertreter aus der Wirtschaft anwesend, unter anderem auch ein Versicherungsdirektor aus der Schweiz, Herr Dr. Fee, der ein Fachmann auf dem Gebiet des Versicherungswesens ist. Dieser hat uns die Entwicklung der Hagelversicherung in der Schweiz aufgezeigt. Die Schweiz ist auch in diesen Belangen für uns ein Vorbild. Sie hat dazu beigetragen, daß der Landwirtschaft die Möglichkeit gegeben wird, eine weitgehende Hagelversicherung abzuschließen. Es würde vielleicht auch bei uns im Lande Niederösterreich möglich sein, aus dem Katastrophenfonds einen Beitrag an die Hagelversicherung zu leisten, damit in unserem Lande Niederösterreich die Prämien herabgesetzt werden können.

Ich gestatte mir daher, um dieser Frage vielleicht doch näherzutreten zu können, einen Resolutionsantrag einzubringen, welcher lautet (*liest*):

„Die Landesregierung wird aufgefordert, zu prüfen, ob nicht die Möglichkeit besteht, der Hagelversicherung Zuschüsse zu geben, um die Prämien auf ein für die Landwirtschaft wirtschaftlich erträgliches Ausmaß herabzusetzen.“

Ich bin der Meinung, wenn es gelingt, eine Prämienenkung zu gewähren, daß wir damit auch so und so vielen kleinen und kleinsten Landwirten die Möglichkeit geben, eine Hagelversicherung abzuschließen. Damit nehmen wir so manchem Bauern und Kleinbauern die große Sorge vor der Einbringung seiner Ernte ab, darüber hinaus aber auch den Gemeinden, weil wir ja alle wissen, daß bei solchen Katastrophenfällen die Gemeinden bzw. die Finanzämter immer wieder verpflichtet sind, auf Grund des Elementarschadengesetzes die Grundsteuer herabzusetzen, wodurch den Gemeinden große Einnahmen entgehen. Es könnte dem Lande Niederösterreich dadurch so manche Sorge, wie sie sich im heurigen Jahre ergeben hat, erspart bleiben, und es wäre so manche große Gefahr, welche unser Land, die Gemeinden und die Bauern bedroht, nach menschlichem Ermessen vielleicht doch wenigstens gemildert.

In diesem Sinne bitte ich, diesem Antrag die Zustimmung zu geben und alles zu veranlassen, damit künftighin auf diesem Gebiet die Möglichkeit geschaffen werden kann, daß unsere Bauern in Österreich eine entsprechende Hagelversicherung abschließen können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Tatzber.

Abg. TATZBER: Hohes Haus! Es sind drei Erzeugnisse, die dem bäuerlichen Betrieb das finanzielle Rückgrat abgeben, nämlich das Brotgetreide, die Milch und in gewissen Gebieten die Zuckerrübe. Natürlich sind diese drei Bodenerzeugnisse hauptsächlich Erzeugnisse des Flachlandes. Im Hügelland und im Bergland kommt dagegen hauptsächlich nur die Milch in Frage. Wir müssen feststellen, daß der Bauer bei diesen Bodenerzeugnissen nur deswegen sicher mit Erträgen rechnen kann, weil diese Produkte der freien Marktwirtschaft entzogen sind und hier feste Preise bestehen, so daß der Landwirt kalkulieren und seine Wirtschaft entsprechend einstellen kann. Wenn wir die übrigen landwirtschaftlichen Produkte diesbezüglich betrachten, so müssen wir feststellen, daß sie dem Angebot

und der Nachfrage unterworfen sind und daher nur variable Preise bestehen, mit denen der Landwirt nicht so rechnen kann, weil er eben hier mit allen möglichen und unmöglichen Dingen rechnen muß. Ich verweise hier nur auf die Schweinefleischpreise. Wir wissen, daß dem Landwirt ungefähr 12.50 S mehr oder weniger garantiert werden. Sind aber diese Preise zu halten? Wenn wir dieses Schlagwort vom „Schweinezyklus“ betrachten, können wir feststellen, welches Hin und Her, Auf und Ab auf diesem Gebiet festzustellen ist. Sie sehen also, daß diese Dinge hier natürlich ganz anders liegen, und daß die freie Marktwirtschaft, gegen die man vorher so viel gewettert hat, auch ihre guten Seiten hat.

Eine neue Beunruhigung in der Landwirtschaft ist derzeit aufgetaucht, und zwar betrifft das den Einschluß der landwirtschaftlichen Produkte in die Liberalisierung. Wir können diesbezüglich nicht alles in einen Topf werfen, denn es gibt landwirtschaftliche Produkte, die wir in Österreich erzeugen und die auch im Ausland konkurrenzfähig sind. Wenn wir hier nur den Wein in Betracht ziehen, so müssen wir feststellen, daß die Kultivierung des Weines in Österreich, besonders aber bei uns in Niederösterreich, sehr viele und hohe Anforderungen stellt, und daß wir unsere Erträge wirklich dem Boden abringen müssen. Würde auf diesem Gebiet eine Liberalisierung Platz greifen, dann glaube ich, würde der niederösterreichische Wein mit seiner Güte und Bekömmlichkeit schon konkurrenzfähig sein. Wie aber der Wein in Italien und in Frankreich erzeugt wird, mit dem können wir nicht konkurrieren. Sie sehen daraus, daß auf diesem Gebiet die Liberalisierung nicht so hundertprozentig durchzuführen ist. Wir wissen, daß daran hunderte und tausende Existenzen hängen, und daß daher die Liberalisierung in der Landwirtschaft schon sehr gut überlegt sein muß. Eines aber dürfen wir nicht vergessen — jetzt geht ja der Wind so —, nämlich die landwirtschaftliche Vereinigung von Europa. Wenn sich die europäischen Staaten zusammenschließen und sich mit der Liberalisierung beschäftigen, so müssen wir, wenn wir uns nicht selbst aufgeben wollen, darnach trachten, daß diese Liberalisierung auch in irgendeiner Form — soweit es eben möglich ist — für die Landwirtschaft in Frage kommt. Wir müssen uns hier nur fragen: Was ist dann zu tun, wenn sich die Liberalisierung durchsetzt? Wir müssen trachten, daß wir dieser Liberalisierung gewachsen sind, daß wir mit unseren Bodenerzeugnissen konkurrenzfähig sind. Es gibt auf diesem Gebiet verschiedene Dinge, mit

denen wir uns helfen können. Die erste Notwendigkeit besteht darin, die Produktion so zu steigern, daß wir konkurrenzfähig sind, und die zweite Notwendigkeit liegt in der Lenkung und Planung unserer Landwirtschaft.

Wenn wir von der Produktion reden, dann müssen wir in erster Linie daran denken, die Mechanisierung und Technisierung bis in die kleinsten Bauernhöfe zu bringen. Erst dann wird es uns möglich sein, uns auf diesem Gebiet ganz anders zu bewegen. Die Statistik zeigt — diesbezüglich hat schon Kollege Etlinger gesprochen —, daß wir in Niederösterreich tausende kleine Betriebe haben. 87 Prozent der bäuerlichen Betriebe haben ein Grundausmaß bis zu 20 Hektar. Gerade diese große Schichte von bäuerlichen Betrieben ist es, die wir der Mechanisierung und Technisierung teilhaftig werden lassen müssen. Diesbezüglich gibt es natürlich verschiedene Bestrebungen. Ich möchte da besonders auf eines verweisen. Schauen Sie, früher war im Dorf die einzige Kreditmöglichkeit bei der Raiffeisenkasse. Wir müssen aber heute feststellen, daß diese Raiffeisenkassen heute nur mehr ein dürftiges Dasein haben. Es ist nicht mehr so wie früher, wo sie gute Wirkungen aufzuweisen gehabt haben. Heute ist ihnen diese Wirkung fast vollständig verlorengegangen. Die Raiffeisenkassen sind nur mehr in der Lage, den Kreditwerbern Kredite in der Höhe von 3000 S bis 5000 S zu geben. Was ist aber heute schon mit 3000 bis 5000 S anzufangen? Um diesen Betrag kann man sich jetzt keine Maschine mehr kaufen, auch nicht etwa durch Ankauf usw. seine Wirtschaft vergrößern. Sie sehen also, daß wir auch darauf unser Augenmerk lenken müssen, daß diese bäuerlichen Kreditinstitute, die Raiffeisenkassen, mehr gefördert werden. Sie sollen unter Umständen — ich bin nicht so genau im Bilde, wie die Statistik hier aussieht — durch Kredite unterstützt und so in die Lage versetzt werden, ihren Mitgliedern größere Beträge zur Verfügung zu stellen. So könnten wir auf finanziellem Gebiet unter Umständen draußen dem einen oder anderen dazu verhelfen, daß er sich auf eigene Füße stellen kann.

Wenn wir von der Produktivität reden, so ist dazu zu erwähnen, daß die Kommassierung, die Zusammenlegung von Grundstücken, dazu angetan ist, die Bewirtschaftung der Grundstücke rentabler zu gestalten. Wir haben auch bereits zahlreiche Meliorationen durchgeführt, wodurch neuer Grund erschlossen wurde. Der einzelne Betrieb kann nunmehr voll ausgenützt werden, und der Besitzer

wird so auch in die Lage versetzt, konkurrenzfähig zu sein.

Nun komme ich zur Frage der Maschinenhilfe. In dieser Frage gehen unsere Ansichten auseinander. Ich stehe, ebenso wie meine Fraktion, auf dem Standpunkt, wenn wir den vielen tausenden Klein- und Mittelbetrieben moderne landwirtschaftliche Maschinen zur Verfügung stellen, diese Betriebe produktiver und rentabler arbeiten können. Das muß eine wirkliche Hilfe sein, aber nicht eine solche, wie etwa unter dem Titel Maschinenstation, wo es heißt, das kostet soundso viel und das muß diesen oder jenen Gewinn bringen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es so durchgeführt werden soll wie in Kärnten. Die ÖVP greift die Kärntner Maschinenstationen immer an und stellt die Sache so dar, als ob sie bereits zusammenbrechen würden. Dazu kann ich nur anführen, daß die Maschinenhilfe in Kärnten ausschließlich von der Landesregierung durchgeführt wird, und daß sie durchaus nicht am Zusammenbrechen ist. Die privaten Maschinenstationen sind wohl zusammengebrochen, aber die Maschinenhilfe des Landes Kärnten erweitert sich im Gegensatz dazu immer mehr und mehr. In dem kleinen Lande Kärnten wurden bereits 29 solche Maschinenstationen auf genossenschaftlicher Basis errichtet, die sich aus den Kostenbeiträgen derjenigen Bauern erhalten, die diese Maschinenstationen benützen. Die ÖVP lehnt diesen Gedanken ab, sie steht auf dem Standpunkt, daß hier die Privatinitiative bahnbrechend sein soll. Die Privatinitiative mit öffentlichen Mitteln, das ist Ihre Meinung, die Meinung der ÖVP. Wir stehen dagegen auf dem Standpunkt, wenn schon Privatinitiative, dann soll diese es mit eigenen Mitteln machen. Man errichtet damit aber ein neues Gewerbe, welches sich seinen Gewinn ausschließlich von den Schwachen, vom Bauern, holt. Wenn wir diese privaten Maschinenstationen errichten, dann geben wir dem Bauern einen neuen Ausbeuter! Wir lehnen das ab, und die Verantwortung dafür werden Sie zu tragen haben. Der Landwirtschaftskammer ist eine Liste überreicht worden, wonach 41 solche private Maschinenstationen errichtet werden sollen, denen öffentliche bzw. ERP-Mittel im Ausmaß von 4,6 Millionen Schilling übergeben werden sollen. Es sind aber noch viel größere Vorhaben im Zuge. Das ist keine Hilfe für den Bauern draußen, wenn man ihm einen neuen Unternehmer gegenüberstellt, der seinen Gewinn erzielen will, noch dazu, daß diesem Unternehmer die notwendigen Gelder aus ERP-Mitteln zur Verfügung gestellt werden. Diese Unternehmer sollen zwar diese Gelder mit 2% Prozent

Zinsen zurückzahlen, wobei aber ausdrücklich erklärt wird, daß die letzten zwei Jahresraten geschenkt werden sollen, wenn sich diese Maschinenstationen bewähren. Das können wir nicht unterstützen, sondern wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es unbedingt gemeinnützige Anstalten sein müssen. Sie sollen ja eine Hilfe für den kleinen Mann im Dorfe draußen sein, damit er unter dem Trubel, der sich durch die Liberalisierung auftut, nicht untergeht. So verstehen wir die Landmaschinenhilfe, und so wollen wir natürlich auch trachten, daß wir auf dem Gebiet den Kleinen im Dorfe helfen. Wenn ich von den Kleinen im Dorfe spreche, so ist das kein leeres Wort. Es soll kein Angriff gegen das Besitzverhältnis sein. Es wird aber notwendig sein, daß wir lenken und planen. Wir müssen ja bedenken, daß wir zum Beispiel in der Roggenproduktion unserer Landwirtschaft beinahe autark sind — dabei dürfen wir nicht vergessen, daß der Roggenverbrauch in Österreich eine rückgängige Tendenz aufweist —, daß wir aber auf der anderen Seite jährlich bei 300.000 Tonnen Weizen einführen müssen. Daraus ersehen Sie schon, daß das Planen und Lenken etwas für sich hat. Man müßte daher in den ausgesprochenen Weizengebieten nur Weizen und in den Roggengebieten, wo Weizen nicht mehr produziert werden kann, weil der Boden und das Klima nicht entsprechend sind, nur Roggen anbauen. Ich spreche da augenblicklich für das Alpenvorland, das Waldviertel und dergleichen, damit auch diesen Menschen dort ihre Existenz gesichert wird. Die Bauern dort sind ohnehin die Stiefkinder der Landwirtschaft, und wenn wir sie noch anweisen, nur Roggen zu bauen, dann lassen wir ihnen keine Hilfe angedeihen, sondern tragen noch dazu bei, daß ihre Existenzbedingungen verschlechtert werden. Soviel zu dem Gebiet.

Was ist nun bei den Kartoffeln zu verzeichnen? Es ist unsinnig, wenn in Marchfelder Gegenden hunderte Joch mit Kartoffeln bebaut werden, und im Waldviertel, wo das eigentliche Kartoffelgebiet liegt, die Ernte unanbringlich wird. Auch auf diesem Gebiet muß entsprechende Vorsorge getroffen werden. Wir wissen, daß die verschiedenen Wirtschaftsgesetze, die die Regelung unserer Agrarpreise betreffen, in Ausarbeitung sind, und daß auch ein Landwirtschaftsgesetz in Ausarbeitung steht. Ein derartiges Landwirtschaftsgesetz müßte natürlich eine Lenkung und Planung beinhalten. Wir kommen nicht darüber hinweg, daß jeder einzelne Bauer planen muß, was er im nächsten Jahr auf seinen Feldern anbaut. Auch der Staat als Ganzes muß lenken und planen und so die

einzelnen Wirtschaften unterstützen. Wir können z. B. heuer feststellen, daß bezüglich der Krautproduktion ein Chaos besteht. Um Wien herum wird sehr viel Kraut gebaut; hunderte, ich möchte fast sagen, tausende Waggon Kraut gehen heuer zugrunde, weil das Kraut einfach nicht anbringlich ist. Der mit Kraut bebaute Grund war also heuer für unsere ganze Bevölkerung unnütz, weil das Kraut höchstens verfüttert werden kann. Dieser Grund könnte aber andere Produkte, die wir notwendiger hätten, hervorbringen. Das ist ein Hinweis darauf, wie notwendig es wäre, auf diesem Gebiet zu planen. Wenn wir das vom Brotgetreide und Korn schon gesagt haben, so trifft das auch auf andere Dinge zu.

Ich möchte heute aber auch noch von anderen, die Landwirtschaft betreffenden Dingen sprechen. Sie betreffen den Wiederaufbau der land- und forstwirtschaftlichen Liegenschaften, der langsam seinem Ende entgegengeht. Ich kann nicht umhin, hier meine Besorgnis auszusprechen und zu sagen, daß dabei gerade Niederösterreich wieder im Nachteil ist. Nahezu 500 Ansuchen sind unerledigt, und wir müssen feststellen, daß die Gelder aus dem Wiederaufbaufonds bereits verbraucht sind. Ich weiß nicht, woher der Wiederaufbaufonds die Geldmittel hernehmen wird, damit er auch diesen bisher unerledigten Ansuchen gerecht werden kann. Ich möchte hier darauf verweisen, mit welcher Schnelligkeit z. B. das Land Steiermark einen großen Teil aus diesem Wiederaufbaufonds bekommen hat. Niederösterreich hat dagegen auf diesem Gebiet die Sache nur schleppend behandelt, und so müssen wir feststellen, daß wir auch hier wieder im Nachteil sind. Ich glaube, daß es daher notwendig ist, daß die Landwirtschaftskammer dafür Sorge trägt, daß die Bezirksbauernkammersekretäre draußen diese Akten rascher behandeln, sie rascher spruchreif machen, damit auch in Niederösterreich, soweit es uns möglich ist und soweit uns die Geldmittel zur Verfügung stehen, die Menschen, die darauf Anspruch haben, befriedigt werden können.

Eine weitere Angelegenheit betrifft die Hagelversicherung, über die Kollege Etlinger bereits gesprochen hat. Wir haben heuer große Debatten über die Unwetterschäden, von denen Niederösterreich im heurigen Jahre betroffen wurde, abgeführt. Ich verweise nur darauf, daß alle die Mittel, auf die vielen Hunderte und Tausende von Menschen und Betriebe aufgeteilt, nichts bedeuten. Die Sammelgelder und die öffentlichen Mittel zusammen waren nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Dabei muß ich feststellen, daß die Landessammlung für die Unwetterschäden,

die in allen Orten hätte durchgeführt werden sollen, durch die Caritassammlung torpediert wurde. Diese Caritassammlung wurde zuerst begonnen, und dafür haben in allen Dörfern die prominentesten Vertreter der ÖVP gesammelt. Ich glaube, es gibt noch eine Unmenge niederösterreichischer Dörfer, wo außer der Caritassammlung keine weitere Sammlung durchgeführt wurde. Nun ist die Caritas eine Körperschaft, über die wir nicht verfügen, weshalb wir auch nicht wissen, welches Ergebnis die für sie durchgeführte Sammlung erbracht hat. Wir wissen auch nicht, wie die Beträge verwendet werden. Wir haben zwar erfahren, daß ein gewisser Teil davon dem Herrn Landeshauptmann zur Verfügung gestellt und in die Unterstützungsaktion für die Hochwasserschädigten einbezogen wurde. Aber alle Dinge waren, wie ich schon gesagt habe, nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Wir müssen daher nach anderen Mitteln Ausschau halten, und hier wäre, wie schon Kollege Etlinger ausgeführt hat, ein Weg, nämlich die Hagelversicherung. Wir stellen fest, daß diese Versicherung in der Schweiz schon seit Jahrzehnten auf genossenschaftlicher Basis geführt wird, also nicht durch ein gewinnbringendes Unternehmen. Wir stellen weiter fest, daß diese Versicherung in der Schweiz durch die öffentliche Hand unterstützt wird und daß dadurch eine 30prozentige Ermäßigung des Prämienatzes erzielt werden konnte. Dabei möchte ich noch darauf verweisen, daß in der Schweiz schon vor einigen Jahren eine obligatorische Hagelversicherung bestanden hat, daß sie aber aus verschiedenen Gründen aufgelassen wurde. Sie kennen ja die Mentalität der Schweizer, aber die heutige Form, auf Basis einer Genossenschaft, bewährt sich aufs beste. Ich will hier nur noch auf die Hagelversicherung in Westdeutschland verweisen. Dort werden diese Versicherungen ebenfalls von öffentlichen Stellen, nämlich von der deutschen Bundesregierung, unterstützt; dort ist das System so, daß eine Vorschußprämie besteht, welche der Landwirt bezahlt, und eine Nachschußprämie, die aus öffentlichen Mitteln bestritten wird. Dadurch wurde in Süddeutschland, z. B. in Württemberg und Baden, eine 90prozentige Beteiligung an der Hagelversicherung erreicht, und man kann daher fast von einer totalen Erfassung der Interessenten sprechen, weil ja die Versicherungsprämien so gering sind, daß sie jeder leisten kann. Leider liegen bei uns in Österreich die Dinge anders. Unsere Hagelversicherungsanstalt ist bestrebt, soweit wie möglich ihre Prämien zu senken. Sie haben aus dem Bericht des Herrn Abg. Etlinger gehört, daß die

Prämien, die heuer die Hagelversicherungsanstalt eingenommen hat, niedriger waren als die Schadenssummen, die ausbezahlt werden mußten, nämlich, daß 21 Millionen Schilling an Prämien eingingen und 22 Millionen Schilling an Schadenssummen ausbezahlt wurden! Das war überhaupt nur möglich, weil die Hagelversicherungsanstalt zu 85 Prozent bei anderen größeren Anstalten rückversichert ist. Sie sehen also, wenn das so weitergeht, und wenn, was wir nicht vermeiden können, größere Hagelschäden eintreten, daß diese Anstalt nur ein dürftiges Dasein haben wird, weil sie nicht zu genügenden Geldmitteln kommt. Sie kann eben die Prämien nicht so hoch berechnen, weil dadurch die Beteiligung der Versicherungsnehmer noch geringer würde, als sie jetzt schon ist. Es muß daher unser Bestreben sein, nach einem Weg zu suchen, damit die Prämien gesenkt werden und damit eine allgemeine Beteiligung an dieser Versicherung erreicht wird. Es muß erreicht werden, daß im Schadensfalle den Betroffenen von der Hagelversicherungsanstalt die Schäden wenigstens zum Großteil ersetzt werden. Wir könnten dann so weit kommen, daß sich die öffentliche Hand — in diesem Fall Bund und Länder — von der Bedrohung durch Unwettergefahren, von der so viel geredet wird, lösen könnte. Dies wäre dann der Fall, wenn die Hagelversicherungsanstalt durch Verbilligung der Prämienätze und damit durch eine größere Anzahl von Versicherungsnehmern und unter Umständen auch durch Bildung eines gewissen Risikokapitals genügend Geld zur Verfügung hätte. Nichtsdestoweniger glaube ich, daß es notwendig ist, zur Linderung und Beseitigung von Hagelschäden Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln zu gewähren. Man muß sich aber dennoch überlegen, ob es nicht zweckmäßig wäre, hier noch einen anderen Weg einzuschlagen.

Ich will bei der heutigen Gelegenheit noch auf den Kartoffelkäfer zu sprechen kommen. Der Kartoffelkäfer ist erst seit wenigen Jahren in Österreich zu verzeichnen. Ich muß Ihnen aber mitteilen, daß hauptsächlich bei uns im Brucker Gebiet und im Wiener Becken kein Kartoffelfeld mehr vorzufinden ist, auf dem nicht der Kartoffelkäfer auftritt. Das ganze wird sich noch zu einer ungeheuren Katastrophe entwickeln, und wir müssen daher die strengste Überwachung und die strengste Durchführung der Bekämpfung des Kartoffelkäfers durchsetzen. Wir dürfen nicht zulassen, obwohl es Bestimmungen und Verordnungen gibt, wie man den Kartoffelkäfer bekämpfen soll, daß draußen die Sache doch nicht so ernsthaft betrieben wird, wie es not-

wendig wäre. Es ist unmöglich, daß der eine oder andere einfach sagt, er hat gespritzt, und das ist gar nicht wahr; weil tatsächlich der Kartoffelkäfer auf jeder Staude sitzt. Man kann oft feststellen, daß im zweiten Nachbau, wo Kukuruz und Weizen angebaut wird, die Kartoffelstauden mit lauter Kartoffelkäfer wie Christbäume aufgeputzt sind. Es muß also auf diesem Gebiet entsprechende Vorsorge getroffen werden. Wenn der Kartoffelkäfer in der Erde bleibt und nicht herausgenommen wird, können sich diese Schädlinge weiterentwickeln; wenn jemand noch so bedachtsam die Kartoffelkäferbekämpfung durchführt, so hat er doch immer und immer wieder diesen Schädling auf seinem Feld. Die Kartoffeln müssen daher unbedingt alle aus der Erde herausgenommen werden! Sie sehen daraus, daß die Bekämpfung des Kartoffelkäfers für unsere Kartoffelfelder eine ungeheure Bedeutung hat, weil wir ja alle wissen, daß die Kartoffel das allgemeine Volksnahrungsmittel ist. Wir müssen daher alle Vorsorge treffen, daß dieser Schädling soweit als möglich bekämpft und so der Schaden möglichst eingedämmt wird.

Wenn ich schon bei der Bekämpfung von Schädlingen in der Landwirtschaft bin, so will ich auch noch eines aufzeigen, und zwar was uns am meisten weh tut. Mit den Giften, mit denen wir die Schädlinge in der Landwirtschaft bekämpfen, bringen wir auch unsere treuesten Helfer, die Bienen, um. Das ist wohl das traurigste Kapitel bei dieser Angelegenheit. Wir wissen doch alle, daß es ohne Bienen kein Obst gibt, und daß die Bienen in vielen Dingen, die erzeugt werden, um den Menschen ihr Leben erhalten zu können, treue Helfer sind. Solange aber Gifte zur Schädlingsbekämpfung verwendet werden müssen, werden wir zugleich mit den Schädlingen immer auch die Bienen, unsere fleißigen Helfer, umbringen, was zu einem Riesenschaden für uns führen wird. Ich habe das dem Hohen Hause nur aus dem Grunde vorgetragen, damit die Aufmerksamkeit darauf gelenkt wird.

Wenn weiter davon gesprochen wird, daß unter Umständen mit den Giften auch das Niederwild im Felde vernichtet wird, weil z. B. die Hasen die mit Gift besprengten Blätter fressen und zugrunde gehen, so sehen Sie daraus, daß wir mit diesen Giften auf der einen Seite nützen und auf der anderen Seite gleichzeitig wieder große Schäden hervorrufen.

Ich möchte jetzt nicht vergessen, zu erwähnen, daß im allgemeinen sehr viel vom sogenannten Zwischenhandel gesprochen wird. Der Herr Landesrat Genner hat sehr treffend vom Zwischenhandel gesprochen und erklärt,

daß dieser Zwischenhandel auf jeden Fall seine großen Preisspannen hat, auch dann, wenn die Produzentenpreise sinken und auf der anderen Seite der Konsument nichts davon hat. Es gibt ein Mittel, das wohl nicht allgemein ist, aber für den legalen Handel immerhin einen Spielraum offenläßt. Dieses Mittel wäre eine innige Zusammenarbeit zwischen den Produzenten und den Konsumenten-genossenschaften, zwischen den Lagerhaus- und den Konsumgenossenschaften. Wenn diese beiden Institute eng zusammenarbeiten würden, könnten wir dazu beitragen, die Auswüchse des Zwischenhandels zu beseitigen. Ich glaube, auf diesem Gebiet müßte in der Zukunft mehr geschehen als bisher. Wenn schon für gewisse Artikel durch den Überfluß, durch das große Angebot der Erzeuger im Preis nicht viel bekommt, der Konsument aber gleichzeitig von einer Preissenkung nichts spürt, so wird es notwendig sein, einen Ausweg zu suchen. Wenn wir vom Zwischenhandel reden, dann glaube ich, daß wir diese Geißel bekämpfen müssen. Ich glaube daher, daß wir dieser Frage eine große Bedeutung beimessen und alles vorsorgen müssen, daß der Produzent leben kann, und daß auch der Konsument die Produkte zu einem erträglichen Preis bekommt. Wir müssen darnach trachten, daß die Preisspanne erträglich ist, und der Konsument, wenn schon die Produzentenpreise gesenkt werden können, seinen Lebensstandard heben kann. Dadurch kann er auch wieder mehr verbrauchen, was sich ebenfalls auf den Produzenten vorteilhaft auswirkt. So wird es auch möglich sein, daß wir das Ziel einer ausgeglichenen Wirtschaft in Niederösterreich erreichen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Schweinhammer.

Abg. SCHWEINHAMMER: Hohes Haus! Ich möchte zum außerordentlichen Voranschlag für das kommende Jahr, und zwar zu dem Voranschlagsansatz, der die Erweiterung der Versuchsanlagen zur Marchfeldbewässerung mit 500.000 S dotiert, sprechen. Die Marchfeldbewässerung ist ein altes und ein ebenso unerläßliches Problem, vor dem Niederösterreich als einziges Bundesland steht, denn in keinem der anderen Bundesländer besteht ein ähnliches Problem. Wie schwierig die Lösung dieses Problems ist, mag daraus hervorgehen, daß wir eigentlich gar keine Beispiele haben, an denen sich das Land mit seinem Projekt anlehnen könnte. Wir kennen zwar Bewässerungsanlagen, z. B. in Italien, wo in der Poebene das Problem der Bewäs-

serung mit offenen Gräben gelöst wurde. Das mag sehr vorteilhaft sein, weil es mit wesentlich weniger Betriebsanlagen verbunden ist, würde aber im Marchfeld auf keinem Fall entsprechen. Wenn wir nur die revolutionierende Umwälzung auf dem Gebiete der Mechanisierung der Landwirtschaft betrachten, müssen wir einsehen, daß durch dieses Bewässerungssystem eine Mechanisierung unmöglich wäre. Das Landesamt B/4, an seiner Spitze Hofrat Dr. Jung, hat so manches Projekt ausgearbeitet. Das schwierigste bei allen diesen Projekten ist nach wie vor die Wasserbeschaffung. Daß die Bewässerung unbedingt notwendig ist, ist im Hohen Hause eigentlich kaum bestritten worden, denn das Marchfeld gilt heute noch als die Kornkammer Österreichs. Die Bodenverhältnisse sind: mittlere Böden, zum Teil auf Schotter gelagert, die Witterungsverhältnisse sehr ungünstig, niederschlagsarm, aber um so windreicher. Bezeichnend ist, daß es trotz intensivster Bewirtschaftung nur dem Zufall überlassen ist, daß wir normale Ernten, von Höchsternten nicht zu reden, erzielen können. Das kann auf die Dauer im Marchfeld nicht so weitergehen, und es darf schon aus ernährungspolitischen Gründen nicht dem Zufall überlassen bleiben. Es ist bekannt, daß während der vergangenen 50 Jahre, seit die Idee der Marchfeldbewässerung besteht, zweimal langjährige Krisen- und Notzeiten waren. Es sind dies die beiden Weltkriege und die Nachkriegszeiten gewesen. Ich erinnere nur an die Landeskontingente in der jetzigen Nachkriegszeit. So hatte z. B. das Bundesland Vorarlberg kein Kilogramm Weizen, kein Kilogramm Roggen zu liefern, sondern bloß 1200 Kilogramm Hafer. Nun ist das Landeskontingent dieses Landes nur ein Bruchteil des Liefersolls eines kleinen Marchfeldbetriebes. Daraus kann man schon ermessen, wie wichtig die agrarische Produktion des Marchfeldes vom ernährungspolitischen Standpunkt aus ist. Ich hoffe, daß die im heurigen Jahresvoranschlag eingesetzten 500.000 S, trotzdem die Bundesbeiträge im heurigen Jahr fehlen, hinreichen werden, um die bestehenden Versuchsanlagen wenigstens so weit zu erweitern — und zwar auf 377 Hektar —, daß wirkliche Versuche durchgeführt werden können. Die Versuche in betriebsdienlicher Art sind wohl weniger schwierig; viel schwieriger sind sie vom pflanzenbaulichen Standpunkt. Bis vor kurzem, nämlich bis zum heurigen Jahr, hatte man in der Bewässerung keine Erfahrung. Letzten Endes ist ja die Bewässerung etwas ganz anderes als die Entwässerung, die schließlich selbsttätig funktioniert. Die Bewässerungsanlage muß da-



gegen gehandhabt werden, und so weiß man bis heute nicht — mit Ausnahme eines einjährigen Versuches —, wann man bewässern soll. In Groß-Enzersdorf hat man Versuche gemacht und einen Erdwürfel ausgestochen und ihn vollkommen getrocknet, gewogen, dann mit Wasser vollsaugen lassen und wieder gewogen. Es hat sich gezeigt, daß eine Bewässerung unter der Voraussetzung, daß der Wassergehalt der Erde noch 75 Prozent beträgt, nicht lohnend war. Ein längeres Zuarbeiten mit dem Einsetzen der Bewässerung aber, etwa bis zu dem Zeitpunkt, zu dem der Boden einen Wassergehalt von bloß 25 Prozent beträgt, hat auch nicht die günstigen Erfolge gebracht, die man erwartet hat. Schon bei ungefähr 50 Prozent Feuchtigkeit der Erde soll mit der Bewässerung eingesetzt werden, das heißt, es muß sehr häufig bewässert werden. Die natürliche Folgerung daraus ist, daß selbstverständlich der Nährstoffbedarf für die Pflanzen ganz erheblich gesteigert werden muß. Da erhebt sich die Frage, ob die Versuche jetzt beweisen werden, daß wir bei der künftigen Bewässerung vielleicht doch neue Wege gehen müssen, etwa, daß mit künstlichen Nährlösungen begonnen wird. Die Bevölkerung des Marchfeldes weiß, daß nur die Initiative des Bauernbundes den Stein ins Rollen brachte, und daß es nur durch die Initiative der Landesregierung möglich war, die Versuchsanlagen zu errichten. Daß sich unsere Fachexperten sehr bemühen, ist klar, denn wir wissen, daß die Hydrographische Abteilung des Landes Versuchsbohrungen durchgeführt hat, und zwar sehr zahlreiche Versuchsbohrungen, um die unterirdischen Bodenschichten des Marchfeldes kennenzulernen. Auch die Agrarmeteorologische Abteilung tut das ihre. Es ist sehr interessant, daß es im letzten Jahr im Marchfeld in einer Höhe von zwanzig Meter nur zwei windstille Tage gegeben hat.

Die Bevölkerung begrüßt es, daß die Versuchsanlagen errichtet wurden, sie ist der Landesregierung dafür dankbar. Sie ist auch zuversichtlich, daß die Versuche so durchgeführt werden, daß sie ehe baldigst ein positives Ergebnis zeitigen und das Projekt bald Programm wird, ein Programm des Bundes und des Landes. Die Interessenten sind sich bewußt, daß sie auch ihre Beiträge, und zwar nicht geringe Beiträge, werden leisten müssen, um dieses Programm zu verwirklichen. Es erübrigt sich, daß ich besonders betone, daß mit der Durchführung der Bewässerung in den kommenden Jahren nicht nur Arbeit beschafft wird, sondern darüber hinaus auch

unsere Ernährungsfreiheit und unsere Ernährungssicherheit ganz wesentlich gehoben wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Gutscher.

Abg. GUTSCHER: Hohes Haus! Wir haben vor einigen Tagen im Parlament vom Herrn Nationalrat Griefner die Erfolgszahlen gehört, welche die Landwirtschaft aufzuweisen hat. Die Erfolgssteigerung hat nicht nur uns Bauern stolz gemacht, sondern es sollte auch die übrige Bevölkerung von Österreich der Landwirtschaft gegenüber ihre Dankbarkeit zeigen. Wenn ich da einige Ziffern herausgreifen darf, so ist es besonders das Brotgetreide, das vom Jahre 1946 mit 488.000 Tonnen Ertrag im Jahre 1953 auf 930.000 Tonnen gestiegen ist. Die Futtermittelproduktion ist seit dem Jahre 1946 um mehr als 100 Prozent gestiegen. Ganz großartig war heuer der Ertrag der Kartoffelernte, der um 1,750.000 Tonnen höher war als im Jahre 1946. Seit dem Jahre 1946 hat sich die Zuckerrübenernte um das Vierfache erhöht, die Schweineproduktion um das Dreifache und die Milchproduktion um das Doppelte. Solche Erfolge hat die Landwirtschaft, die in den Jahren von 1945 bis 1950, und auch noch später immer wieder angegriffen wurde, aufzuweisen.

Wenn wir solche Erfolge aufzuweisen haben, dann soll das für uns ein Grund sein, die näheren Umstände, die zu diesem Erfolg geführt haben, zu studieren, und dabei finden wir drei wichtige Komponente. Ich glaube, die erste und wichtigste ist der gute Arbeitsgeist und die hohe Arbeitsmoral auf den Bauernhöfen, aber nicht nur des Bauern und seiner Familie, sondern auch des Landarbeiters. Die zweite Komponente ist die rapid fortschreitende Technisierung in der Landwirtschaft, und die dritte Komponente ist vielleicht sogar die auslösende für die erste und zweite, das ist der Drang der bäuerlichen Jugend zu ihrer Fortbildung. Es ist erfreulich, wenn wir in den einzelnen Ortschaften sehen, wie sich die bäuerliche Jugend — gleich, ob Bursch oder Mädels — zur Ausbildung oder Weiterbildung direkt drängt, und wie diese jungen Leute, wenn sie die verschiedensten Schulen absolviert haben — sei es die Fortbildungsschule, sei es irgendein ein- oder zweijähriger Lehrgang —, dann in das Elternhaus zurückkehren, und mit Freude das, was sie in den Schulen von hervorragenden Lehrkräften gehört und gelernt haben, im väterlichen Hof verwerten wollen. Es ist weiter erfreulich, zu sehen, wie geschickt diese jungen Leute es anpacken, um ihre Eltern dazu zu bringen,

daß sie den Versuchen, die der Junge auf seinem zukünftigen Hof machen möchte, die Zustimmung geben. Daß wir in der landwirtschaftlichen Schulbildung so weit fortgeschritten sind, ist meiner Meinung nach — und nicht nur meiner Meinung nach, sondern das ist auch die Meinung der gesamten Bauernschaft — ein besonderes Verdienst unseres Herrn Landeshauptmannes, der immer und immer wieder der Initiator für unsere landwirtschaftlichen Schulen ist und immer wieder anregt, daß in der und der Schule das oder jenes zu verbessern oder zu erweitern ist. Ich möchte ihm hier vor diesem Hohen Hause dafür den innigsten Dank der Bauernschaft Niederösterreichs übermitteln. Diesem Dank möchte ich aber auch einen kleinen Wunsch, eine Bitte anschließen, nämlich, er möge in der Zukunft auch hier und da einmal ein paar Brosamen für jene Schule abfallen lassen, die ihm selbst die landwirtschaftlichen Kenntnisse vermittelt hat, nämlich für die Winterschule in Tulln.

Dank gebührt auch dem gesamten Lehrkörper an den landwirtschaftlichen Schulen, dem Direktor Dornik und allen Fachlehrkräften, die zur Ausbildung der landwirtschaftlichen Jugend zur Verfügung stehen. Natürlich dürfen wir beim Dank auch eines Menschen nicht vergessen, der jedes Jahr im Budget reichliche Mittel zur Führung dieser Schulen zur Verfügung stellt, das ist unser Landesrat, Finanzreferent Müllner. Auch heuer werden wir für das landwirtschaftliche Schulwesen mehr als 90 Millionen Schilling zur Verfügung bekommen.

Wenn wir uns stolz fühlen, daß wir diese geschilderten Leistungen vollbringen konnten, so kommt auch manchmal ein trüber Gedanke in uns auf, und zwar dahingehend, daß die Theater, Rundfunk und Presse es heute noch immer nicht lassen können, die Landwirtschaft zu verspotten und den Bauern und die Bäuerin als die dümmsten Menschen hinzustellen. Hohes Haus! Ich frage Sie, hat der Stand, der innerhalb der letzten acht Jahre Einmaliges geleistet hat, sich diese Verspottungen, diese Hinstellung als Witzfiguren verdient? Es ist doch der Stand, der es innerhalb der letzten acht Jahre zustande gebracht hat, den Tisch des Volkes wirklich reichlich zu decken. Ich bitte alle diejenigen Herren, die hier in diesem Hause sitzen und mit Presse, Rundfunk und Theater in Fühlung kommen, die Menschen, die dort die Führung haben, darauf hinzuweisen, daß ein Stand, der derartiges geleistet hat, in Presse, Rundfunk und Theater verherrlicht, aber nicht herabgesetzt werden soll.

Nachdem wir jetzt knapp vor Weihnachten stehen und ich einen Wunsch den Vertretern der Presse gegenüber geäußert habe, habe ich anschließend noch einen zweiten Wunsch. Meine Wünsche sind nicht unbescheiden. Wir erleben es jedes Jahr, daß unsere Hausfrauen, unsere Konsumenten es nicht erwarten können, bis die heimische Landwirtschaft ihre Produkte auf den Markt bringt. Jedes Jahr erleben wir es, daß drei Wochen, manchmal 14 Tage vorher schon die Hausfrauen glauben, daß die Gurken aus dem Ausland, die Kartoffeln aus Holland, Dänemark oder Italien, wo sie immer herkommen, auf dem Tisch stehen müssen. Würden die österreichischen Hausfrauen etwas mehr Geduld haben, würden sie 14 Tage oder drei Wochen zuwarten, bis der österreichische Produzent mit diesen Waren auf dem Markt erscheint, dann würden sie sich selbst und auch ihren Männern ziemlich viel Geld ersparen. Es ist interessant, wenn der holländische Erdapfel drei und vier Schilling kostet, so wird von seiten des Konsumenten darüber kein Wort gesprochen, aber wehe, wenn der inländische Erdapfel, das Produkt des inländischen Bauern, als Erstling am Markte erscheint und 1.50 S oder 1.80 S kostet, dann geht das Zeter und Mordio los, dann sind die schlimmen Bauern, diese Lumpen schuld daran, daß so hohe Preise verlangt werden. Der Konsument hätte sich vorher, wenn er zugewartet hätte, bestimmt allerhand Schillinge ersparen können, und diese Schillinge würden dann auch dem österreichischen Bauern zugute kommen; diese Schillinge würden dann über den österreichischen Bauern und den österreichischen Gewerbetreibenden wieder der österreichischen Arbeiterschaft zugeführt werden.

Mein Wunsch geht nun dahin, daß diesbezüglich von seiten der verschiedenen Vertretungen endlich einmal Besprechungen stattfinden und den Konsumenten klargemacht wird, daß auch die Wünsche der Landwirtschaft zu respektieren sind. Dieser Weihnachtswunsch ist bescheiden, um so mehr, als er sich ja volkswirtschaftlich großartig auswirken würde.

Zum Schlusse meiner Ausführungen möchte ich noch dem Hohen Hause, so wie ich es vor zwei Jahren gemacht habe, das Versprechen abgeben, daß die österreichische Landwirtschaft alles daransetzen wird, um die fast erreichte Autarkie festzuhalten, und daß sie in den Produktionsgebieten oder Produktionsparten, die bis heute noch nicht voll auf der Höhe sind, trachten wird, auch dort so viel zu produzieren, daß wir vom Auslande unabhängig werden. Dadurch werden wir uns Millionen an Devisen ersparen, die wir dann

für andere Zwecke verwenden und dem Volke nutzbringend zuführen können. Gerade die Landwirtschaft Niederösterreichs hat sich niemals abseits gestellt, sie hat immer getrachtet, ihr Bestes zu leisten, und zwar nicht nur für sich allein, sondern auch für unser braves niederösterreichisches Volk. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Wegerer.

Abg. WEGERER: Hohes Haus! Nachdem sich schon mehrere Redner mit der Bewässerung befaßt haben, will ich mich nur auf das Gebiet der Entwässerung beschränken. Im ordentlichen Voranschlag sind hierfür 5,8 Millionen Schilling ausgewiesen, im außerordentlichen 3 Millionen Schilling. Mit den anderen Mitteln, die noch zusätzlich vom Bund und den Interessenten beigeschossen werden, kann also mit einer Globalsumme von zirka 20 Millionen Schilling gerechnet werden, welche für die Entwässerung zur Verfügung stehen. Im Jahre 1953 war die gleiche Summe im Voranschlag ausgeworfen, und wie ich vom Landesamt B/4 erfahren habe, sind für das ganze Jahr, zusätzlich der Mittel des Nachtragsbudgets, insgesamt 31 Millionen Schilling zur Verbauung gelangt. Mit diesen 31 Millionen Schilling konnten in Niederösterreich 3154 Hektar entwässert werden. Manche Herren werden sagen: Ist es denn wirklich notwendig, daß dafür so horrende Beträge ausgegeben werden? Dazu möchte ich folgendes ausführen: Durch die fortschreitende Technisierung in der Landwirtschaft wird das Pferd überflüssig. Auf den nassen Wiesen ist aber nichts anderes gewachsen als das saure Heu, das man eben nur dem Pferd verfüttern kann. Da nun das Pferd im Laufe der Zeit durch die Mechanisierung in der Landwirtschaft immer mehr und mehr verschwindet, müssen diese Felder wieder in fruchtbare Weizen- und Rübenböden umgewandelt werden.

Wir haben zwei Kriege hinter uns und mit den Kriegen auch zwei Bewirtschaftungen. Diejenigen Personen, Frauen und Männer, die in den Landes-, Bezirks- und Ortsaufbringungsausschüssen tätig waren, können darüber ein Liedlein singen. Weil die Landwirtschaft drei trockene Jahre hintereinander gehabt hat, fehlten eben, speziell nach Beendigung des zweiten Weltkrieges, die notwendigen landwirtschaftlichen Produkte. Wenn wir vor Beendigung des Krieges solche Jahre gehabt hätten, wie sie unter der Nazizeit waren, wenn also mehr Niederschlagsmengen gefallen wären, dann hätte das österreichische

Volk nicht so zu darben gebraucht, wie es in der Zeit von 1945 bis 1949 der Fall gewesen ist. Der österreichische Bauer und speziell der niederösterreichische Bauer hat hier sein Scherflein beigetragen. Obwohl er seine Produkte für sich selbst und seine Familie sowie für sein Vieh gebraucht hätte, ist er hier eingesprungen, um die Not des Volkes zu lindern, und damit mitgeholfen, Ruhe und Ordnung innerhalb Österreichs aufrechtzuerhalten.

Die Mechanisierung in der Landwirtschaft kann nicht aufgehalten werden. Von meinem Vorredner, Abg. Schweinhammer, ist über die Bewässerung des Marchfeldes ausführlich gesprochen worden. Ich hatte heuer vom 15. bis 24. August Gelegenheit, an einer Weinbaustudienreise nach Südtirol und Norditalien teilzunehmen. Herr Kollege Schweinhammer hat in groben Umrissen die Marchfeldbewässerung besprochen, und ich möchte die Erfahrungen, die ich in Südtirol und in Norditalien gemacht habe, hier mitteilen. Schade um das schöne Fleckchen Südtirol, das wir nach Beendigung des ersten Weltkrieges an Italien abtreten mußten! Wir haben in Südtirol hauptsächlich die Obst- und Weingartenanlagen besichtigt, besonders in Kaltern, Bozen, Terlan, Meran, Tramin. Im Bozener Gebiet St. Magdalena wurden im Jahre 1931 die ersten Beregnungsanlagen eingeführt. In diesem Jahr wurde von der Stadtgemeinde Bozen das E-Werk errichtet, und das Wasser aus dem E-Werk wurde sechs Kilometer weit in höhere Regionen geführt, so daß ein Überwasser von 27 Sekundenliter verbleibt, das in stabilen Rohrleitungen in die Weingärten geleitet wird. Der italienische Staat hat zu den Kosten 70 Prozent beigetragen, 30 Prozent mußten die Interessenten mit einer Laufzeit von zehn Jahren aufbringen. Die Interessenten konnten uns freudig berichten, daß sie diese 30 Prozent in vier oder fünf Jahren zurückerstattet hatten. Der Südtiroler erntet infolge der günstigen klimatischen Verhältnisse pro Hektar zirka 150 Hektoliter Wein; dagegen sind wir in Niederösterreich weit im Hintertreffen. Wir liegen einige Breitengrade nördlicher und können daher damit nicht Schritt halten. In puncto Qualität sind sie allerdings weit hinter uns. Wir haben Verkostungen vorgenommen und haben auch unsere Weine dazu mitgenommen. Dabei haben wir festgestellt, daß wir uns unserer Qualität wegen nicht zu schämen brauchen. Die Südtiroler beregnen turnusweise alle 14 Tage und lassen den Regner sechs bis acht Stunden laufen, damit der Weingartenboden bis 30 und 35 Zentimeter mit Wasser durchtränkt ist. Die Peronospora ist daher dort nicht so auf-

getreten wie bei uns, weil der Boden ständig kalt gehalten wird. Durch die Bewässerung haben sie einen Mehrertrag von durchschnittlich 100 Hektoliter pro Hektar. Die Qualität kann auch hochgehalten werden, weil, wie es bei uns schon oft vorgekommen ist, die Trockenheit dort nicht so einwirkt, wie speziell bei uns im Steinfeld. Die Bewohner des Steinfeldes können keine Zuckerrüben bauen und betreiben nur etwas Weinbau. Der Weinbau verlangt aber eine intensive Kultur, und in den außerordentlich trockenen Jahren von 1945 bis 1949 sahen wir uns um den Ertrag geprellt. Die Weingärten waren bis zum halben August ganz schön, dann setzte aber der Regen aus und die Weinstöcke wurden von unten herauf gelb, das Laub fiel ab. Im Jahre 1947 war es sogar so arg, daß an einzelnen Weinstöcken nur drei bis vier Blätter vorhanden waren, so schön der Behang auch gewesen ist. Trauben waren genug, aber meistens nur kleine wie Rosinen. Wenn hier, so wie in Südtirol und in Norditalien, eine Beregnung durchgeführt worden wäre, dann könnte auch bei uns mit sicheren und größeren Erträgen gerechnet werden. Die Steinfeldgemeinden könnten ja das Wasser vom Wiener-Neustädter Kanal entnehmen. In meiner engeren Umgebung müßten Tiefbohrbrunnen gemacht werden. Daß dadurch bei uns weitaus höhere Kosten entstehen als in Südtirol, ist klar. Meran pumpt das Wasser aus der Etsch in zwei große Behälter hinauf, damit das Wasser durch den eigenen Druck in die Beregner hinunterfließt. Ähnliches ließe sich auch bei uns durchführen.

Sie sehen, daß es in puncto Landwirtschaft bei uns noch viel aufzubauen gibt. Wir danken unserem Kulturreferenten, Herrn Landesrat Waltner, dafür, daß er sich für die Produktionssteigerung Niederösterreichs so einsetzt. Wir danken auch dem Landesamt B/4 unter der Leitung des Herrn Hofrates Dr. Jung, den ich schon als jungen Ingenieur kenne und der ständig sein Bestes für die Landwirtschaft tut.

Wir hoffen, daß der Silberstreifen eines Nachtragsbudgets, wie es gestern der Herr Abg. Dr. Steingötter erwähnt hat, im Laufe des Frühjahres oder des Sommers dergestalt sein wird, daß auch für die Landwirtschaft, deren Intensivierung so notwendig ist, um die Ernährung für unser ganzes Volk zu sichern, auch ein Scherflein abfallen wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. N a g l.

Abg. NAGL: Hohes Haus! Wenn wir jetzt bei der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, angelangt sind, so ist es unsere Pflicht und Aufgabe, daß wir uns mit dieser Gruppe etwas näher beschäftigen. Ob es nun die Ent- oder die Bewässerung ist, die in letzter Zeit so viele Felder fruchtbarer gemacht hat, ob es die Elektrifizierung ist, durch die so viele entlegenste Gebirgsbauerngemeinden elektrifiziert und viele Streusiedlungen in die Elektrifizierung einbezogen werden konnten, ob es nun der Bau von Güterwegen ist, der in der letzten Zeit so manche Bauerngemeinde dem Verkehr erschlossen hat, so dienen alle diese Dinge nicht nur zur Erleichterung der Wirtschaftslage im Bauernhaus, sondern auch gleichzeitig zur Hochhaltung und Sicherstellung der Ernährungslage. Diese Wirtschaftsförderung dient nicht nur dem Wohle des Bauernstandes, sondern auch dem Wohle der ganzen österreichischen Bevölkerung.

Ich will nur auf die Elektrifizierung hinweisen, die in so vielen Gebirgsbauerngemeinden durchgeführt worden ist. Seit dem Jahre 1945 konnten 3250 Kilometer an Hoch- und Niederspannungen errichtet werden. Dazu mußten 500 neue Transformatorstationen gebaut werden und, was das Allerwichtigste ist, es konnten 17.300 Häuser angeschlossen werden. Durch die Elektrifizierung wurde aber auch für unsere Arbeiter Arbeit und damit Verdienst geschaffen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch noch darauf hinweisen, daß insbesondere das südliche Waldviertel in puncto Elektrifizierung sehr rückständig gewesen ist, daß aber auch hier mit Hilfe der Landesregierung in der letzten Zeit ebenfalls sehr viel geleistet worden ist. Ich will hier auch die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, im Namen der Bevölkerung des südlichen Waldviertels der Landesregierung den herzlichsten und innigsten Dank dafür auszusprechen. Diese Leistungen verdanken wir nicht zuletzt auch den Beamten des Landesamtes VI/12. Die Beamten dieses Landesamtes legten bei jedem Projekt besonderen Wert darauf, daß auch der entlegenste Kleinbauer und Arbeiter in die Elektrifizierung einbezogen werden konnte.

Weiter verweise ich auf den Bau von Güterwegen, die von seiten der Agrarbezirksbehörde und der Landesregierung seit dem Jahre 1945 systematisch angelegt werden konnten. Bis jetzt wurden 183 solche Güterwege gebaut, das ist wieder eine Leistung, die nicht nur zum Wohle der Bauernschaft, sondern auch zum Wohle der ganzen Bevölkerung dient.

Bezüglich der Güterwegbauten sind allerdings seitens des südlichen Waldviertels noch

sehr viele Wünsche übrig; aus dem südlichen Waldviertel liegen noch sehr viele Anträge bei der Landesregierung und auch bei der Agrarbezirksbehörde vor. Hier weise ich ganz besonders auf den Bezirk Pöggstall hin, in dessen Bereich es noch 26 kleinere Ortschaften mit sehr vielen Streusiedlungen gibt, die weder einen Güterweg noch eine Straße besitzen. Ich bin mir aber voll bewußt, daß der Finanzreferent, Herr Landesrat Müllner, es ermöglichen wird, daß auch die Güterwege im südlichen Waldviertel ausgebaut werden.

Ich erlaube mir diesbezüglich folgenden Resolutionsantrag zu stellen (*liest*):

„Die Landesregierung wird aufgefordert, Vorsorge zu treffen, damit die wirtschaftlich unbedingt notwendigen Güterwege, zwecks Verbindungen von Streusiedlungen im südlichen Waldviertel, ehestens ausgebaut werden können.“

Ich ersuche das Hohe Haus um Annahme dieses Antrages.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. W e n g e r.

Abg. WENGER: Hohes Haus! In diesem Kapitel ist von den verschiedenen Herren Abgeordneten des Hauses zu den Wirtschaftsfragen Stellung genommen worden. Ich bin davon überzeugt, daß jede der ausgeführten Meinungen zweifellos darauf gerichtet ist, die wirtschaftliche Situation unseres Landes zu bessern. Mit einigen Ausführungen kann ich mich in diesem Zusammenhang allerdings nicht einverstanden erklären. Das sind die Ausführungen des Herrn Abg. Dubovsky zu dieser Frage in der Generaldebatte und des Herrn Landesrates Genner in der Spezialdebatte. Der Osthandel ist das Rezept, das uns immer wieder hier empfohlen wird. Dieser Osthandel ist nach den Ausführungen dieser beiden Herren Abgeordneten die allein seligmachende Möglichkeit, unser Land aus der Wirtschaftskrise herauszuführen. In diesem Zusammenhang hat der Herr Abg. Dubovsky der Meinung Ausdruck gegeben, daß es nur der böse Energieminister gewesen sei, der Minister Migsch, der das Zustandekommen des Wasserkraftwerkprojektes Ybbs-Persenbeug seinerzeit dadurch verhindert haben soll, daß er Verhandlungen mit dem sowjetischen Element abgelehnt habe. Ich habe inzwischen Gelegenheit gehabt, festzustellen, daß diese Behauptung absolut nicht den Tatsachen entspricht. Ich habe festgestellt, daß, im Gegensatz zu dieser Behauptung, der Herr Energieminister Migsch versucht hat, Verhandlungen auf der gleichen Basis, auf der sie heute zum Abschluß gekommen sind, ab-

zuführen. Zu jener Zeit hat aber noch ein anderer politischer Geist oder eine andere politische Linie dort vorgeherrscht, die es mit sich gebracht hat, daß uns die Russen in den Jahren 1948 und 1949 unseren Bestrebungen gegenüber noch die kalte Schulter gezeigt haben. Wir sind aber nichtsdestoweniger froh, daß das Projekt nunmehr in ein Stadium getreten ist, in dem es praktisch ausgeführt werden kann.

Im Zusammenhang mit der Frage des Osthandels hat nun Herr Abg. Dubovsky anläßlich der Generaldebatte an uns den flammenden Appell gerichtet, wir sollen uns endlich beeilen, mit den Oststaaten zu Verträgen zu kommen, da es doch so sei, daß sich in den Vorzimmern der Handelsministerien in den Volksdemokratien die Handelsdelegationen bereits drängen, um zu einem günstigen Abschluß zu kommen. Er ist der Ansicht, daß wir, wenn wir uns diesen Bestrebungen nicht ehestens anschließen, zu spät kommen werden und wir für Österreich dann das Nachsehen haben. Ich bin mir darüber klar, daß wir Käufern gegenüber höflich sein müssen. Andererseits will ich aber auch feststellen, daß diese Oststaaten gleichermaßen bei uns als Verkäufer in Erscheinung treten, daß also die Höflichkeit auf Gegenseitigkeit beruhen muß. Es ist daher notwendig, diese Illusionen, die hier zum Ausdruck kommen, auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen. In diesem Zusammenhang möchte ich feststellen, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen. Die Ausfuhr nach den Oststaaten hat im Jahre 1937 33 Prozent der österreichischen Gesamtausfuhr betragen; im Jahre 1952 beträgt die Gesamtausfuhr nach den Oststaaten nur mehr 12 Prozent. Die Einfuhr aus den Oststaaten hat 1937 40 Prozent betragen, im Jahre 1952 nur mehr 12 Prozent. Wir stellen fest, daß die Ostblockstaaten bisher nicht imstande gewesen sind, uns das fehlende Getreide, Fleisch und Fett zu geben, das wir zur Ergänzung unseres Nahrungsmittelbestandes gebraucht hätten. Dann gibt es weitere Schwierigkeiten, die darin bestehen, daß Österreich Mitglied der Europäischen Zahlungsunion ist. Im Rahmen dieser Europäischen Zahlungsunion ist es uns verhältnismäßig leicht, mit verschiedenen Staaten der Welt Handel zu treiben. Die Oststaaten gehören aber dieser Zahlungsunion nicht an, und es ist daher notwendig, mit jedem einzelnen dieser Länder Separatverträge, also bilaterale Verträge abzuschließen. Die Ostblockstaaten haben weiterhin keine harte Währung; es ist dies bereits in der Diskussion über den Voranschlag zum Ausdruck gebracht worden. Die Währung dieser Ostblockländer ist daher nicht konver-

tierbar, also eine weitere Schwierigkeit, die beim Abschluß von Handelsverträgen in Betracht gezogen werden muß. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß es manchmal auch zollpolitische Schwierigkeiten oder divergierende Meinungen gibt, bei denen wir auch manchmal nicht ganz mit der Mehrheit übereinstimmen. Die größte Schwierigkeit stellt aber dieser Umstand zweifellos nicht dar. Es ist aber eine der wesentlichsten Schwierigkeiten, daß uns die Ostblockländer immer wieder als Schuldner gegenüberstehen. Mit Stichtag 31. Oktober 1953 schulden uns z. B. Bulgarien 1,030.000 Verrechnungsdollar, Polen 2,100.000, Rumänien 1,500.000, die Tschechoslowakei 1,85 Millionen und Ungarn 1,2 Millionen Verrechnungsdollar! In Schilling ausgedrückt sind das zirka 200 Millionen! Diesen Betrag muß die Österreichische Nationalbank den Unternehmern, die exportieren, bevorschussen. Es wäre also dafür eine Menge Geld aufzuwenden, was in Waren umgerechnet beispielsweise den Gegenwert von 75.000 Tonnen Brotgetreide betragen würde. Ich glaube aber nicht, daß wir ein so reiches Land sind, um uns die Gewährung derartiger langfristiger Kredite leisten zu können, denn dadurch würden wir zweifellos in finanzielle Schwierigkeiten geraten.

Ich stelle auch weiterhin fest, daß die Ostblockstaaten nicht imstande sind oder nicht mehr imstande sind, uns jene Waren abzunehmen, die früher nach dem Osten geliefert wurden, also Fertigwaren, für die im Osten nahezu kein Bedarf besteht, wenn ich von Maschinen in einem gewissen Ausmaße absehe. Im Osten wird nach Erz, Eisen, Stahl und teilweise nach Maschinen gefragt. Der Glasexport aber, der früher in hinreichendem Ausmaß nach dem Osten gegangen ist und der 26,4 Prozent des gesamten Exportes betragen hat, ist 1951 auf 1,4 Prozent zurückgegangen. Das gleiche gilt für die Garn- und Zwirnausfuhr, die im Jahre 1937 einen großen Teil des Gesamtexportes erreicht hat, 1951 aber auf drei Prozent zurückgegangen ist. Nur der Maschinen-, Apparate- und Geräteexport hat gegenüber 1937 eine leichte Erhöhung erfahren.

Ein weiteres Hemmnis, ich möchte fast sagen, ein Haupthemmnis im Osthandel bedeutet für uns die Tatsache, daß sich immer wieder die östlichen Länder in die Handelsbeziehungen mit Österreich einschalten. Ins Deutsche übersetzt, heißt das, daß Rußland zweifellos die Vormundschaft über die Ostblockländer hat, und daß es des öfteren vorkommt, daß, wenn ein Ostblockstaat mit uns einen Handelsvertrag abschließt, dieser von dort eine Weisung bekommt, nach der er

den Leistungen Österreich gegenüber dann nicht im vorgeschriebenen Ausmaß nachkommt.

Ich möchte damit nur aufzeigen, daß der Handel mit den Ostblockländern nicht sehr leicht möglich ist. Ich sage aber ausdrücklich, daß wir zweifellos bestrebt sein müssen, diesen Osthandel nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern ihm auch weiter auszubauen. Gegen was wir uns in diesem Zusammenhang verwahren, ist, daß gewissermaßen als Verpackung für die aus dem Osten kommenden Waren auch politisches Propagandamaterial eingeführt wird. Dafür haben wir in Österreich keine Verwendung. Wenn aber schon solches Material herübergebracht werden soll, dann meinerwegen höchstens im Ausmaß von fünf Prozent, damit der Bedarf der österreichischen Kommunistischen Partei gedeckt werden kann. Die übrige Bevölkerung reflektiert keinesfalls auf eine derartige Einfuhr.

Ich möchte auch sagen, daß die Meinung, die der Herr Abg. Dubovsky im Zusammenhang mit den Lieferschwierigkeiten der Firma Heid in Stockerau in bezug auf die Drehbänke nach dem Osten geäußert hat, nicht unbedingt in vollem Ausmaß ihre Geltung hat. Natürlich besteht ein Embargo, natürlich besteht eine Verbotsliste. Ich darf darauf hinweisen, daß es vor nicht allzu langer Zeit auch in Niederösterreich ähnliche Einschränkungen gegeben hat, daß die Enns nicht nur eine Grenze war, an der man den Identitätsausweis vorzeigen mußte, sondern daß uns auch große Schwierigkeiten bereitet wurden, verhältnismäßig harmlose Waren über die Enns hinüberzubringen. Ich erinnere daran, daß es eine große Aufregung gegeben hat, als unsere österreichischen Kommunisten — nicht die Russen im Lande! — entdeckt haben, daß in den Schöller-Bleckmann-Werken Rohre erzeugt werden. Diese Rohre sollten für die Herstellung von Jagdgewehren Verwendung finden. Es ist damals alles, vor allem die Besatzungsmacht, alarmiert worden, und es ist damit glücklicherweise zustande gekommen, daß die Erzeugung dieser Rohre eingestellt werden mußte. Wir sehen, daß ein Embargo nicht nur auf einer Seite, sondern auch auf der anderen Seite für die österreichische Wirtschaft spürbar geworden ist. Wir stellen die Tatsache fest, daß Österreich aus der Marshall-Plan-Hilfe Geld empfangen hat, aber nicht nur Geld, sondern auch Waren und Lebensmittel. Wir müssen, um gerecht zu sein, immer wieder sagen, daß wir für die Gewährung dieser Marshall-Plan-Hilfe dankbar zu sein haben, und zwar deshalb — es kann dies nicht oft genug gesagt werden —, weil ein

Teil der österreichischen Bevölkerung dem Hungertod ausgesetzt worden wäre, wenn wir diese Hilfe nicht bekommen hätten. Die Ernährungslage Österreichs war damals eine derartige, daß die Bevölkerung diesem Elend nicht mehr hätte standhalten können. Wir erhielten aber auch andere Dinge, nämlich Rohstoffe und Legierungen. Daß die Länder, die uns diese Dinge liefern, nicht ohneweiters zusehen wollen, wenn speziell Maschinen aus Österreich nach dem Osten geliefert werden und dort voraussichtlich für die intensivere Aufrüstung benützt werden, können wir ihnen nicht verdenken. Wir müssen zwar diese Weisung, die uns damit gewissermaßen gegeben wird oder diese Empfehlung nicht unbedingt befolgen, aber dann haben wir auch die Konsequenzen in der Form auf uns zu nehmen, daß uns diese Länder die notwendigen Lieferungen von Rohstoffen und von Legierungen nicht mehr geben, und daß wir dann vielleicht darauf angewiesen wären, aus dem Osten unter allen Bedingungen verschiedene Dinge, und dann auch nicht mehr nur fünf Prozent der politischen Propaganda, sondern vielleicht ein Vielfaches dieser fünf Prozent für Österreich zu nehmen, ob wir wollen oder nicht. Wir verdenken es diesen Staaten nicht, daß sie berechtigte Zweifel hegen, daß in den Ostblockländern zwischen den Palmwedeln nur die Friedenstaube flattert. Es gibt genug Dinge, die uns das Gegenteil vermuten lassen. Wenn ich nur darauf hinweise, daß eine flüchtige Betrachtung von Schullesebüchern in der Tschechoslowakei uns durch das ganze Buch hindurch nichts anderes zeigt, als den russischen Soldaten in möglichst idealisierter Form, aber immer auf dem Panzerwagen mit dem Gewehr in Anschlag, mit dem gefällten Bajonett, um damit vielleicht schon im nächsten Augenblick irgend jemand den Bauch aufzuschneiden oder sonst irgendwelche „angenehme“ Dinge zu tun. Ich glaube, daß eine solche Form der Erziehung keineswegs geeignet ist, friedliche Bestrebungen in diesen Ländern zu fördern und uns den Eindruck zu vermitteln, daß dort alles getan würde, um den Frieden zu sichern.

Diese und noch genug andere Dinge werden uns aber auch mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt, wenn wir die Pressenachrichten aus diesen Ländern mit einiger Aufmerksamkeit betrachten. Ich verweise da auf die ungarische Zeitung „Szabad Nep“ vom 11. April 1953. In dieser Zeitung erschien ein Artikel, der da sagt (*liest*): „Es ist unsere Aufgabe, bei unseren Frauen den Wunsch nach Frieden in einen kriegerischen Friedenswillen zu verwandeln, damit sie dadurch den sowjetischen Frauen gleich werden.“ Wozu

ein kriegerischer Friedenswille? Ich glaube, daß der Friedenswille genügen würde, um den Frieden herbeizuführen oder ihn zu sichern. Eine andere Weisheit, die wir in der „Rude Pravo“ vom 19. August 1953 finden, teilt uns da mit, daß die Jugendlichen mit 16 Jahren bereits als Fallschirmjäger ausgebildet werden. Ich glaube, daß auch diese Ausbildung nicht geeignet ist, die Friedensidee zu fördern. Eine andere Mitteilung aus der „Smana Bratislava“, also einer slowakischen Zeitung, vom 1. August 1953 sagt uns, daß Mädchen und Männer zusammen regelmäßig an der Schießausbildung teilnehmen und auch Kampfübungen im Gelände durchführen! Auch das ist keine Erscheinung, die geeignet ist, die westliche Welt davon zu überzeugen, daß im Osten wirklich Friedensbestrebungen im Gange wären. Ich darf schließlich auch darauf hinweisen, daß im Radio Warschau in einer Mitteilung vom 26. April 1953 diese Erscheinungen, die ich jetzt aufgezeigt habe, in der Form ihren Niederschlag finden, daß dort mitgeteilt wird, daß das Verteidigungsbudget, das wir als Kriegsbudget bezeichnen können, nunmehr gegenüber dem Jahre 1952 um vier Milliarden Zloty, das heißt von 6,5 Milliarden auf 10,5 Milliarden Zloty erhöht worden ist. Ich glaube, daß es vielleicht sicherlich einen Teil böswilliger Erfindung darstellt, wenn zum Beispiel die „Nepszava Bpest“ vom 29. September 1953 mitteilt, daß es in ihrem Land von Feinden wimmelt, die der ganzen Bevölkerung die Passivität anraten, es liege daher an den Aktivisten, diesen Feind zu bekämpfen. In einer Mitteilung der gleichen Zeitung vom 29. Juli 1953 wird erklärt, das Vaterland lieben, heißt die Feinde hassen.

In der „Zolnierz Wolnosci“ heißt es am 29. Juni 1953 (*liest*): „Der Haß soll nicht beschränkt werden auf Amerikaner, sondern der Haß soll übertragen werden auf alle Bewohner des eigenen Landes, die dieser Propaganda unterliegen und die dieser Propaganda in irgendeiner Form Glauben schenken.“ Die Lehre vom Haß, die dort gepredigt wird, ist nicht ohne Früchte geblieben. Sie wird noch unterstützt, was dazu führen muß, daß sich dieser Haß entlädt, und wie kann er sich entladen, nur dadurch, daß in irgendeiner Form kriegerische Handlungen in Erscheinung treten. Einen Monat später lesen wir bereits dann in der „Tribuna“, einer polnischen Zeitung, daß der sozialistische Arbeitswettbewerb in diesen Ländern zurückfällt, daß aber der innere Feind von den Aktivisten zurückgeschlagen wird. Ich muß sagen, daß also die Bestrebungen, die dort in dieser Richtung vor sich gehen, zweifellos nicht als gute Bestrebungen bezeichnet werden können, zu-

mindest nicht als solche, die der übrigen Welt Vertrauen einflößen könnten. Das findet auch darin seinen Ausdruck, daß aus diesen Ländern eine ununterbrochene Flucht vor sich geht, von der immer wieder behauptet wird, daß es nur Bourgeois, daß es nur Besitzende sind, die das gastliche Land verlassen, um in anderen Ländern unter zweifellos schlechteren Bedingungen Zuflucht zu finden. Eine Statistik über die Menschen, die in der westlichen Welt Zuflucht suchen, sagt uns aber, daß nur 13 Prozent Selbständige, 34 Prozent Angestellte und 53 Prozent Arbeiter sind.

Ich glaube mit meinen Ausführungen dargestellt zu haben, was die Gründe für den Argwohn sind, den die westliche Welt den Oststaaten gegenüber empfindet, und die sie veranlassen, manchmal Maßnahmen zu treffen, die für uns wirtschaftliche Schwierigkeiten bedeuten.

Ich darf aber dazu sagen, daß wir (*zur Seite des Linksblocks gewendet*) Ihre Sorge um die österreichische Wirtschaft, Ihre Sorge um die Wirtschaft, um Gewerbe und Industrie in Österreich und um die österreichischen Arbeiter durchaus nicht immer in vollem Ausmaß glauben, denn in der gleichen Zeit, in der Sie Ihrer Sorge so lebhaften Ausdruck geben, heißen Sie es gut, daß in Österreich in immer stärkerem Maße die sogenannten USIA-Greißlereien errichtet werden, jene Greißlereien, mit deren Hilfe Sie glauben, die österreichische Wirtschaft früher oder später zugrunde richten zu können. Daß dabei österreichische Arbeiter und Angestellte früher oder später einmal brotlos werden müssen, ist eine Tatsache, die niemand bestreiten kann, denn jeder Schilling, der dorthin getragen wird, ist für die österreichische Wirtschaft praktisch verloren. Es ist dort in manchen Artikeln ein billigerer Verkauf, das sei zugegeben. Wir müssen aber auch feststellen, daß es ein Dumping mit durchaus böser Absicht ist, wobei der Vorteil zu Hilfe genommen wird, daß die steuerlichen Vorschriften und die Zollbestimmungen nicht eingehalten werden. Als Österreicher werden wir uns im Interesse Österreichs, im Interesse der österreichischen Bevölkerung dagegen wehren. Wir werden uns in immer stärkerem Maße dagegen wehren und wehren müssen, wenn wir am Bestand unserer Wirtschaft und an der Beschäftigung der österreichischen Arbeiter in der österreichischen Wirtschaft interessiert sind. Wir werden letzten Endes zu drastischen Mitteln greifen müssen, um uns dagegen zu wehren und um dieses Wehren auch wirksam werden zu lassen. Da glaube ich, daß wir bei

der gesamten österreichischen Bevölkerung das größte Verständnis finden werden, wenn wir ihr erst richtig die Folgen einer so verderblichen Handlungsweise aufzeigen, die (*zu den Kommunisten gewendet*) von Ihrer Partei aus gutgeheißen, gebilligt und sogar gefördert wird. Aus diesen Ausführungen werden Sie es auch begreifen, warum wir Ihren Anträgen in diesem Hause nicht zustimmen können. Wir können ihnen deshalb nicht zustimmen, weil wir nicht an die Aufrichtigkeit Ihrer Beteuerungen glauben, weil Sie jede Ihrer Behauptungen in der Verwirklichung ad absurdum führen, und wir davon überzeugt sind, daß Sie etwas anderes denken, als Sie zum Ausdruck bringen. Wir können Ihnen also mit allem Bedauern nur sagen, daß Sie diese Ihre antiösterreichische Tätigkeit natürlich fortsetzen können. Ob Sie aber dabei die begeisterte Zustimmung der tausenden österreichischen Frauen haben werden, die einmal vergewaltigt worden sind, oder die begeisterte Zustimmung von deren Angehörigen haben werden, oder die begeisterte Zustimmung der ganzen Menschen haben werden, die Österreicher sind und österreichisch denken, das ist eine andere Sache. Ich darf auch sagen — wir geben die Hoffnung nicht auf —, daß viele von Ihnen einmal zur Vernunft kommen und zu dem Gedanken zurückkehren werden, daß, wenn sie inmitten von Österreich leben, sie auch österreichisch zu denken und sich österreichisch zu verhalten haben. Ich sage Ihnen, daß wir über dieses Problem noch einmal mit Ihnen sehr ernst reden werden, ich versichere Sie aber heute schon, daß wir mit Ihnen auf demokratischer Grundlage reden werden, also in einer Form, die durchaus nicht den Formen entspricht, in denen in Ländern des Ostens mit Parteigegnern gesprochen wird.

Ich bitte, diese meine Ausführungen so aufzufassen, wie ich sie zum Ausdruck gebracht habe. Wir werden bestrebt sein, soweit wir darauf Einfluß haben, den Handel mit dem Osten zu vergrößern. Wir brauchen ja den Handel mit der ganzen Welt. Wir sind bereit, Handelsbeziehungen anzuknüpfen, wenn man uns jene Dinge liefert, die wir brauchen. Wir sind dagegen bereit, auch alle die Dinge zu liefern, auf die dort Wert gelegt wird. Wir verlangen nur, daß diese Handelsvertragsverhandlungen auf der Basis der Gleichberechtigung geführt werden, und daß die Handelsvertragsverpflichtungen von den östlichen Ländern in gleichem Ausmaß eingehalten werden, wie sie von Österreich eingehalten werden. Dann wird auch entsprechenden wirtschaftlichen Beziehungen mit diesen Ländern durchaus nichts im Wege stehen. (*Beifall bei der SPÖ.*)



PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Zeyer.

Abg. ZEYER: Hohes Haus! Wenn ich heute zur Gruppe 7 das Wort ergreife, so tue ich es deswegen, weil über die Technisierung der Landwirtschaft sehr viel gesprochen wurde und auch die Maschinenstationen erwähnt wurden. Es ist begrüßenswert, daß auf Grund der stabilen Getreidepreise die Technisierung in den letzten Jahren so vervielfältigt werden konnte. Wir wissen ganz genau, daß gerade die stabilen Preise beim Brotgetreide dazu geführt haben, daß heute auch der kleine Bauer in der Lage ist, sich einen Traktor zu kaufen, und daß letzten Endes auch schon ein großer Teil unserer Landwirte mit Mäh-dreschern zu arbeiten beginnt. Hätten wir schon vor Jahren kostendeckende Preise bekommen, dann wäre dieser Zustand schon früher eingetreten. Leider Gottes wurde uns aber dies versagt. Erst in den letzten Jahren ist es so weit gekommen.

Wenn heute darüber gesprochen wurde, daß durch die privaten Maschinenstationen eine neue Sparte von Unternehmern entsteht, so möchte ich dem gegenüberstellen, daß diese Maschinenstationen ja hauptsächlich für von der elterlichen Wirtschaft weichende Bauern-söhne gedacht sind, damit diese jungen Menschen eine Existenz finden können.

Es ist sehr begrüßenswert, daß seitens der Landwirtschaftskammer viele Mittel für die Technisierung der Landwirtschaft gegeben werden. In diesem Zusammenhang möchte ich nur meinen kleinen Kammerbezirk herausgreifen, damit Sie sehen, wie weit dort die Technisierung der Landwirtschaft schon fortgeschritten ist. Der Bezirk Hainburg hat bis jetzt rund 36 Mäh-drescher in Betrieb und dürfte bis zur kommenden Ernte mindestens die doppelte Anzahl erreichen. Über 200 Traktoren sind jetzt schon in den kleinbäuerlichen Betrieben in Verwendung. Daraus ersehen Sie, daß wir heute in diesem Gebiet nicht mehr auf die Maschinenstationen angewiesen sind, weil wir mit den auf den Höfen vorhandenen Maschinen bereits das Auslangen finden, besonders dann, wenn sich die Menschen nur verstehen. Es ist ja begreiflich, daß hier die Nachbarschaftshilfe eingreifen muß, und sie hat auch schon eingegriffen. Es ist ja nur logisch, wenn heute ein Bauer sein Feld bearbeitet und er daneben einen Nachbar mit nur zwei Joch hat, die mit Pferdegespann bearbeitet werden müssen, weil der Nachbar keinen Traktor besitzt, daß er auch diese zwei Joch mitbearbeitet, damit auch der Nachbar rechtzeitig zum Anbau kommt. Wenn so gearbeitet wird, brauchen wir verschiedene

andere Lasten nicht mehr zu übernehmen. Außerdem ist die Kreditmöglichkeit heute so, daß sich auch der kleine Bauer die Maschinen anschaffen kann. Es werden für solche Zwecke ohneweiters Darlehen zu 7½ Prozent Zinsen gegeben, und auch die privaten Handelsfirmen sind heute in der Lage, das Geld mit 7½ Prozent vorzustrecken. Das ist ein Umstand, der begrüßenswert ist, um so mehr, wenn wir bedenken, daß es noch vor wenigen Jahren sehr triste ausgesehen hat, wenn der Bauer eine Hypothek für den Wiederaufbau seiner Wirtschaft aufzunehmen gezwungen war. Daraus ersehen wir, welche Wertbeständigkeit unser Schilling inzwischen erhalten hat, und was es für unser Volk bedeutet, daß man zu diesem Schilling Vertrauen finden konnte.

Eine weitere Angelegenheit ist ebenfalls zu begrüßen, nämlich, daß wieder 200.000 S für die Förderung der Interessen unserer braven Landarbeiter, die Helfer der Bauernschaft, im Voranschlag eingestellt sind. Wir wissen, daß wir mit unseren braven Landarbeitern auf Gedeih und Verderb verbunden sind, und daß wir ohne sie nicht arbeiten können.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch auf die Landarbeiterehrung in Bruck hinweisen und mit Bedauern feststellen, daß sich damals ein Gewerkschaftsfunktionär dahin geäußert hat, daß es heute noch Bauern gibt, die ihre Knechte mit 20 S entlohnen. Diese Äußerung ist damals mit aller Schärfe zurückgewiesen worden. Man sieht aber aus dieser Äußerung nur, daß manche Funktionäre den Bauern nicht gut gesinnt sind, wenn solche Dinge bei einem freudigen Fest vorgebracht werden. Wir wollen ja selbst, daß der Landarbeiter die entsprechende Entlohnung bekommt, was übrigens auch im Kollektivvertrag festgelegt ist.

Wenn ich auf die Besitzfestigung zu sprechen komme, so möchte ich auf folgenden Umstand hinweisen. In der heutigen Zeit kommt es leider immer und immer wieder vor, daß bei Übergabsverträgen — sei es durch den Tod des Besitzers oder durch irgendeine Testamentsbestimmung — Erben aufscheinen, und die Aufteilung des Hofes beginnt. Es wäre zu begrüßen, wenn wir auch in Niederösterreich ein Höferecht bekommen würden, damit solche unangenehme Dinge verhindert werden. Es gibt aber auch wieder Menschen, die freiwillig von der Scholle gegangen sind, und die dem Übernehmer die größten Schwierigkeiten bereiten; der Übernehmer muß dann den Besitz mit Schulden übernehmen und kann dann mit dem Zinsendienst nicht nachkommen. Es wäre daher wichtig, wenn für die Besitzfestigung ein

höherer Betrag im Budget aufscheinen würde, um solchen bedauernswerten Übernehmern helfen zu können, damit sie nicht der Verschuldung anheimfallen.

Für die bäuerlichen Fortbildungsschulen sind im Budget 700.000 S ausgeworfen; das ist gewiß ein Betrag, der nicht besonders hoch erscheint, wenn man weiß, welche Bedeutung diesen Fortbildungsschulen zukommt. Es ist schon vom Herrn Abg. Gutscher darauf hingewiesen worden, daß die jungen Menschen dort das nötige Rüstzeug bekommen, damit sie der Not und den großen Anforderungen, die an die Landwirtschaft gestellt werden, gerecht werden können und so ihr Erbe vermehren, verbessern und weitervererben können. Es wäre also nur recht und billig, wenn auch dafür ein größerer Betrag im Budget aufscheinen würde.

Eine weitere Angelegenheit, die mich peinlich berührt, ist der Umstand, daß unsere bäuerliche Fachschule in Bruck noch immer in den Händen einer Besatzungsmacht ist. Diese Schule mußte daher notgedrungen in einem Gasthaus untergebracht werden, was natürlich dem Zweck der Schule durchaus nicht entsprechen kann. Diese Schule wurde schon einige Male freigegeben. Wenn sie dann mit großen Mitteln des Landes restauriert worden war, wurde sie aber wieder von der Besatzungsmacht übernommen, und unsere Lehrer und Schüler mußten dann wieder hinaus. Es wäre nur recht und billig, wenn diese Schule wieder dem Zwecke zugeführt werden könnte, für den sie erbaut worden ist. Ich möchte daher bitten, entsprechende Schritte zu unternehmen, damit endlich auch dort wieder Ordnung eintritt.

Eine andere Angelegenheit, die gerade meinen Verwaltungsbezirk betrifft, sind die schon Jahre hindurch andauernden unleidlichen Ölbohrungen. Wir wissen, daß das Marchfeld in der Ölgewinnung bereits erschöpft ist; man versucht aber trotzdem noch weiter, Bohrungen durchzuführen. Wir haben dort schon sieben oder acht Gemeinden, ganz zerbombt, weil für solche Bohrversuche Bomben gelegt werden, wodurch die Gemeinden schon große Grundstücke verloren haben. Weiter wurden Bohrtürme aufgestellt, und es wurde da kreuz und quer über die Felder gefahren. Die Entschädigung ist ziemlich gering. Diese Versuchsbohrungen treffen meistens gerade solche Kulturen, die am heiligsten sind. Auf Hinweise, daß man Wege benützen soll, wurde negativ geantwortet, man sagt einfach, man fahre, wo man will. Das ist gewiß eine harte Probe für unsere Bevölkerung, und wenn es dann wirklich einmal zu Auseinandersetzungen kommt, dann ist es

nicht nur sehr bedauerlich, sondern auch für den Besitzer leider Gottes auch sehr abträglich. Im weiteren Verlauf wurden die Ölbohrungen bei uns eingestellt, und es wurde nur Erdgas gewonnen. Später wurden neuerliche Bohrungen unternommen, und die Felder wieder verwüstet. Es ist nun hoch an der Zeit, daß diese Dinge endlich zum Abschluß kommen. Es werden ja dadurch Dutzende von Hektar Grund und Boden nicht nur ruiniert, sondern auch der Produktion entzogen.

Ich möchte das Hohe Haus bitten, meine Ausführungen so aufzufassen, wie sie gemeint sind. Sie sollen auf fruchtbaren Boden fallen, und ich hoffe, daß man sich damit in Zukunft beschäftigt, zum Nutzen und Frommen unseres Landes Niederösterreich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Kuchner.

Abg. KUCHNER: Hoher Landtag! Ich möchte zu zwei Kapitel sprechen, die in der Gruppe 8 ein ganz bescheidenes Dasein fristen und für die ein ganz bescheidener Betrag eingesetzt ist, nämlich zur Gewerbeförderung und zum Fremdenverkehr. Für diese zwei Kapitel sind folgende Beträge vorgesehen, und zwar im ordentlichen und im außerordentlichen Voranschlag zusammen: für Wirtschaftsförderung 1.700.000 S und für den Fremdenverkehr 1.800.000 S. Das sind so geringe Beträge, daß man annehmen muß, es kann damit auf diesem Gebiet nicht sonderlich viel geleistet werden. Ich muß aber dazu sagen, daß auf dem Gebiete der Wirtschaftsförderung das nicht die einzigen Beträge sind, sondern daß dazu noch die Beträge kommen, die die niederösterreichische Handelskammer beizutragen hat. Es wurde in diesem Jahr für die direkte Wirtschaftsförderung, Unterstützung des gewerblichen Nachwuchses, Notstandsmaßnahmen für die Angehörigen der gewerblichen Wirtschaft, Ausstellungswesen, Abhaltung von Fachkursen, Förderung einzelner Gewerbebezüge ein Betrag von 2.300.000 S ausgewiesen, und zwar deshalb mehr als veranschlagt war, weil ja die Beträge des Nachtragskredites dazukommen.

Im Kapitel Gewerbeförderung ist auch ein Betrag von 500.000 S sowohl für das Jahr 1953 als auch für das Jahr 1954 für die Kreditgewährung an die gewerbliche Wirtschaft vorgesehen. Es ist Ihnen bestimmt noch der Zuschuß von 2,5 Millionen Schilling für die Wirtschaftsförderung von seiten der Handelskammer in Erinnerung, weil die An-

gelegenheit erst kürzlich hier im Landtag behandelt wurde. Ich darf Ihnen nur kurz ein paar Daten geben. Es wurden bisher aus diesen Beträgen an Betriebe der gewerblichen Wirtschaft 137 zinsenlose und zinsenbegünstigte Kredite im Gesamtbetrage von 2.157.000 Schilling gewährt, weiter noch 69 zinsenlose und zinsenbegünstigte Kredite im Gesamtbetrage von 1.046.480 S an Betriebe der Fremdenverkehrswirtschaft. Ich habe die letztgenannten Kredite separat herausgestellt, weil sie in die Gruppe Fremdenverkehr hineinüberspielen. Sie sehen, daß es dem Handel und Gewerbe an sich nicht so gut geht, als man hier immer wieder den Anschein erwecken will. Denn alle, die in dem Ausschuß, der die Kredite bewilligt, sitzen — es sind dies Herren der Landesregierung und der Handelskammer —, wissen, mit welcher Dringlichkeit diese Ansuchen um Unterstützung und Beihilfen aus diesem Kreditgewährungsfonds gestellt werden. Daraus können die Herren, die glauben, daß es dem Handel und Gewerbe gut geht, deren schwierige Lage erkennen.

Auch die Lage des Fremdenverkehrs in Niederösterreich ist nicht übermäßig rosig. Der Betrag von 1.850.000 S für die Fremdenverkehrsförderung kann nicht als sehr hoch angesehen werden, trotzdem ist aber für den Fremdenverkehr sehr viel geschehen. Wir führen immer wieder, auch in Pressestimmen, Klage über die Rückständigkeit des Fremdenverkehrs und seiner Einrichtungen in Niederösterreich gegenüber den westlichen Bundesländern. Wir haben darüber schon einige Male gesprochen, und ich möchte da nur noch einiges aufzeigen. Wenn ich auch zugebe, daß fast alle Kapitel, die jetzt im Rahmen dieser Budgetverhandlungen behandelt wurden, sei es der Straßenbau, seien es kulturelle Einrichtungen des Landes usw., irgendwie in den Fremdenverkehr hineinspielen und sich deren Förderung letzten Endes auch auf den Fremdenverkehr irgendwie auswirkt, so sind wir doch der Meinung, daß die zwei Hauptstützen des Fremdenverkehrs einerseits die Fremdenverkehrsgemeinden und andererseits die Gaststätten sind. Meine Damen und Herren, ist es nun nicht beschämend, wenn man feststellen muß, daß in Niederösterreich von 1584 Gemeinden lediglich 150 Gemeinden Fremdenverkehrsgemeinden sind? Man wird vielleicht sagen, es ist ja ganz wurscht, ob sich eine Gemeinde Fremdenverkehrsgemeinde nennt oder nicht. Eine Fremdenverkehrsgemeinde hat aber verschiedene Einnahmelmöglichkeiten und damit auch Mittel für ihre Ausgestaltung. Es wird vielfach die Rückständigkeit mancher Gemeinden in dieser Hinsicht —

es ist leider so und ich muß es offen zugeben — von so manchen Gewerbe- und Handeltreibenden dieser Gemeinden bagatellisiert, ja die sogar versuchen, sich von der Zahlung einiger Schillinge für die Erklärung der Gemeinde als Fremdenverkehrsgemeinde zu drücken oder gar, auch wenn die Möglichkeit hierzu besteht, diese Erklärung verhindern.

Was das Land dazu beiträgt, so will ich nur ganz kurz in Erinnerung bringen, daß im Laufe der vergangenen zwei Jahre vier Sessellifte, und zwar in Mönichkirchen, Puchberg, Türnitz und Mitterbach erbaut wurden. Im heurigen Jahr wurde der Sessellift auf den Semmering errichtet, wozu namhafte Mittel des Landes verwendet und auch rund 60.000 S von seiten der ERP-Hilfe gegeben wurden. Kleine Schlepplifte sind von der Landesregierung angekauft worden, und neben den zwei bisher in Verwendung stehenden Kleinschleppliftenanlagen sind vier weitere derartige Anlagen für die kommende Wintersaison in St. Corona am Wechsel, in Waidhofen an der Ybbs, Lackenhof und am Jauerling zur Aufstellung bereit. Es wurden aber auch von seiten des Landes namhafte Mittel an Gemeinden, vor allem an Fremdenverkehrsgemeinden, zur Ausgestaltung von Bädern, die wieder für die Sommermonate wichtig sind, gegeben. So wurden für die Errichtung von Badeanlagen in Piesting, Langschlag, Gablitz, Pitten, Türnitz, St. Anton, Pirawarth, Horn, Oberndorf an der Melk, Hadersdorf, Thunau, Rossatz und an die Fremdenverkehrsvereine Wieselburg und Hohenberg Darlehen, Landesbeiträge und Subventionen im Betrage von insgesamt 264.000 S gegeben. Weitere Ansuchen der Gemeinden Krems, Waidhofen an der Ybbs und Nöchling im Gesamtbetrage von rund 205.000 S stehen unmittelbar vor der Erledigung. Es geschieht von seiten des Landes schon so manches für die Gemeinden und für die Fremdenverkehrsgemeinden, so daß diese irgendwie den Rückstand, den sie gegenüber den anderen Bundesländern haben, aufholen können.

Zur Erhaltung verschiedener anderer Fremdenverkehrsförderungseinrichtungen dienen die Beihilfen, die das Land für die Erhaltung und Errichtung von Schutzhütten gegeben hat. Diese sind ja keine Erwerbsunternehmungen, als die man sie allgemein betrachtet, auch wenn sie den Anschein einer solchen haben. Es wurden für die Fischerhütte auf dem Schneeberg, für die Schutzhütte auf dem Obersberg, für die Hohensteinhütte, für die Schutzhütte auf dem Schöpfl, für die Brandstätterkogelhütte, die Stoawandlerhütte usw. namhafte Beträge aufgewendet.

Es wurde auch für kulturelle Zwecke von seiten des Fremdenverkehrsreferates so mancher Beitrag gegeben, so z. B. dem Stift Heiligenkreuz, Göttweig und Seitenstetten, dann der Stadtpfarrkirche in Melk sowie den Kirchen Marbach, Schiltern, Höflein, der Wehrkirche St. Michael, dem Schloß Haghof und Neulengbach, der Burgruine Klamm, dem Festungsturm in Wiener Neustadt, der Burg Starhemberg, um diese Kulturdenkmäler erhalten zu können.

Es wurden aber auch namhafte Mittel auf anderen Gebieten bereitgestellt. Denken Sie daran, daß auch große Beträge für die Herstellung von Plakaten und Prospekten für Zwecke der Fremdenverkehrspropaganda ausgegeben wurden. Sie werden gewiß zu Beginn jeder Saison die Plakate in Wien und in den großen Städten des Landes gesehen haben, und es wurden auch zahllose Prospekte gemacht, die Ihnen allen im Laufe dieses Jahres übermittelt wurden. Das alles kostet ungeheure Geldmittel, die aber aufgewendet werden müssen, um den Ruf Niederösterreichs als Fremdenverkehrsland in alle Länder hinauszutragen. Diese Prospekte und Plakate sind, nach Bestätigung von Fremdenverkehrsfachleuten, auf einem hohen Niveau gestanden. Es wurde auch auf dem Gebiete der Propaganda sehr viel gemacht, wie Zeitungsnotizen, Filmreklame u. dgl. Vielleicht ist Ihnen der Werbefilm „Wachau im Frühling“ noch in Erinnerung, der im Laufe des Jahres in verschiedenen Kinos zu sehen war. Es wird also auf diesem Gebiete so manches getan.

Um Fremde auch aus anderen Ländern nach Niederösterreich zu bringen, werden 100.000 bis 150.000 S aufgewendet, um eine intensivere Propaganda in den westlichen Ländern, vor allem in Deutschland, zu machen.

Alle diese Feststellungen lassen erkennen, daß hier, zum Unterschied von den Gemeinden, die ja in erster Linie daran Interesse haben sollten, von seiten des Landes alles das gemacht wird, was überhaupt mit den bescheidenen Mitteln für die Fremdenverkehrsförderung gemacht werden kann.

Ich möchte hier auch noch ein paar Worte über die Reichsautobahn sagen. Die Angelegenheit der Reichsautobahn wurde beim Kapitel 6 schon besprochen. Nun, die Liebe zu dem Projekt Reichsautobahn war nur so weit vorhanden, als es sich um die Beschäftigung von Arbeitslosen gehandelt hat. Ich bin aber der Meinung, nachdem sich zwei Drittel des Reiseverkehrs heute auf der Straße abspielen, daß für Niederösterreich gerade auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs die Reichsautobahn eine unbedingte Notwen-

digkeit ist. Wenn nämlich der Fremde weiß, er hat keine Zonenkontrolle mehr, und er kann noch dazu auf einer herrlichen Straße fahren, so wird er nicht in Enns stehenbleiben, sondern er wird wahrscheinlich bis Niederösterreich und bis Wien seine Fahrt fortsetzen. (*Abg. Dubovsky: Er fährt durch und Niederösterreich hat nichts davon. — Abg. Enzl: Wenn er dich sieht, hat er eine Panne. — Heiterkeit.*)

Ich möchte noch etwas sagen, und zwar ganz offen. Man hat in dieser Budgetberatung auch über die Güterwege gesprochen. Die Breite eines Güterweges war bisher mit drei bis dreieinhalb Meter durch Verordnung festgelegt. Nun bin ich der Meinung, daß ein Güterweg, der in einer schönen Gegend gebaut wird, den Titel Güterweg nicht mehr verdient, denn wo es schön ist und wohin eine Straße geht, wird der Autoverkehr hinkommen, und dieser beschränkt sich nicht nur auf Personautos und Kraftfahräder, sondern dort kommen auch große Autobusse hin. Nun möchte ich auf die Straße auf dem Mariahilferberg zu sprechen kommen, aber — nicht vielleicht deshalb, weil sie zufällig in der Gemeinde liegt, wo ich zu Hause bin. Es wurde einmal die Anfrage gestellt, warum die Mariahilferbergstraße so ausgebaut wurde, wo sie doch nur zu einem Kloster und zu einer Wallfahrtskirche führt. Der Bau der Mariahilferbergstraße ist im Jahre 1942 begonnen worden, das heißt, in den Kriegsjahren, in der Zeit der Besetzung durch die Nazi, die bestimmt für das Kloster am Mariahilferberg äußerst wenig Verständnis hatten. Der Bau der Straße wurde schon in einer Breite von viereinhalb Meter begonnen, also in normaler Bezirksstraßenbreite. Der Bau mußte dann in den letzten Kriegsjahren 1944 und 1945 abgebrochen werden. Er ist im Jahre 1946/47 durch die Gemeinde Gutenstein mit einigen Arbeitern, die diese kleine Gemeinde beschäftigen konnte, weitergeführt worden, und erst nachträglich sind das Land, der Bund und die Aktion zur Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit herangezogen worden, um diese Straße fertig auszubauen. Daß der Bau dieser Straße in den Kriegsjahren begonnen wurde, zeigt, daß nicht die Wallfahrtskirche und das Kloster, zu welchen die Straße führt, berücksichtigt werden sollten, sondern es befinden sich dort ungeheure Wälder, und der Abtransport des Holzes konnte nur auf einer ordentlichen Straße und nicht auf einem Wurzelweg, der bis jetzt bestanden hat, durchgeführt werden. Es war also schon eine Notwendigkeit, daß diese Straße ausgebaut wurde. Daß natürlich auch der Fremdenverkehr, aber nicht nur in Gutenstein

allein, sondern in der ganzen Umgebung dadurch befruchtet worden ist, steht fest. Es fahren tausende Autos hinaus, und wenn Sie nur die Autoparkgebühr von einen Schilling bis fünf Schilling in Betracht ziehen, so ist das für die Gemeinde eine ganz schöne Einnahme. Selbst im heurigen schlechten Sommer, wo der August verregnet war, hat die Gemeinde durch diese Parkgebühr über 20.000 S eingenommen. Die Autos haben in einer Länge von drei Kilometer geparkt. Die Leute schauen sich die Gegend an, fahren dann weiter und beleben das ganze Gebiet, wie das Höllental, Reichenau und den Semmering bis nach Türritz. Es ist eine ausgesprochene Fremdenverkehrsstraße, die die Gemeinde Gutenstein, Gott sei Dank, auch mit Hilfe dieses Hohen Hauses, bekommen hat.

Es ist auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs sehr viel geschehen, meine Damen und Herren, und es wird niemand hier in diesem Hohen Hause sein, der hier kritisieren könnte. Ich selbst kritisiere nur die manchmal förmlich an Indolenz grenzende Einstellung in Niederösterreich, die die ungeheure Wichtigkeit des Fremdenverkehrs in Niederösterreich nicht beachten will. Sie werden mir sagen, die Gemeinden allein sind schuld daran, schaut, daß die Wirtshäuser in Ordnung kommen, die in Niederösterreich mehr als rückständig sind. Das merkt so mancher Fremde, wenn er über die Enns herüberkommt und niederösterreichische Gastwirtschaften besucht; er muß unter Umständen der Meinung sein, daß er sich schon im Osten befindet. Nun müssen wir aber doch berücksichtigen, daß die Verhältnisse in Niederösterreich wesentlich verschieden sind im Vergleich zu den westlichen Bundesländern. Es sind nur an ERP-Mitteln allein weit über 170 Millionen an die westlichen Bundesländer gegangen, an Niederösterreich nur 5,5 Millionen, also ein Betrag, dessen Höhe nicht zu rechtfertigen ist. Wenn ich auch der Meinung bin, daß es im Interesse des Fremdenverkehrs klar ist — und die Rieseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr bezeugen das ja —, daß man zuerst die Fremdenverkehrsländer, wo der Strom aus dem Westen und Süden durchgeht, auf die Beine helfen muß, so bedauern wir es dennoch, daß man auf Niederösterreich fast ganz vergessen hat. Vielleicht wollte man infolge der Schwierigkeiten bei der Einreise aus den westlichen Ländern einfach nicht die Mittel zur Verfügung stellen, so daß sie auf Jahre hinaus — man wußte ja nicht, wann die Beschränkungen aufgehoben werden — zurückgehalten wurden. Das ist eine der Schwierigkeiten. Eine andere Schwierigkeit ist es allerdings, wenn man die Lage Niederöster-

reichs als Fremdenverkehrsland betrachtet. Es wird niemand behaupten, daß gerade die westlichen Bundesländer schöner sind als Niederösterreich. Wir haben in Niederösterreich bestimmt genau so schöne Gebiete, wie sie die westlichen Bundesländer haben. Aber die Lage Niederösterreichs bedeutet für den Fremdenverkehr eine ungeheure Schwierigkeit, und diese Schwierigkeit hat bereits im Jahre 1918 damit begonnen, daß Niederösterreich Grenzland wurde. Der Fremdenverkehr nach Niederösterreich aus den westlichen Ländern war immer, auch nach 1918, äußerst bescheiden, das müssen wir schon feststellen. Nun hatte Niederösterreich bis zum Jahre 1938 einen namhaften Fremdenverkehr aus den Ostländern gehabt, aus Ungarn und aus der Tschechoslowakei. Hier bin ich der Ansicht des Herrn Abg. Wenger, wenn ich sage, vielleicht würde sich gerade der Osthandel — und der Fremdenverkehr hat ja irgendwie mit dem Osthandel zu tun — äußerst befruchtend auswirken, wenn man für die Leute aus Ungarn oder aus Bulgarien die Grenzen öffnen könnte. Ich glaube gar nicht, daß die Gefahr so groß wäre. (*Ruf: Die fahren dann nicht mehr heim!*) Im vorigen Jahr hat Jugoslawien seine Grenzen geöffnet. Es sind im ersten Jahr vielleicht manche zögernd hinuntergefahren, und es wurde so manche Klage laut, daß man dort irgendwie rückständig ist. Aber bereits im heurigen Jahr ist ein namhafter Reiseverkehr nach Jugoslawien zu verzeichnen gewesen. Ich glaube, eine politische Infizierung dort oder da ist kaum irgendwie zu befürchten. Genau so, wie man unter Umständen sagen würde, in Budapest oder sonst wo ist es nicht so schön oder schöner, genau so kann der Wiener auch hier feststellen, wenn er nach Salzburg oder Tirol fährt, die Niederösterreicher sind weit hinter den anderen. Andere loben Niederösterreich wieder und sagen, hier ist es vor allem billig. Die Billigkeit spielt natürlich auch eine Rolle, und der Preis spielt vor allem für die Gastgewerbebetriebe eine Rolle. Nun ist die Hilfe, die Niederösterreich von seiten des Bundes erhalten hat, derart gering, daß dies schon aus den vorgenannten Verhältnissen heraus nach einer Lösung schreit. Die Möglichkeiten, den Westen einzuholen, das muß ich offen zugeben, sind für Niederösterreich sehr gering. Der große Fremdenverkehrsstrom aus dem Westen wird nach Niederösterreich nie in einem solchen Ausmaß kommen, wie es in den westlichen Ländern der Fall ist. Der Osten ist leider versperrt, wir sind in erster Linie auf das Reisepublikum aus Wien angewiesen und auf die wenigen Fremden, die in Wien zu tun haben und anlässlich eines

Abstechers auf kürzere oder längere Zeit auch einen niederösterreichischen Ort aufsuchen.

Es gibt aber noch andere Schwierigkeiten, die der Ausgestaltung eines namhaften modernen Fremdenverkehrs in Niederösterreich im Wege stehen. Schauen Sie, Sie brauchen sich nur hier in diesem Hause selbst ein Beispiel nehmen, um eine Berechnung über die sogenannten großen Profite des Gastgewerbes anzustellen. Sie essen fast immer, wenn Sie hier in Wien sind, in der Landhausküche, dort bezahlen Sie für ein Menü mit Fleisch und Beilage entweder 7.70 S oder für das bessere Menü 8.80 S. Nehmen Sie nur einen Durchschnittspreis von 8 S und multiplizieren Sie diesen Betrag mit drei, also für Frühstück, Mittag und Nachtmahl -- denn das Frühstück für den Gast besteht nicht mehr nur aus Kaffee und einem Kipferl, sondern mit Rücksicht darauf, daß das Gabelfrühstück praktisch nicht mehr üblich ist, muß man dem Gast ein Frühstück mit Kaffee, Butter und Semmeln geben --, so kommen Sie auf rund 22 bis 24 S. Und jetzt, meine Damen und Herren, kostet das Zimmer auch etwas, und ich kann Sie versichern, daß ein Fremdenzimmer in einem Gastbetrieb mit Wäsche, Möbel, Licht und Abnutzung doch mindestens mit 10 S zu berechnen ist. Sie kommen also leicht auf 32 bis 34 S. Berücksichtigen Sie noch, daß für Verpflegung in der Landhausküche hier im Hause keinerlei Regien berechnet werden, weil diese das Land Niederösterreich trägt, der Gastwirt hingegen die Regien alle miteinander aus den 32 bis 34 bis höchstens 40 S bezahlen muß, dann sagen Sie mir, von wo die kapitalistischen Gewinne, die Riesengewinne der Gastwirte herkommen sollen. Von wo sollen aber auch die Mittel herkommen, wenn keine Hilfe von woanders herkommt, um die Gaststätten so auszugestalten, daß sie dem Fremdenverkehr gerecht werden, und mit den von uns selbst als vorbildlich angesehenen Gaststätten des Westens verglichen werden können. Es schaut also bei uns nicht sehr rosig aus, und ich sehe auch keine Möglichkeit der Besserung, es sei denn, daß eine größere Hilfe kommt. Eine wesentliche Hilfe wäre es, wenn durch die Initiative des zuständigen Landesamtes ein eigener Prospekt für die Kurorte Niederösterreichs herausgegeben würde. Die meisten Kurquellen befinden sich z. B. in Baden und Deutsch-Altenburg. Es zeigt die ungeheure Arbeitsleistung der Gemeinden Baden und Deutsch-Altenburg, aber auch der Gemeinde Semmering, die im Rahmen des Möglichen das Beste leisten. Es ist eine Notwendigkeit, diese Kurorte mit ihren Heilquellen irgend-

wie zu fördern. Voraussetzung hierfür ist aber, meine Damen und Herren, daß berücksichtigt wird, daß die meisten dieser dort befindlichen Betriebe nur zwei Monate Betrieb haben, nämlich im Juli und August, und in den übrigen zehn Monaten nur an schönen Sonntagen ein Geschäft machen. Es sind nicht mehr als 25 Sonntage, die zu diesen zwei Monaten dazukommen und die eine ausreichende Existenz für die Hotels bringen sollen. Man muß trachten, den Fremdenverkehr etwas mehr in die Breite zu führen, das heißt, eine längere Nachsaison, vielleicht auch eine Wintersaison anzukurbeln. Das wären die Hauptmomente, über die man sprechen sollte.

Ich glaube feststellen zu dürfen, daß sich sowohl das Land als auch die anderen Organisationen bemüht haben, alles zu tun, was geeignet ist, den Fremdenverkehr zu fördern. Sie, meine verehrten Damen und Herren, möchte ich aber bitten, soweit Sie einen gewissen Einfluß auf die Betriebe und Organisationen in Wien haben, die Niederösterreich besuchen würden, auf die Vor- und Nachsaison und auf die Wintersaison besonders hinzuweisen, vor allem aber, soweit Sie Gemeinderäte oder Bürgermeister sind, das Verständnis in den Gemeinden für die Notwendigkeit einer initiativen Förderung des Fremdenverkehrs in Niederösterreich zu wecken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Dubovsk y.

Abg. DUBOVSKY: Hoher Landtag! In Gesprächen mit Kollegen der anderen Fraktionen wurde von allen befriedigend zur Kenntnis genommen, daß der bisherige Ablauf der Budgetdebatte in einer durchaus sachlichen, ruhigen Form vor sich gegangen ist. Damit hat der Herr Abg. Wenger Schluß gemacht. Wahrscheinlich braucht der Herr Pollak von der „Arbeiter-Zeitung“ irgendeine Lakritze, damit er morgen einen Artikel hat, denn eine Lakritze war es ja, die uns heute der Abg. Wenger vorgetragen hat. Anstatt zu beweisen, daß ich mit meinen Zitaten aus der amtlichen Außenhandelsstatistik unrecht gehabt habe, daß die Rede des Nationalrates Weikhart, der vom Knofelimport gesprochen hat, unrichtig gewesen ist, hat er hier -- und er gab sich dabei den Anschein eines intelligenten Redners -- ungarische, slowakische, polnische, tschechische Zeitungen zitiert, so daß man glauben muß, er beherrsche diese Sprachen und er habe sich durch ihre Lektüre selbst davon überzeugt. Aber so intelligent ist er nicht, das wissen wir alle, da kennen wir ihn viel zu gut, und daher geht man nicht

fehl, wenn man annimmt, daß er das, was er uns hier serviert hat, aus derselben Quelle bekommen hat, aus der sie auch der Herr Weikhart im Nationalrat bezogen hat, daß es daher die gleiche Knofelrede gewesen ist, die der Nationalrat Weikhart im Parlament gehalten hat. Das Bedauerliche daran für uns Österreicher ist, daß solche Reden immer in einem Zeitpunkt gehalten werden — der Herr Abg. Hilgarth hat hier davon gesprochen —, wo es große Möglichkeiten zur Verständigung und zu einem Zusammenkommen gibt. Die Rede des Abg. Wenger ist aber nicht zufällig, sondern darin liegt ein System, nämlich das System der Störung des Zustandekommens, das System der Störung des Einverständnisses und der Verständigung. Und immer in solchen Zeitpunkten werden solche Reden gehalten, wie vom Abg. Wenger hier und vom Nationalrat Weikhart im Parlament.

Die Frage des Osthandels ist auch schon vom österreichischen Handelsminister, der kein Kommunist ist, in einer durchaus sachlichen Form dargelegt worden. Es wurde auch darauf hingewiesen, wo die Schwierigkeiten dieses Osthandels liegen. Wie aus dem Memorandum des Industriellenverbandes hervorgeht, liegen die Schwierigkeiten vor allem in den Bindungen, die der Marshall-Plan gebracht hat. Hier möchte ich den Herrn Landessekretär des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, der das im Interesse der Arbeiter wissen sollte, korrigieren, nämlich, daß die Marshall-Plan-Hilfe erst 1949 eingesetzt hat, daß also nicht die Marshall-Plan-Hilfe das österreichische Volk vor dem Verhungern retten konnte. Als die Marshall-Plan-Hilfe einsetzte, da war es schon, dank der Anstrengungen der Österreicher, so weit, daß die ärgsten Schwierigkeiten überwunden waren, aber das braucht heute scheinbar ein Gewerkschaftssekretär nicht mehr zu wissen. Früher war das eine andere Sache. Das zeigt aber, auf welchem Niveau solche Reden gehalten werden, auf welchem Niveau die Partei des Abg. Wenger stehen muß. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Und die Lebensmittel, wo waren die her?*) Der Abg. Wenger hat von der Marshall-Plan-Hilfe gesprochen, Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp! Aber es ist geradezu zum System der sich sozialistisch nennenden Partei in Österreich geworden, daß sie in solchen Augenblicken, ob es nun der Innenminister oder irgendein unteres Schabsl ist, immer wieder eingreift und die Verständigung zu stören versucht. Hier zeigt sich das System dieser ganzen Politik, das darauf aufgebaut ist, jede Verständigung — und nur die Verständigung wird eine Lösung

all dieser Fragen bis zum Staatsvertrag für Österreich bringen — zu zerstören. Aber solche Reden haben wir ja schon in der Vergangenheit gehört. Ungefähr 15 Jahre sind es her, daß die Gauredner aus Deutschland bei uns hier Reden gleichen Inhaltes gehalten haben. Und das zeigt uns nur, welches Ideengut heute eine Parteiführung beherrscht, die offiziell von Karl Marx abgerückt ist.

**PRÄSIDENT SASSMANN:** Zum Wort gelangt Herr Abg. Endl.

**Abg. ENDL:** Hohes Haus! Im Vorschlagsansatz 79—62 der Gruppe 7 haben wir Ausgaben von 6,174.000 S für das Feuerlöschwesen zu verzeichnen. Es sind dies 75 Prozent der Feuerschutzsteuer; die weiteren 25 Prozent werden für Wasserbauten, wie Löschteiche usw., verwendet.

Wenn man die Tätigkeit der niederösterreichischen Feuerwehren betrachtet, so ist diese Summe gering. Aus diesen Mitteln werden die Feuerwehren geldlich subventioniert, sie werden auch mit Monturstücken für eine einheitliche Uniform ausgestattet, die von Jahr zu Jahr verbessert wurde. Wenn man die Feuerwehren im Einsatz sieht, kann man in puncto ihrer Monturen feststellen, daß doch schon eine Einheitlichkeit eingetreten ist.

Das Wichtigste aber ist die technische Ausrüstung. Wir müssen, wenn wir auf das Jahr 1945 zurückblicken, feststellen, daß damals alle modernen Fahrzeuge und Feuerlöschgeräte einfach über die Grenzen verschleppt oder zerstört wurden oder verschwunden sind. Besonders auf die modernen Pumpen hat man es scharf gehabt; da wurde alles aus Niederösterreich weggeführt, so daß für das Feuerlöschwesen überhaupt nichts mehr vorhanden war. Aber auch hier haben sich wieder brave Männer gefunden, die unsere Feuerwehren aufgebaut haben, in dem Wissen, daß es notwendig ist, schlagkräftige, freiwillige Helfer zu haben, wenn Katastrophen im Lande ausbrechen.

Die Tätigkeit unserer Freiwilligen Feuerwehren, der uneigennütigen Helfer für die gesamte Bevölkerung, war auch im abgelaufenen Jahr wieder sehr groß. Ich möchte da nur auf die Unwetterkatastrophen im Vorjahr zurückverweisen, aber besonders auch auf die heurigen. Wenn man diese freiwilligen Helfer im Einsatz gesehen hat, dann muß man wirklich sagen: Hut ab vor ihnen! Es hat sich auch gezeigt, daß alle, unterstützt vom zuständigen Referat und geführt von einem, ich möchte sagen, wirklich uneigennütigen Menschen, dem Landesfeuerwehrkommandanten Drexler, seit dem Jahre 1945 bestrebt waren, die Feuerwehren im Verein

mit den Bürgermeister und Gemeinden, von Jahr zu Jahr so auszubauen, daß sie heute im Katastropheneinsatz, wie überhaupt im Brandeinsatz oder im Rettungswesen, eine wertvolle, schlagkräftige, große Organisation sind.

Wir haben im Vorjahr, Ende 1952, 1693 Wehren in Niederösterreich gehabt. Heuer, mit Ende dieses Jahres, haben wir wieder einen Zuwachs zu verzeichnen und sind bei nunmehr 1790 Wehren angelangt. Davon sind 1621 selbständige mit 74 Filialen, ferner 95 sehr wertvolle Betriebsfeuerwehren. Bei letzteren sind die Arbeiter und Angestellten der großen Fabriken auch gleichzeitig in uneigennützigem Einsatz, um ihre Arbeits- und Betriebsstätten durch ihre persönliche Bereitstellung vor Gefahren zu schützen. Neben den verschiedenen technischen Hilfeleistungen und Rettungsaktionen wurden die Wehren heuer, im Jahre 1953, zu 760 Brandeinsätzen gerufen. Wertvolles Gut sowie auch Menschenmaterial konnten dadurch gerettet werden. Nach Arbeitsstunden sind das 74.881 Stunden im Einsatz. Im Berichtsjahr wurden bedauerlicherweise 93 Feuerwehrmänner zum Teil schwer verletzt, und einer erlitt sogar den Tod.

Sie erinnern sich, meine Herren Abgeordneten, daß die Feuerweherschule früher in Wiener Neustadt war. Ich habe sie auch gekannt, da ich als junger Bursch in der Semmeringer Feuerwehr tätig war und auch diese Schule besucht habe. Sie war, entsprechend den damaligen Verhältnissen, mit dem nötigen technischen Material ausgestattet. Ganz anders, wenn man sich heute die Feuerweherschule in Tulln ansieht. Erstens einmal ein groß ausgebreitetes Gelände. Und hier hat das Land das Richtige getroffen, indem es zunächst den Grund angekauft hat, so daß dort auch ein modernes Gebäude für die Schulung der Feuerwehrmänner entsteht. Es ist bereits alles im Rohbau fertig. Die Kosten wurden, außer dem Grundankaufsgeld von 500.000 S, aus den Erträgen der Feuerschutzsteuer bestritten. Ich hoffe, daß wir den Finanzreferenten so weit bringen, daß er die Mittel zur Verfügung stellt, damit die Freiwilligen Feuerwehren nach den Erfordernissen des modernen Fortschritts zum Zwecke der Katastrophenbekämpfung mit allen technischen modernen Geräten ausgestattet werden können. Die Feuerweherschule in Tulln hat bereits eine eigene Photolichtstelle, ein eigenes Labor und eine Überprüfungsstelle für die Feuerlöschgeräte, die von den privaten Firmen erzeugt werden.

Anlässlich eines Besuches der Herren Abgeordneten in der Landesfeuerweherschule in Tulln haben wir einen Lehrgang für Feuerwehrmänner aus 65 Bezirken Niederöster-

reichs vorgefunden. Es war erfreulich, festzustellen, daß sich ein großer Prozentsatz Jugendlicher für den freiwilligen Feuerwehrdienst bereitgestellt hat. Es ist erfreulich, daß neben den alten Helfern auch junge Helfer wieder heranwachsen, die sich schulen lassen, um im Katastropheneinsatz bereitzustehen. Es hat heuer auch Wettkämpfe gegeben, Hunderte von Feuerwehrgruppen aus allen Gebieten Niederösterreichs sind zu diesen Wettkämpfen angetreten, und ich muß schon sagen, daß hervorragende Leistungen dabei gezeigt worden sind.

Ich glaube, daß es nur recht und billig ist, zum Jahresende von dieser Tribüne aus allen diesen Männern für ihren selbstlosen Einsatz, den sie geleistet haben, den aufrichtigen Dank des Hohen Landtages auszusprechen. Ich möchte hier auch die Männer des Bergrettungsdienstes miteinbeziehen, aber auch die verantwortlichen Männer der Bezirkskommandos und des Landeskommandos sowie die Beamten des Referates, und insbesondere auch unseren Referenten, Herrn Landesrat Waltner, der hier in stiller Arbeit Vorbildliches geleistet hat, sowie seinen Vorgänger, den leider verstorbenen Landesrat Haller, der den Boden zu dieser schlagkräftigen Organisation gelegt hat. Sagen wir ihnen Dank und sagen wir ihnen: Wenn sie von uns Hilfe brauchen, dann sollen sie sie auch bekommen. *(Beifall bei der Volkspartei.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abg. Niklas das Wort.

Abg. NIKLAS: Hoher Landtag! Wenn ich mich zur Gruppe 7 gemeldet habe, so möchte ich über landwirtschaftliche Förderungsmaßnahmen sprechen. Die vornehmste Aufgabe der Landwirtschaft ist es, die Ernährung unseres Volkes zu sichern. Dazu sind natürlich gewisse Voraussetzungen notwendig. Eine dieser Voraussetzungen ist die Marchfeldbewässerung. Von einigen Herren Abgeordneten ist schon die Marchfeldbewässerung angeschnitten worden. Ich habe vor mir einen technischen Bericht liegen, aus welchem zu entnehmen ist, daß am 17. September 1948, also vor fünf Jahren, der Beschluß gefaßt wurde, das Marchfeld zu bewässern. Nach diesem Bericht waren vorerst zirka 3400 Hektar zur Bewässerung vorgesehen, für welches Teilprojekt die ansehnliche Summe von 50 Millionen Schilling notwendig gewesen wäre. Ich muß aber die Feststellung machen, daß nach fünf Jahren lediglich nur zwei kleine Teilprojekte mit insgesamt 220 Hektar versuchsweise durchgeführt wurden. Für die



volkswirtschaftliche Notwendigkeit dieser Marchfeldbewässerung und außerdem für die Existenzsicherung der dort lebenden Bauern ist es unbedingt notwendig, diese Arbeiten schnell durchzuführen und nicht so schleppend wie bisher. Wenn wir die Struktur des Bauernstandes im Marchfeld kennen — ich bin selbst Marchfeldbauer, aber nicht aus dem Flugsandgebiet, sondern ich bin im Zentrum des Marchfelds zu Hause —, so wissen wir, daß die Bauern dort, die durchschnittlich 15 Hektar besitzen, mit den Unbilden der Natur, mit der katastrophalen Trockenheit und dem extremen pannonischen Klima, und mit vielen anderen Widerwärtigkeiten noch um ihre Existenzsicherung schwer kämpfen. Wenn wir die Viehdichte allgemein mit 0,3 Prozent annehmen, also die kleinste in ganz Österreich, so ist das nur so erklärlich, daß die Futtermengen nicht vorhanden sind, um mehr Vieh einzustellen. Es ist also notwendig, die Böden dort mit dem notwendigen Wasser zu versorgen. Dieser Streifen, der sich von der March bis Straßhof an der Nordbahn hinzieht, hat ein Ausmaß von 3400 Hektar. Wir sehen daraus, was für gewaltige Arbeit noch vor uns steht, um diesen Boden wirklich auf höhere Leistungen zu bringen. Wenn im allgemeinen der Hektarertrag zwischen 600 und 1000 Kilogramm schwankt, muß uns klar sein, wie schwer es für diese Bauern ist, ihre Existenz zu sichern, aber nicht nur ihre Existenz, sondern auch die Existenz ihrer Nachkommen.

Die Auswertung der Versuchsarbeiten ist so schleppend vor sich gegangen, daß erst im heurigen Jahr mit der Bewässerung begonnen werden konnte. Weder der zuständigen Bezirksbauernkammer noch der Landwirtschaftskammer noch der Landesregierung war es möglich, die bisherigen Versuche so auszuwerten, um festzustellen, wie sich die Bewässerung bewährt hat. Wenn Herr Abgeordneter Schweinhammer die künstliche Beregnung und damit die Rentabilität bezweifelt, so sage ich, daß dies vielleicht in seinem Gebiet zutrifft, weil dort tiefgründige Böden sind, aber in unserem Gebiet, wo schon vor drei Jahrzehnten künstlich beregnet worden ist, haben wir im heurigen Jahr bei Böden mit privaten Beregnungsanlagen feststellen können, daß sich pro Hektar ein Mehrertrag von 1000 S ergeben hat. Wenn der Hektar Zuckerrübe, wenn sie beregnet worden ist, zirka 5000 Kilogramm Mehrertrag ergeben hat, und die Amortisationskosten, Betriebskosten u. dgl. mit 20 Meterzentner pro Hektar beziffert werden, so verbleibt die ansehnliche Summe von 3000 Kilogramm Zuckerrübe, die wirklich als Reinertrag je

Hektar gewertet werden kann. Außerdem sind in diese Berechnung die als Futter zu verwendenden Rübenköpfe gar nicht miteinbezogen. Wir sehen also, wenn die Teilprojekte von zusammen 3400 Hektar durchgeführt werden würden, würde es der Bauernschaft nicht weniger als 34 Millionen Schilling bringen, und ich glaube, diese 34 Millionen würden sich bestimmt günstig auf den Arbeitsmarkt auswirken. Diese zwei Teilprojekte betreffen das eine in Marchegg und das zweite in Schönfeld. Das Marchegger Gebiet verfügt über einen humösen Sandboden mit einem Untergrund von Ton, das Schönfelder Projekt hat einen Flugsandboden und die Unterschicht ist Schotter. Man sieht also, es ist, wie man nach der Mundart sagt, dort ein Nudelsieb, das Wasser rinnt und rinnt durch, der Wasserhaushalt ist praktisch für keine Pflanze möglich. Die Niederschlagsmengen, die seit 50 Jahren gemessen werden, sind im Minimum 374 Millimeter, im Maximum 800 Millimeter; der Durchschnitt ergibt also 600 Millimeter. Das Marchfeld ist eines der trockensten Gebiete Österreichs. Die Austrocknung durch die heißen Südost- und Ostwinde steht der Pflege der Böden des Marchfeldes ganz schwer entgegen. Das Marchfeld wurde seinerzeit als Kornkammer Wiens bezeichnet. Es ist es aber auch heute noch, und für die Ernährung der nahe gelegenen Großstadt Wien ist es notwendig, diese Projekte weiterhin auszubauen und durchzuführen. Man muß bedenken, daß an den Grenzen von Marchfeld und Schönfeld zu der Zeit, wo noch mehr Niederschläge waren und wo der Grundwasserspiegel um einige Meter höher war als heute, sehr viel Gemüse gebaut worden ist. Die großen Gurkenfelder, die auf den Sandböden wunderbar gedeihen, liefern Frischgemüse für die Großstadt. Die Pflanzen brauchen aber nicht nur Licht und Wärme, sie brauchen auch einen sehr großen Wasserhaushalt. Wenn aus den statistischen Ausführungen des Herrn Prof. Ing. Kaltenbrunner zu entnehmen ist, daß für einen Mehrertrag von 2000 Kilogramm Korn nicht weniger als 120.000 Kilogramm Wasser notwendig sind, dann sehen wir, wie volkswirtschaftlich notwendig diese Bewässerung ist. Vor allem würde sie für die dort lebenden Bauern eine Besitzfestigung bedeuten. Wenn wir heute z. B. Straßhof betrachten, ist es bereits ein entsiedeltes Bauerngebiet. Wenn aber dort Bewässerungen durchgeführt worden wären, so wären dort schon längst neue Siedlungen entstanden. Nun aber sind dort große leere Steppengebiete, die nicht bebaut werden, weil eben die Trockenheit vorherrscht.

Hand in Hand mit dieser Bewässerung muß

aber auch die Aufforstung von Windschutzgürteln in Angriff genommen werden. Es ist bestimmt ein großer Fortschritt, wenn wir bedenken, daß im heurigen Frühjahr 1.200.000 Pflanzen für Windschutzgürtel ausgesetzt worden sind. Aber wenn eine Kulturpflanze, sei es Weizen, Rüben oder Kartoffel, nicht gedeihen kann, dann kann eben auch das junge Bäumchen nicht gedeihen. Es ist also notwendig, diese Bewässerung zusammen mit der Aufforstung durchzuführen.

Es muß aber auch eine gesetzliche Verankerung hinsichtlich der Möglichkeit einer wirklich zweckmäßigen Schaffung der Windschutzgürtel vorhanden sein. Es hätte keinen Sinn, lückenhafte, daher unzweckmäßige Windschutzgürtel zu bilden; sie kosten ein Heidengeld und erfüllen nicht ihren Zweck. Es muß daher dafür gesorgt werden, daß dort, wo private Besitzer den Boden nicht für Windschutzgürtel zur Verfügung stellen wollen, durch Kauf oder Tausch diese Streifen zur Bildung von Windschutzgürteln erworben werden. Es gibt überall Außenseiter, auch in der Landwirtschaft. Wenn einer dabei ist, der den Grund nicht zur Verfügung stellen will, dann ist das traurig. Wenn er nicht mittut, gefährdet er die ganze Umgebung. Wer diese Gebiete kennt, wo im Frühjahr nach austrocknendem Frost und starken Winden das Saatkorn oft nackt daliegt, wenn also die Krume weggeblasen ist — oft breitet sich hier der Sandsturm aus wie bei einer Sonnenfinsternis —, der kann sich denken, wie schwer die Bauern dort um ihre Existenz ringen.

Es ist alles daranzusetzen, um auf volkswirtschaftlicher Basis den Menschen zu helfen und ihnen irgendeine Besitzfestigung im wahrsten Sinne des Wortes zu geben. Das, geschätzte Herren des Landtages, läge nicht nur im Interesse der Land- und Forstwirtschaft, sondern diese Maßnahme wäre eine wirklich produktive Arbeitsbeschaffung für Hunderte und Hunderte von Menschen durch Jahre hindurch. Sie würde Brot und Arbeit bringen, dem Volk Nahrungsmittel und Arbeit geben, und zusätzlich würde man damit für die betreffenden Bauern eine Besitzfestigung, eine Besitzsicherung schaffen. Wir sehen daher, wie notwendig es ist, so bald wie möglich dieses Projekt durchzuführen.

Ich war erstaunt und überrascht, als ich im August im „Bauernbündler“ die große Überschrift las: „Elektrifizierung und Marchfeldbewässerung ohne die Sozialisten.“ Ich dachte mir, daß man nun ans Werk gehen werde, und ich dachte auch, daß im kommenden Budget größere Mittel für die Marchfeldbewässerung ausgeworfen werden. Aber ich habe dann mei-

nen Augen nicht getraut, als ich hierfür die kleine Summe von 500.000 S im außerordentlichen Haushalt vorfand. Es ist bestimmt nicht richtig, solche wirklich volkswirtschaftliche Notwendigkeiten in den Hintergrund zu stellen. Es ist nicht alles eins, ob eine Bewässerung durchgeführt wird oder ob man in der Presse irgendein Wasser darüber macht. Mit den Bauern darf man kein Schindluder treiben.

Um Bauern wirklich zu helfen und ihnen das wirtschaftliche Rückgrat zu geben, muß man sie mit aller Kraft unterstützen. Da möchte ich vor allem auf die Notstandshilfe hinweisen. Ich kenne einen Bauern — es ist dies aber nicht der einzige Fall —, der in diesem harten Notstandsgebiet 15 Hektar Flugsandboden besitzt. Er ist nach einer Operation bereits sieben Jahre ans Bett gefesselt. Selbstverständlich will er, schon im Interesse seiner Tochter, die derzeit zwölf Jahre alt ist, den Besitz erhalten. Dieser Mann ist durch seine Krankheit unverschuldet in Not geraten; er hat heute nicht weniger als 22.000 S Schulden. Es ist klar, daß solch ein Fall unbedingt und wirklich gründlichst zu untersuchen ist. Ich war selbst bei dem Herrn Referenten vorstellig, er möge den Fall ehestens untersuchen. Am 1. Jänner soll dieser Bauer wegen Nichtbezahlung der Spitalskosten exequiert werden, und Sie können sich vorstellen, daß sich dadurch seine Schuld noch erhöhen wird. Diesem Mann muß, auch wenn die Mittel für die Besitzfestigung noch so gering sind, Hilfe von seiten des Landes zuteil werden.

Nun möchte ich im allgemeinen über die Besitzverhältnisse der Bauern in Niederösterreich sprechen. Wir haben zirka 100.000 Bauern, die bis zirka 20 Hektar besitzen. Es ist schon von einem Herrn Abgeordneten erwähnt worden, daß ein Bauer mit 20 Hektar ein Kleinbauer ist. Was ist aber der Bauer, der von fünf Hektar Grund leben muß? Es gibt eine große Menge von Bauern, man kann sagen, zwei Drittel aller Bauern, die nur bis zu 15 Hektar Boden haben. Es muß daher in Zukunft, wenn ein Grund zu verkaufen ist, diesen Kleinbauern der Grund eher zugesprochen werden als jenen, die ohnehin 80 und 90 Hektar besitzen. Es darf nicht so sein, wie es bei uns im Marchfeld vorgekommen ist, daß ein 80-Hektar-Bauer ein Gut mit weiteren 100 Hektar ankaufen kann. Es wäre hier die Möglichkeit gegeben, vielen existenzlosen Bauernsöhnen eine Existenz zu verschaffen und damit einen wirklich gesunden Bauernstand zu erhalten und zu bilden, denn ein gesunder Bauernstand mit familieneigenen Kräften ist Volksvermögen. Nur ein gesunder Bauernstand kann einen Staat erhalten. Es

geht nicht an, daß man die Großen größer macht und den Ärmern nicht einmal Darlehen zur Verfügung stellt, damit sie sich Gründe erwerben können, um ihren Söhnen auch ein besseres Dasein zu geben.

Wir müssen darangehen — es sind ja ein Drittel der Abgeordneten Landwirtschaftsbesitzer —, wirklich einen gesunden Bauernstand zu schaffen, um so im Wege der Volksernährung der Volkswirtschaft, unserem Lande und unserem Volke zu dienen. *(Beifall bei den Sozialisten.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Hainisch.

Abg. HAINISCH: Hoher Landtag! Die Voranschlagsansätze 75-61 und 75-62 weisen im heurigen Jahr wieder dieselben Beträge auf wie im vergangenen Jahr, und ich will mich nicht wiederholen und das noch einmal sagen, was ich schon zu Kapitel 2 und 4 gesagt habe. Wir alle wissen, so bedauerlich es ist, warum es im heurigen Jahr nicht möglich war, auch für dieses Kapitel 7 höhere Beträge einzusetzen. Wenn ich dazu aber trotzdem spreche — dieses Kapitel betrifft die Förderung der gewerblichen Wirtschaft —, so deshalb, weil es auch etwas anderes gibt als Geld, mit dem die gewerbliche Wirtschaft wesentlich gefördert werden könnte; etwas, das nichts kostet, es muß nur ein wenig guter Wille vorhanden sein, das Verständnis für die Lebensnotwendigkeiten der gewerblichen Wirtschaft auch in Kreisen anderer Berufsstände entsprechend zu wecken.

Es wurde in diesem Hohen Hause schon öfters bei anderen Budgetdebatten darauf hingewiesen, daß unsere Wirtschaft gegenüber jener in anderen Ländern weit zurückgeblieben ist, und es wurde bei diesen Gelegenheiten oft auch auf die nordischen Länder, auf Schweden usw., hingewiesen. Es wurde damals aber nicht gesagt, daß sich Schweden einer mehr als 150jährigen Friedensperiode erfreuen kann, also eine sehr lange Zeit, in der sich die schwedische Wirtschaft ruhig und friedlich entwickeln konnte, wogegen wir in Österreich leider Gottes durch zwei Weltkriege gehen mußten, und außer den Schäden, die diese Weltkriege mit sich gebracht haben, auch in politischer Hinsicht, aber auch in währungspolitischer Hinsicht so manches erlebt haben, was unsere Wirtschaft schwer zurückgeworfen hat und was andere Länder nicht mitmachen mußten. Wenn wir jetzt aber schauen, was wir selbst zu dieser ruhigen und friedlichen Entwicklung, die die Wirtschaft so dringend braucht, in unserem Lande beitragen, dann müssen wir feststellen,

daß z. B. vor 14 Tagen von nicht weniger als 57 verschiedenen Berufsgruppen in Industrie, Handel und Gewerbe Forderungen auf dem Lohnsektor, unter anderem auch nach einem 14. Monatsbezug, gestellt wurden, und daß diese Forderungen wieder einmal von den Gewerkschaften unter Androhung von gewerkschaftlichen Mitteln, eventuell mit Streik einzugreifen, unterstützt werden. Das ist nicht die Ruhe und der Frieden, den die Wirtschaft in Österreich zur Entwicklung braucht. Ich will mich hier nicht weiter darüber äußern und auch nicht die Berechtigung dieser Forderungen irgendwie einer Kritik unterziehen. Daß es aber gerade die Weihnachtszeit sein muß, jene Zeit, in der Handel und Gewerbe ein wenig Konjunktur haben, die sie dringend benötigen, um die Schäden auszugleichen, die ein sehr schlechtes erstes Halbjahr unserer Wirtschaft gebracht haben, das ist ein zweites Kapitel. In der heutigen Zeitung können Sie lesen, daß ein bayrisches Reisebüro draußen einen Aufruf erlassen und darauf hingewiesen hat, man möge nicht jetzt in der Weihnachtszeit nach Österreich fahren, weil dort während der Weihnachtsfeiertage ein Kellnerstreik droht. Alle jene, die sich solcher gewerkschaftlichen Mittel gerade in Konjunkturzeiten bedienen, mögen doch ihrer gewerkschaftlichen Seele einmal einen kleinen Stoß geben und sagen: das können wir auch nach dem Neujahr einmal machen. Es ist nicht notwendig, daß man jedes Jahr gerade die Weihnachtszeit zu solchen wirtschaftlichen Kämpfen benützt. Wenn es Ihnen also, meine sehr verehrten Herren, mit der Gewerbeförderung und mit der Wirtschaftsförderung im allgemeinen Ernst ist, dann können Sie hier auf diesem Gebiet sehr wesentlich dadurch mitarbeiten, daß Sie das Verständnis für die Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft auch in Ihren Kreisen propagieren. Sagen Sie doch den Leuten die alte Weisheit, die nicht oft genug wiederholt werden kann, daß derjenige, der an den Grundfesten der Betriebe rüttelt, sich den Ast, auf dem er selbst sitzt, abschneidet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Grabenhofer.

Abg. GRABENHOFER: Hoher Landtag! Ich freue mich außerordentlich, daß die heurigen Budgetbehandlungen zur Gruppe 7 nicht so, wie es in den letzten zwei Jahren war, zwischen 23 und 24 Uhr stattfinden, sondern daß wir diese Gruppe heuer zur rechten Zeit behandeln können. Das rege Interesse zeigt, daß diese Gruppe den anderen Gruppen

nicht nachsteht. Wie bekanntlich alle Wege nach Rom führen, so führen auch alle Wege zur Wirtschaftsförderung und damit zur Produktionsförderung, angefangen von der Elektrifizierung, der Mechanisierung, den Entwässerungen, der vermehrten Anwendung von Kunstdünger und der geistigen Bildung unserer Landjugend. Wenn auch das heurige Budget keine besonders hohen Mittel zur Förderung der Landwirtschaft ausweist, so schließe ich mich den Auffassungen der meisten Kollegen an, wenn ich glaube, daß ein Nachtragsbudget weitere Mittel zur Förderung der Landwirtschaft enthalten wird. Wenn das Rechnungsjahr 1952 zirka 56 Millionen für die Landwirtschaftsförderung ausweist, der Voranschlag für 1953 hierfür 41 Millionen bereitstellt, und der Voranschlag 1954 45 Millionen, so zeigt das, daß eine gewisse Spanne von Geld noch vorhanden sein muß, um die Wirtschaft tatsächlich dorthin zu bringen, wo wir sie alle brauchen. Letzten Endes kommt die Produktionssteigerung nicht nur den Landwirten, sondern vor allem dem gesamten Volk zugute.

Es ist auch das Schulwesen auf dem Land schon angeschnitten worden. Wir wissen nur allzugut, daß das Schulwesen auf dem Land weit hinter dem in den Städten zurücksteht. Wir haben hier bestimmt hüben wie drüben gute Schulpädagogen, so daß wir bezüglich des Schulwesens beruhigt sein können. Auch für die landwirtschaftlichen Fachschulen wurde mehr getan, als dies bisher der Fall gewesen ist.

Der Staat muß Interesse an der landwirtschaftlichen Produktionsförderung haben. Die Fortschritte in der Technisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft sind gewaltig, aber wir sind noch lange nicht am Ende, und wir haben unser gestecktes Ziel noch nicht erreicht. Wir wissen, daß bereits 40.000 landwirtschaftliche Betriebe elektrifiziert worden sind, es fehlen aber immerhin noch 70.000, die voll oder zum Teil zu elektrifizieren sind. In dieser Beziehung können wir von Staaten lernen, die uns weit voraus sind, vor allem die skandinavischen Staaten. Die österreichische Landwirtschaft muß dahin kommen, daß der Bauer schon im Frühjahr weiß, was er im Herbst für seine Agrarprodukte bekommt. Das würde natürlich unsere landwirtschaftliche Produktion bedeutend krisenfester machen, und das wäre besonders für die Besitzfestigung unserer landwirtschaftlichen Betriebe wichtig. Es kann auch heute keine Rede mehr von der freien Wirtschaft sein, denn der österreichische Staat mußte, so wie andere Staaten, von der freien Wirtschaft abrücken und sich der gelenkten Wirt-

schaft zuneigen. Wir haben heute feste und stabile Preise, vor allem für Brotgetreide, Zuckerrüben, Milch usw., und es ist sicherlich nicht viel verlangt, wenn wir das Jahr 1953 mit seinen Preisschwankungen und seinen Auswirkungen betrachten, daß auch für andere landwirtschaftliche Produkte im Einvernehmen mit der Konsumentenschaft feste und stabile Preise geschaffen würden, selbstverständlich, wenn sie gerechtfertigt erscheinen. Es ist daher unsere Forderung nach Ausbau der landwirtschaftlichen Genossenschaften auf demokratischer Grundlage gerechtfertigt. Wir müssen einen gemeinsamen Kampf führen — Produzentenschaft und Konsumentenschaft —, um den schädlichen Zwischenhandel zu zerschlagen. Der Staat gibt gewaltige Beträge für die Preisstützung von Brotgetreide, Futtermittel, Milch, Kunstdünger usw. aus. Es ist hierfür eine Summe von 375 Millionen erforderlich. Wir dürfen nicht vergessen, daß nicht nur der österreichische Staat solche Stützungen vornimmt, es gibt auch andere Staaten, die gezwungen sind, gewisse Agrarprodukte zu stützen.

Ich möchte wieder auf die Produktionsförderung zurückkommen und sagen, daß der Kunstdüngerverbrauch in Österreich im Vergleich mit den anderen Staaten ziemlich an letzter Stelle steht. Es wäre am Platz, wenn die Kunstdüngerfabriken in Österreich raschestens ausgebaut würden, um von der Einfuhr teurer Kunstdüngersorten aus dem Ausland immer mehr unabhängig zu werden. Das gilt besonders für den kleinen und mittleren Bauer. Und wenn ich von kleinen und mittleren Bauern spreche, so müssen Sie wissen, daß 87 von Hundert nur Klein- und Mittelbauern sind, weil eben die große Masse der Bauern weniger als 20 Hektar bewirtschaftet. Was das bedeutet, weiß jeder Kollege und wissen besonders die bäuerlichen Kollegen. Der Bauer braucht billige Kredite, damit er überhaupt durchkommt. Es ist auch in gewissem Sinn ungerechtfertigt, wenn draußen in den Dörfern eine gewisse Unruhe hervorgerufen wurde durch die Feststellung Ihres damaligen Parteifreundes, des Dr. Margaretha, der als ÖVP-Finanzminister erklärt hat, daß die Bauernschaft keine Steuern bezahle. Es mag vielleicht zutreffen, daß die größeren Agrarier, die es sich eben richten können oder Steuerberater haben, besser durchrutschen, aber ich möchte Sie alle einmal einladen, sich verschiedene Betriebe unter 20 Hektar, die die Masse der Betriebe ausmachen, anzusehen (*Zustimmende Zwischenrufe bei der Volkspartei.*), wie schwer diese ihren Steuerpflichten nachkommen. Ich möchte

diese Tatsache unterstreichen, und die Kollegen können draußen ganz genau überprüfen, ob sie der Wahrheit entspricht oder nicht. Und wenn ich sage, daß gerade den kleinen und mittleren Betrieben die finanziellen Mittel fehlen, dann freut es mich, wie auch vom Kollegen Müllner aufgezeigt wurde, daß die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften billigere Kredite für die Anschaffung von Landmaschinen bereitstellt.

Über die Liberalisierung ist schon gesprochen worden. Ich möchte vor allen Dingen feststellen, daß gerade der Weinbauer hier am schwersten getroffen wurde. Es sind immerhin 300.000 Menschen in Österreich, die von der Liberalisierung im Weinbau tatsächlich bis ins Herz getroffen wurden. Hier muß rechtzeitig Vorsorge getroffen werden.

Es ist auch über den Osthandel gesprochen worden. Ich habe die Ausführungen des Kollegen Wenger gehört. Wir dürfen nicht vergessen, daß sich kein Unberufener, nämlich Kammerdirektor Müllner, dafür ausgesprochen hat, daß man auch diesen Handel nicht aus dem Auge verlieren darf. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, daß sich heute die Welt tatsächlich auf Irrwegen befindet. Es ist nicht immer so, daß Amerika für ein Jahr Weizen im Vorrat liegen hat, um im gegebenen Moment da oder dort eine Lücke auszufüllen. Es gibt, wie sich schon öfter gezeigt hat, auch andere Katastrophen, wie die Dürre, und man war dann immerhin froh, daß man aus der Kornkammer Europas, aus der Ukraine, die notwendigen Brotgetreidemengen bekommen hat. Natürlich bestehen da gewisse Voraussetzungen, die bei jedem Handel mit gleichwertigen Partnern vorhanden sein müssen. Eine einseitige Übervorteilung darf es natürlich nicht geben, sonst hört sich der Handel mit diesen Staaten endgültig auf. Das müssen wir wissen. Wenn wir bedenken, wie es 1914 und nachher war, als der österreichische Graf Czernin im Jahre 1917 in Brest-Litowsk den „Brotfrieden“ geschlossen hat, und das Brot nicht in dem Ausmaß vorhanden war wie vordem, dann müssen wir schon darauf bedacht sein, daß wir mit den Oststaaten halbwegs, wie mit den anderen Staaten, in Handelsverkehr kommen. Es ist auch erwiesen, daß die Welt der Ukraine immer ein besonderes Augenmerk schenkte, und daß man ihretwegen Kriege führte und auch Frieden schloß. Wir wissen genau, daß es der deutsche Imperialismus jahrhundertlang auf diese Kornkammer Europas abgesehen hatte, und daß nicht zuletzt die Kriege 1914 und 1939 darauf abgestellt waren, diese Kornkammer zu erobern. Daß es nicht gelungen ist, dafür sind andere Ursachen maßgebend gewesen.

Es ist heute vom Kollegen Müllner und auch von vielen anderen Rednern ein Loblied auf die Landarbeiter und auf die brave Bauernschaft gesungen worden. Ich möchte hierzu feststellen, daß die Bauern und die Landarbeiter mit einem bloßen Gerede nichts anfangen können. Hier müssen Taten folgen. Es ist noch von keinem bäuerlichen Redner gesagt worden, daß die große Masse der Klein- und Mittelbauern, diese 87 von Hundert, einer gewissen Betreuung im Sinne der sozialen Errungenschaften bedürftig sind. Was wir fordern, das ist nach wie vor eine Altersunterstützung der selbständigen Landwirte sowie die Kinderbeihilfe. Es ist richtig, wie das Sprichwort sagt: Übergeben und nimmer leben. Das hat einen tieferen Sinn. Ich erinnere an die Äußerungen Ihres eigenen Parteifreundes im Nationalrat, des Abgeordneten Scheibenreif, der erklärt hat: Ja, die Bauernschaft hat auch ihr Anrecht an den sozialen Errungenschaften. Nun, wenn Sie mir darauf erwidern, daß jeder Beamte und jeder Pensionist einen gewissen Zeitraum hindurch eben für seine Altersrente oder für seine Pension Beiträge zu leisten hat, so sage ich, das können auch wir in der Bauernschaft tun. Wir fordern eine progressive Beitragsleistung der Bauernschaft, um auf diese Weise einen Fonds zu schaffen, damit endlich auch einmal die Bauernschaft zu einer Altersversorgung gelangt. Das Gewerbe hat mit Kampf bereits die Altersunterstützung durchgesetzt. Wir wissen schon, daß ohne Kampf niemandem etwas in den Schoß fällt. Wenn wir von den 87 von Hundert der Bauern und von deren Altersunterstützung reden, dann muß ich Ihnen sagen, daß ein großer Teil dieser Menschen ja Ihre Wähler sind, daß Sie aber über deren soziale Betreuung heute im Landtag noch kein einziges Wort gesagt haben. Ich versichere Ihnen, daß diese Bauern darauf warten, und daß bei einigem guten Willen diese soziale Maßnahme gelingen muß und gelingen wird.

Kollege Tesar hat auch über die Landflucht Klage geführt. Ja gewiß, die Landflucht reißt nicht ab. Sie dauert bereits Jahre hindurch an, und wir können heute nicht sagen, wann es tatsächlich einmal ein Ende mit dieser Landflucht haben wird. Nun wissen wir, daß, rein statistisch betrachtet, vor noch geraumer Zeit jeder dritte Mensch in der Landwirtschaft innerhalb unseres Vaterlandes tätig war. Die Maschine verdrängt nun naturgemäß den Arbeiter, so daß heute nur noch jeder fünfte Mensch in der Landwirtschaft tätig ist. Wenn das so weitergeht, wird es noch ärger werden und die Landwirtschaft noch weniger Anteil am Produktionsvolumen im Staate haben.

Ich möchte es heute auch nicht versäumen, über die Kinderbeihilfe für die Bauernschaft einige Worte zu verlieren. Es ist viel über die Familienpolitik gesprochen worden, und ich kann feststellen, daß jede Partei für die Familienpolitik eintritt. Wir haben ja auch ein Interesse daran, aber wer für Familienpolitik eintritt, muß natürlich auch helfen, die Familien zu festigen, und dazu ist das Mittel durch die Kinderbeihilfe gegeben. Es wurde schon erwähnt — ich glaube, der Herr Landesrat Genner war es —, daß in Frankreich — das ist ja auch in den Zeitungen zu lesen — eine Erhöhung der Kinderbeihilfe in die Wege geleitet wird. Ich glaube, auch unser Nationalrat hat beschlossen, daß die Kinderbeihilfe von 105 auf 130 S monatlich erhöht werden soll. Für unsere Bauernwirtschaften ist es nun wichtig, daß neben der Altersunterstützung für unsere ausgemergelten und abgerackerten alten Bauersleute die Kinderbeihilfe für die Jungen ausbezahlt wird. Wir dürfen nicht vergessen, daß der alte Bauer oft nicht weiß, wann er übergeben soll, weil er nicht weiß, wie sich die Sache nach der Übergabe entwickelt. Nicht immer ist es auf diesem Gebiet rosig. Der größte Schrecken für den Bauern ist das Alter. Es gibt auch böse Schwiegersöhne und Schwiegertöchter, und wenn die Unterschrift für die Abgabe beim Notar getätigt ist, beginnen die Schwierigkeiten im Bauernhaus. Alle diese Schwierigkeiten könnten aus der Welt geschaffen werden, wenn die Altersunterstützung und die Kinderbeihilfe für unsere Landwirte geschaffen würden. Der alte Bauer hätte dann die Gewißheit, daß er ruhig und rechtzeitig seinen Hof den Jungen übergeben kann. Es wird dann aber auch der junge Bauer wieder freudiger arbeiten. Die alten Bauersleute haben ja ihr Leben lang schwer gearbeitet und für den Staat ihre Gesundheit und Arbeitskraft bis zum letzten geopfert. Sie haben nicht nur acht Stunden am Tag, sondern im Sommer oft 16 Stunden am Tag gearbeitet. Es ist eine gewisse christliche Pflicht, daß wir uns alle ernsthaft mit diesen Notwendigkeiten befassen und hierfür die erforderlichen Mittel bereitstellen.

Hohes Haus! Ich habe schon bei der Budgetdebatte des vorigen Jahres gesagt, daß die Landwirtschaft die Brotgeberin unseres Volkes ist. Der Nationalrat Steiner hat das besser ausgedrückt, indem er sagte: Alles Leben kommt vom Dorf. Ich glaube, wir sollten darnach handeln. Wir wissen, daß der Bauer, der das Rückgrat des Staates ist, bei der sozialen Betreuung immer der letzte gewesen ist. Bei einigem guten Willen der Volkspartei, vor allem ihrer bäuerlichen Ab-

geordneten, müßte es möglich sein, auch unseren Bauernkameraden der Mittel- und Kleinbetriebe ihr Recht auf soziale Betreuung zukommen zu lassen.

Ich glaube, hier in diesem Saale herrscht schon eine gewisse weihnachtliche Stimmung, und ich würde daher den bäuerlichen Kameraden empfehlen, sich über die Feiertage mit dem vierten Gebot Gottes intensiver zu beschäftigen. Vielleicht gelingt es dann, daß wir zu dem Ziel kommen, das uns vorschwebt, damit der Bauer bei der sozialen Betreuung nicht immer der letzte ist, sondern damit er mit allen anderen Berufsschichten gleichzeitig der Volkspension teilhaftig wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Ing. H i r m a n n.

Abg. Ing. HIRMANN: Hoher Landtag! Es ist tatsächlich so, wie mein Vorredner gesagt hat. Die Benachteiligung der Landwirtschaft bei den Beratungen in diesem Hohen Hause ist verschwunden, denn die Dauer der Budgetdebatte über dieses Kapitel steht in nichts hinter den Belangen des Gesundheitswesens zurück, das gestern unsere Herren Ärzte so eindrucksvoll und ausdauernd, trotz der trockenen und schlechten Luft hier im Saale, behandelt haben. Es ist auch sehr erfreulich, daß die grüne Front von der linken bis zur rechten Seite geschlossen ist und daß alle Wünsche in einer Richtung liegen. Besonders freut es mich, daß die Redner der Sozialistischen Partei Wort für Wort die Programme gebracht haben, deren Durchführung der Bauernbund schon lange gefordert und zum großen Teil auch erreicht hat. Aufrichtigen Dank dafür! Was die zukünftigen Forderungen anbelangt, die hier gestellt wurden, will ich nur hoffen, daß dasselbe Verhalten, das Sie heute hier zeigten, auch dort Platz greifen wird, wo es gilt, diese Forderungen durchzusetzen, und zwar im Rahmen Ihrer Partei und letzten Endes auch im Parlament. Dann sind wir voll zufrieden.

Ich darf nun kurz — denn ich sehe es jedem der Herren an, es ist Mittagsstunde, jeder hat schon Hunger — auf einige wichtige Ausführungen und selbstverständlich auch auf die Ausführungen des Herrn Landesrates Genner eingehen. Ich habe die hohe Ehre gehabt, daß er mich in seiner Rede zweimal genannt hat, aus der ich entnehmen konnte, daß er meine diesjährigen Ausführungen anläßlich der Budgetdebatte im Frühjahr gelesen hat. Ich fühle mich daher verpflichtet, auf seine Anregungen, von denen ich überzeugt bin, daß er sie ehrlich meint und die

zeigen, daß er sich mit den Fragen der Agrarpolitik befaßt, einzugehen und mich mit ihm auseinanderzusetzen. Im allgemeinen ist ja sein Grundprinzip das Grundprinzip der Sozialistischen Partei oder des Linksblocks, das heißt: das Land, der Bund zahlt alles, wenn es hagelt, wenn es brennt! Ich erlaube mir nur die bescheidene Frage zu stellen: Gibt es auf dieser Welt ein Land, wo das der Fall ist, wo der einzelne für die Folgen der Elementarkatastrophen durch den übermächtigen Staat in jeder Hinsicht entschädigt wird? Gibt es ein solches Land? Oder wollen wir hier in Österreich mit unseren bescheidenen Mitteln ein solches Paradies aufbauen? Die Agrarpolitik eines Landes, das ist auch vorhin gesagt worden, kann nur das eine Ziel haben, die Landwirtschaft so zu fördern, daß sie die Ernährung des Volkes weitgehend auf der eigenen Scholle sicherstellen kann. Darüber gibt es keinen Zweifel. Aber nun ist die Frage zu stellen: Hat die österreichische Agrarwirtschaft ihre Aufgabe erfüllt, war die österreichische Agrarpolitik richtig? Die Antwort haben die Zahlen gegeben, die heute in überreicher Menge vorgebracht wurden. Es ist auf vielen Gebieten der Zustand der Selbstversorgung erreicht. Das ist aber nur deswegen möglich gewesen, weil eben die österreichische Agrarpolitik die selbständigen Bauern, die kleinen und mittleren Bauern so gefördert hat, daß sie ihre Aufgabe erfüllen konnten. Wenn Sie mich auch unbescheiden nennen, es ist nun einmal die Agrarpolitik in diesem Staate in den vergangenen Jahren vom Österreichischen Bauernbund gegen Ihren Widerstand betrieben worden. Meine sehr geehrten Damen und Herren des Landtages, es ist nun einmal so, daß jedes Land, das die Interessen des selbständigen Bauern fördert, vor Hunger bewahrt ist, und daß jedes Land, das über diese Interessen hinweggeht, hungern muß. Wir haben viele Beispiele in der Geschichte gehabt. Es hat mich sehr gewundert, daß der Herr Landesrat Genner, der sonst auf jede Änderung in der Linie der Agrarpolitik der Nachbarstaaten, seiner Vorbilderstaaten, eingeht, noch nicht entdeckt hat, daß es auch dort so etwas gibt, wie ein persönliches Interesse an der Arbeit und ein Interesse am persönlichen Ertrag der Arbeit.

Es ist uns sehr oft hier vorgeworfen worden, daß unsere Agrarpolitik rückständig ist. Es ist uns als Beispiel die Agrarpolitik vor allem der Staaten im Osten, der sozialistischen Staaten — wie Sie sie nennen —, vorgehalten worden. Es tut mir leid, darauf hinweisen zu müssen, aber es ist nun einmal ganz eigenartig, daß gerade über diese Politik in der letzten Zeit von berufener Seite viel ge-

sprochen worden ist. Es ist schon spät, ich will Ihnen also keine langen Artikel vorlesen. Ich will aber darauf verweisen, daß ein Land, das 36 Jahre lang diese Agrarpolitik, für die heute noch von Herrn Landesrat Genner Propaganda gemacht wird, durchführen konnte, jetzt zugeben muß (*liest*): „Es wäre jedoch ein ernster Fehler, wenn man die Augen vor der Tatsache verschließen würde, daß verschiedene wichtige Zweige der Landwirtschaft zurückbleiben.“ Und weiter (*liest*): „Man muß zugeben, daß die Entwicklung der Viehzucht unzulänglich ist, so daß wir den wachsenden Bedarf der Bevölkerung an Fleisch, Milch und Eiern nicht befriedigen können. Auch die Obst- und Gemüseerzeugung ist zurückgeblieben.“ Welche Folgerungen zieht man aus dieser Feststellung? Man hört auf einmal, daß auch der Kolchosbauer Steuern vorgeschrieben bekommt, die er nicht bezahlen kann. Nun ist man sehr großzügig und erläßt ihm diese Steuerschuld, ja man verspricht ihm sogar, daß er künftighin wird weniger Steuer zahlen müssen. Und in Österreich? Da sagt man: Die österreichische Agrarpolitik sei in Grund und Boden schlecht, sie müsse anders gemacht werden. Diese in Grund und Boden schlechte Agrarpolitik hat aber das Ziel erreicht, das der maßgebende Mann der Sowjetunion, Malenkov, auch gehabt hat, aber noch lange nicht erreicht hat, nämlich die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln.

Eine Maßnahme, die uns der Herr Landesrat Genner immer wieder vorschlägt und die er dankenswerterweise auch in seiner diesjährigen Rede gebracht hat, ist die Bodenreform. Ich glaube, damit müssen wir uns schon näher auseinandersetzen und ihn fragen, was er unter der Bodenreform versteht, denn wir kennen einige Arten der Bodenreform „Marke Genner“. Sie war zum Teil so, daß man ein paar Pflöcke genommen hat, hinausgefahren ist und begonnen hat, das Land aufzuteilen. Eine andere Methode „Marke Genner“: Man zerstörte große Gutsbetriebe, man ließ die Felder verunkrauten, man ließ die Gebäude verfallen, die Stallungen sind nun leer, und es gibt dort kein Vieh mehr. Dort, wo seinerzeit Hunderte von Landarbeitern ein auskömmliches Dasein hatten, stehen heute auch die Wohngebäude leer. Überall dort im Lande, wo große Wirtschaftsgebäude verlassen und verfallen sind — aus den leeren Fensterhöhlen gähnt das Grauen —, dort handelt es sich um eine solche Art der Bodenreform „Marke Genner“. Soll das zu einer Steigerung der Produktion führen, Herr Landesrat Genner?

Auch wir machen eine Bodenreform. Sie

heißt aber bei uns Kommassierung, sie heißt Zusammenlegung der Flächen, sie heißt Bildung geeigneter, günstigerer geformter Schläge. Die Bodenreform, die wir durchgeführt haben, ist nicht klein, es sind seit 1945 65.000 Hektar kommassiert worden! Ganze Landstriche wurden verändert. Wenn Sie beginnen in Frauenhofen und hinunter über Guntersdorf und Nappersdorf weiterwandern in das Gebiet von Laa, überall sehen Sie die Erfolge der Kommassierung, und überall sehen Sie, daß auch für die Dörfer ein neues, besseres Leben beginnt.

Auch die Entwässerung nennen wir eine Bodenreform. Einige tausend Hektar sind nach diesem Krieg bereits entwässert worden. Auch die Sicherung vor den Elementarereignissen aller Art, sei es durch Wasserbauten, Flußregulierungen u. dgl., nennen wir Bodenreform. Ich darf das Hohe Haus wohl beruhigen, wenn ich sage, die 60 Millionen, die für das Wasserbautenprogramm beschlossen worden sind, werden bis zum letzten Groschen zweckmäßig angewendet. Dieses Programm wird vom ersten bis zum letzten Punkt durchgeführt werden! Wenn auch der Herr Präsident Wondrak, der wohl als Bürgermeister wissen muß, welcher Weg von der Planung bis zur Durchführung ist, etwas höhnisch feststellt, daß im Augenblick am Schmidabach nur 17 Arbeiter beschäftigt sind, dann darf ich dazu doch etwas sagen (*Ruf bei der SPÖ: Bei der Schmida gibt es keine Planung!*) und Sie beruhigen, die Pläne werden ausgearbeitet. Das dauert allerdings geraume Zeit. Sie können es nur nicht erwarten, Sie glauben, die Abteilung Hofrat Schima kann im Handumdrehen so ein Projekt erstellen. Wenn das Frühjahr kommt, werden Sie sehen, daß die Millionen, die Sie mitbeschlossen haben, in Arbeit und Brot umgesetzt werden. Übrigens hat der Bund zugesagt, noch in diesem Jahr als ersten Teil seines Beitrages 10 Millionen zu überweisen. Auch das wird geschehen.

Daß die Sicherung vor einem anderen Elementarereignis, vor dem Hagelschlag, auch eine große Sorge für alle ist, ist selbstverständlich. Ich darf dazu aber etwas Grundsätzliches sagen: Man muß unterscheiden zwischen Versicherung und Wohlfahrtseinrichtung. Stellen wir uns auf den Standpunkt der Versicherung, dann gelten hier unänderliche mathematische Gesetze. Die Risiken müssen so verteilt werden, daß sie die Gebiete hoher Gefahr und die Gebiete niedriger Gefahr erfassen. Nur dann ist der Ausgleich möglich. Der Herr Abg. Tatzber hat als Beispiel die Hagelversicherung in der Schweiz angeführt. Dort ist es eine Versicherung auf

genossenschaftlicher Basis. Wir haben hier aber eine Hagelversicherung auf Gegenseitigkeit. Wer sich die Mühe nimmt, die Versicherungsbedingungen durchzulesen, der findet die Bestimmung, daß eine Nachschußverpflichtung besteht. Es ist nun sehr interessant, daß auch die Schweiz nicht zur obligatorischen Hagelversicherung übergegangen ist, sondern noch immer die freiwillige Versicherung hat, und nur die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe bei der Hagelversicherung ist. Ich streite es nicht ab, daß es sehr wünschenswert wäre, durch Beiträge von Land oder Bund die Prämien zu vermindern. Ob es allerdings zweckmäßig wäre, eine Zwangsversicherung einzuführen, das ist eine andere Sache. Wir stehen nun einmal auf dem Grundsatz der persönlichen Freiheit. Wir ziehen es vor, auch das Verständnis für schwierige Probleme durch Belehrung und durch Aufklärung über die notwendigen Maßnahmen in die große Masse der Bauern zu tragen. Wir zweifeln auch nicht, daß es gelingen wird, einen größeren Teil der Betriebe für die Hagelversicherung zu erfassen und sie möglichst umfassend zu machen. Ob es jemals dazu kommen wird, zu einer allgemeinen Unwetterversicherung zu kommen, das ist eine versicherungstechnische Frage.

Ich glaube, daß jede wirtschaftliche Maßnahme auch ihre wirtschaftliche Bedeckung finden muß, denn wir wissen nur allzusehr aus der Erfahrung, daß dort, wo der Staat vorgibt, alle Risiken zu übernehmen, er zuerst alles weggenommen hat. Sie nennen es Sozialismus, wir sind in dieser Hinsicht jedoch anderer Meinung.

Der Herr Abg. Dubovsky hat die Herren der Sozialistischen Partei über die heutige Entwicklung des Sozialismus und über den Stand des Marxismus belehrt. Ich habe mich besonders für seine neue Definition des Proletariats und des Kapitalisten interessiert, die von der früheren etwas abweicht. (*Abgeordneter Dubovsky: Die ist nicht von mir, die ist von Marx! Da müssen Sie bei Marx nachlesen. Sie ist ungefähr etwas über 100 Jahre alt und steht im kommunistischen Manifest, das 1848 erschienen ist! — Zwischenrufe des Abg. Stangler.*) Ich habe auch einmal Karl Marx studieren müssen, und ich habe auch Volkswirtschaftslehre studiert, aber es hat damals geheißen: Kapitalist ist der, der fremde Arbeitskräfte ausbeutet. Nun dürfte dieser Grundsatz in den kommunistischen Staaten ziemlich abgewandelt worden sein, denn dort ist schon der kleine Bauer, der mit drei Hektar, über eigene Produktionsmittel verfügt, Kapitalist. (*Abg. Dubovsky: Drei Hektar sind kein Produktionsmittel, sondern*



*Produktionsvoraussetzung!*) Das Produktionsmittel muß dem Privatbesitz entnommen werden, heißt es bei Karl Marx! Aber es scheint fast so, als ob man sich den geänderten Verhältnissen anpassen hat müssen, denn man kann nicht gut zu einem Generaldirektor, mit einem Einkommen, das phantastisch ist, Genosse sagen, wenn er vielleicht nach unseren Begriff zu den Kapitalisten zu zählen wäre. Es ist sehr schwer, Herr Abg. Dubovsky — ich gebe es zu —, für einen, der auf diesem Gebiet zu Hause sein muß (*Zwischenrufe des Abg. Dubovsky.*) und die neuesten Theorien zu verdauen hat, dem allen zu folgen. (*Abg. Dubovsky: Sie sind mehr als hundert Jahre alt!*) Verzeihen Sie mir, wenn ich nicht so ganz auf der Höhe bin, wie sie voraussetzen.

Es ist heute hier wieder über die Maschinenstationen gesprochen worden. Ich habe dem, was ich schon einmal früher hierzu gesagt habe, nichts hinzuzufügen. Ich sagte, in Kärnten sind die Maschinenstationen grundlegend anders aufgezogen, bedingt durch die Struktur der Kärntner Landwirtschaft. Es scheint mir aber doch, daß die Ausführungen des Abg. Zeyer zutreffend sind, denn sie kommen aus der Wirklichkeit. Ich darf Ihnen ergänzend kurz über folgendes berichten. In einer Vollversammlung der Bezirksbauernkammer Laa stand zur Debatte: Errichtung von Maschinenstationen auf öffentlicher oder privatwirtschaftlicher Grundlage. Sämtliche Mitglieder der Bauernkammer Laa haben die Errichtung von Maschinenstationen für den Bezirk Laa als unnötig abgelehnt, auch der Vertreter der Sozialistischen Partei. (*Rufe: Hört, hört!*) Ich höre genau dasselbe von Herrn Abg. Zeyer. Es wurde aber verlangt, daß durch Bereitstellung billiger Kredite — und hier decken wir uns in unserer Meinung wieder vollständig — auch den kleineren Wirtschaften die Anschaffung von Traktoren, die wir jetzt in geeigneter Form haben, ermöglicht wird. Wir haben an die 42 Gemeinden des Bezirkes Laa eine Rundfrage hinausgehen lassen, und wir konnten feststellen, daß ungefähr 60 Bauern derzeit den Wunsch hätten, einen Traktor anzuschaffen. Dieser Wunsch ist auch wirtschaftlich begründet, denn es handelt sich um Bauernwirtschaften mit sieben und acht Joch. Diese Traktoren sollen als Ersatz für die animalischen Zugkräfte eingesetzt werden, denn das ist allgemeine Voraussetzung für die Wirtschaftlichkeit des Einsatzes von Traktoren. 50 Prozent der Mittel könnten von den Bauernwirtschaften aus eigenem aufgebracht werden, und es wäre notwendig, ihnen einen Kredit von 1,1 Millionen Schilling auf zwei

Jahre zu gewähren. Es ist nach wie vor meine persönliche Ansicht, daß wir nur dann eine durchgreifende Mechanisierung und Technisierung der Landwirtschaft erreichen können, wenn wir in jede geeignete Wirtschaft — die Grenze ist heute sehr tief angesetzt — einen entsprechenden Traktor bringen können.

Die Hauptsorge, die wir heute in der Landwirtschaft haben, ist folgende: Es ist wohl gelungen, die Produktion so zu heben, daß man wahrlich sagen kann, dieses Land braucht keinen Hunger zu leiden. Es beginnt nun aber da und dort die Sorge, daß wir das oder jenes zuviel erzeugen könnten. Bei einer Besprechung war es sogar der Herr Staribacher von der Arbeiterkammer, der Bedenken gehabt hat, was wir an Lebensmitteln einführen sollen. Einführen müssen wir aber, weil die anderen Staaten verlangen, daß wir ihnen Lebensmittel abnehmen, auch wenn wir sie im Inland erzeugen. Die hohe Produktionsstufe in der Landwirtschaft, die bereits die Vorkriegsstufe erreicht, ja sogar überboten hat, war nur deswegen möglich, weil der österreichische Bauer und die österreichische Bäuerin Raubbau an ihren eigenen Kräften getrieben haben. Was für alle Berufszweige in der sozialen Gesetzgebung schon gilt, das gilt noch immer nicht für den Bauern. Wenn es notwendig ist, daß die werdende Mutter vor und nach der Entbindung geschützt wird, so besteht diese Notwendigkeit auch für die Bäuerin. Für sie gilt dieser Schutz aber noch nicht. Sie hat auch nicht die Zeit, daß sie sich sechs Wochen vor und nach der Geburt von jeder Arbeit freistellt. Auch hinsichtlich der Arbeitszeit des Bauern besteht kein Schutz. Unbestritten in der ganzen Welt ist, daß eine achtstündige Arbeitszeit mehr als ausreichend ist, ja, daß eine Überschreitung dieser Arbeitszeit für den Menschen schädlich ist. Für den Bauern aber gibt es diese Beschränkung nicht. Sie wäre durch eine einfache Rechnungssache zu erreichen: die Preise entsprechend hoch ansetzen, dann könnte auch der Bauer seine Arbeitszeit verkürzen und sich das und jenes leisten. Wir wissen aber, der Index der Lebenshaltungskosten darf nicht steigen, und es ist vielleicht der Stolz der österreichischen Landwirtschaft, daß trotz ihrer Produktionssteigerung der Wirtschaftsbericht des Instituts für Wirtschaftsforschung feststellen konnte: Lebenshaltungskostenindex gegenüber dem Vorjahr um fünf Prozent niedriger. Unsere Aufgabe muß sein, den Bauern nicht nur das Materielle, sondern auch das geistige Rüstzeug zu geben, damit er mit weniger Anstrengung und in kürzerer Zeit dasselbe erzeugen kann wie bisher.

Nun ein Wort zu den bäuerlichen Fachschulen. In jedem Jahr war der Vorwurf zu hören, es werden für die bäuerlichen Fachschulen große Schulgebäude errichtet und diese stehen dann leer. Mir liegt ein Bericht, betreffend die Übersicht über den Schulbesuch der bäuerlichen Fachschulen, vor. Nach dieser Übersicht waren in fast allen Schulen wesentlich mehr Anmeldungen von Schülern als aufgenommen werden konnten, und ich empfehle dem Herrn Abg. Niklas, die diesbezügliche Aufstellung, die unzweifelhaft richtig ist, genau zu studieren. (*Abg. Niklas: Im Marchfeld war das nicht der Fall.*) Wenn er sagt, im Marchfeld nicht, so ist das nur ein Beweis für die Richtigkeit jener Bautätigkeit auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Schulen, die seit Jahren von der Landesregierung durchgeführt wurde, denn nur modern ausgebaute und modern eingerichtete Schulen ziehen die Schüler an. Sie können — ich will Ihnen nicht Zahlen nennen — aus dieser Übersicht genau feststellen, daß es sich dort, wo die Anmeldungen die Aufnahmemöglichkeiten weit übersteigen, um eine neue, modern eingerichtete Schule handelt. Eine landwirtschaftliche Schule ist nicht nur eine Unterrichtsstätte, wo das Wissen vermittelt und draußen verwertet wird, sondern sie muß auch Beispiel sein. Wer eine der modernen bäuerlichen Fachschulen, z. B. die Mistelbacher Schule, besucht, wird sehen, daß dort jeder Bauer, ob er als Schüler oder Besucher hinkommt, für seine eigene Wirtschaft eine Unmenge Wissenswertes findet, das er in seiner Wirtschaft verwerten kann. Es gibt wenige Städte, die so viel Kurse veranstaltet und so viel Absolventen dieser Kurse im heurigen Jahr gesehen haben wie die Kleinstadt Langenlois. Und doch war gerade die Errichtung der Langenloiser Schule Gegenstand wiederholter und heftiger Kritik. Um so erfreulicher ist es, feststellen zu können, daß die Kritik über die Aufwendung über großer Mittel für den Ausbau der landwirtschaftlichen Schulen nunmehr verstummt ist.

Lassen Sie mich abschließend der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich die grüne Front, die sich in der Budgetdebatte des heurigen Jahres gezeigt hat, auch in der Praxis auswirken wird. Ich bin überzeugt, daß dann die österreichische Landwirtschaft nicht nur willens — denn das steht außer Zweifel —, sondern auch in der Lage sein wird, weiterhin ihre Pflicht als Ernährerin des Volkes zu erfüllen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT SASSMANN: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL (*Schlußwort*): Hohes Haus! Die Gruppe 7 erscheint in all ihren Abschnitten durch die zahlreichen Reden in der Spezialdebatte eingehendst behandelt.

In der Debatte wurden ein Abänderungsantrag und drei Resolutionsanträge gestellt, worüber ich den Herrn Präsidenten ersuche, abstimmen zu lassen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich werde die Abstimmung in der Weise durchführen, daß ich vorerst den Abänderungsantrag zur Abstimmung bringe, dann die Gruppe 7 selbst und nachher die drei Resolutionsanträge.

(*Nach Abstimmung über den Abänderungsantrag des Abg. Genner*): A b g e l e h n t.

(*Nach Abstimmung über Gruppe 7, Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung, in Erfordernis und Bedeckung*): A n g e n o m m e n.

(*Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Franz Müllner, betreffend die Postzustellung in Landbezirken*): A n g e n o m m e n.

(*Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Etlinger, betreffend Zuschüsse für die Hagelversicherung*): A n g e n o m m e n.

(*Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Nagl, betreffend den Ausbau der Güterwege im südlichen Waldviertel*): A n g e n o m m e n.

Somit unterbreche ich die Sitzung bis 14 Uhr 45 Minuten.

(*Unterbrechung der Sitzung um 13 Uhr 15 Minuten.*)

PRÄSIDENT SASSMANN (*um 14 Uhr 51 Minuten*): Ich nehme die Sitzung wieder auf.

Wir fahren in der Beratung über den Voranschlag 1954 fort, und ich ersuche den Herrn Referenten, Abg. Schöberl, zur Gruppe 9, Finanz- und Vermögensverwaltung, zu berichten.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL: Hohes Haus! Die Ausgaben der Gruppe 9, Finanz- und Vermögensverwaltung, betragen 129,751.400 S. Ihnen stehen Einnahmen von 448,048.000 S gegenüber, so daß sich ein Nettoertrag von 318,296.600 S ergibt.

Innerhalb des Gesamtvoranschlages beanspruchen die Ausgaben dieser Gruppe 22,4 Prozent, während sie im Vorjahre 18,2 Prozent betrug.

Diese Gruppe repräsentiert sich als die wichtigste der Landesgebarung, weil in ihr die Eingänge an den Ertragsanteilen, an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sowie die eigenen Steuern des Landes als hauptsächlichste Einnahmeposten ihre Verwendung finden.

Eine starke Erhöhung ist auf der Ausgabenseite dieser Gruppe gegenüber dem Vorjahre festzustellen. Zurückzuführen ist diese Erhöhung auf ein Ansteigen des Schuldendienstes, der Zuführungen zum außerordentlichen Haushalt und der Bedarfszuweisungen an Gemeindeverbände und Gemeinden. Die Erhöhung im Schuldendienst entspricht den Darlehensaufnahmen im Jahre 1953 und den im Jahre 1954 voraussichtlich durchzuführenden Kreditoperationen bzw. ist sie durch die notwendigen höheren Mittel zur Tilgung des Abganges des Vorjahres bedingt. Die Erhöhung des für Bedarfszuweisungen zur Verfügung stehenden Kredites entspricht den höheren Einnahmen. Die größere Zuführung zum außerordentlichen Haushalt ergibt sich aus der Erhöhung des Ausgabenvolumens des außerordentlichen Haushaltes.

An Ausgaben, denen zweckgebundene Einnahmen gegenüberstehen, weist diese Gruppe den Voranschlagsansatz 96—75, Bedarfszuweisungen an Gemeindeverbände und Gemeinden, auf.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, über diese Gruppe die Spezialdebatte abführen zu wollen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zur Gruppe 9 liegt keine Wortmeldung vor. Wir kommen zur Abstimmung. (*Abg. Hilgarth meldet sich zum Wort.*)

Ich kann auf Grund meiner Feststellung natürlich jetzt nicht mehr das Wort erteilen.

(*Nach Abstimmung über Gruppe 9, Finanz- und Vermögensverwaltung, in Erfordernis und Bedeckung*): A n g e n o m m e n.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den gesamten ordentlichen Voranschlag des Landes Niederösterreich für 1954. (*Nach Abstimmung über den ordentlichen Voranschlag in Erfordernis und Bedeckung*): Somit ist der ordentliche Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1954 a n g e n o m m e n.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter, die Verhandlungen zum außerordentlichen Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1954 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL: Hohes Haus! Ich habe bereits in meinem Motivenbericht auch den Motivenbericht zum außer-

ordentlichen Voranschlag erwähnt. Ich glaube daher, in meinem Bericht auf die einzelnen Gruppen eingehen zu können.

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich will dem Haus nur mitteilen, daß die Debatte und die Abstimmung über den außerordentlichen Voranschlag wie beim ordentlichen nach Gruppen erfolgt, und ersuche daher den Referenten, zur Gruppe 0 zu berichten.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL: Hohes Haus! Im außerordentlichen Voranschlag, Gruppe 0, sehen wir eine veranschlagte Summe von 1.900.000 S. Sie ergibt sich aus den Beträgen von 100.000 S für die Wiederinstandsetzung der Landtagssäle, 50.000 S für Erneuerung des Maschinenbestandes, 250.000 Schilling für Instandsetzung der Fassaden der Häuser Herrengasse 11 und 13 sowie 1.500.000 S zur Errichtung eines Gebäudes zwecks Unterbringung der Bezirkshauptmannschaft Wiener Neustadt.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zur Gruppe 0 liegt keine Wortmeldung vor. Wir kommen zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung über Gruppe 0 des außerordentlichen Voranschlages in Erfordernis und Bedeckung*): A n g e n o m m e n.

Wir kommen zur Gruppe 2 des außerordentlichen Voranschlages, und ich ersuche den Referenten, Abg. Sch ö b e r l, den Bericht zu erstatten.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL: In der Gruppe 2 des außerordentlichen Voranschlages scheint eine Endsumme von 7.600.000 S auf, welche sich ergibt aus dem Beitrag an den Landesschulbaufonds von 4.000.000 S, dann dem Betrag von 500.000 S für Wiederinstandsetzung, Ausbau und Neuerrichtung von Lehrwerkstätten an gewerblichen Berufsschulen und Landesberufsschulen, dem Betrag von 3.000.000 S für die Landesfachschule für das Eisen- und Stahlgewerbe in Waidhofen an der Ybbs sowie 100.000 S für die Landesfachschule für das Textilgewerbe in Groß-Siegharts. Aus diesen Beträgen ergibt sich die erwähnte Summe von 7.600.000 S.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, auch über dieses Gesetz abstimmen zu lassen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich eröffne über die Gruppe 2, Schulwesen, die Debatte und erteile Herrn Abg. S t a f f a das Wort.

Abg. STAFFA: Hoher Landtag! Schon bei der Beratung des ordentlichen Voranschlages ist zum Ausdruck gekommen, daß die Dotierung des Schulbaufonds im Verhältnis zum

Vorjahr um 1 Million weniger beträgt, und ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen (*liest*):

„Der Voranschlagsansatz 2119—90, Beitrag an den Landesschulbaufonds, wird um 1.000.000 S auf 5.000.000 S erhöht.“

Ich ersuche das Hohe Haus um Zustimmung zu diesem Antrag.

PRÄSIDENT SASSMANN: Die nächste Wortmeldung ist die des Herrn Abg. Sigmund.

Abg. SIGMUND: Hoher Landtag! Ich habe bereits im Finanzausschuß darauf hingewiesen, daß gerade in der Gruppe 2 zum Ausbau der Fachschule Waidhofen an der Ybbs noch 300.000 S für die Ausgestaltung des Werkstättenbetriebes fehlen. Ich möchte daher den Antrag, den ich bereits im Finanzausschuß gestellt habe, dem Hohen Landtag neuerdings vorlegen. Er lautet (*liest*):

„Der Voranschlagsansatz 2410—90, Landesfachschule für das Eisen- und Stahlgewerbe in Waidhofen an der Ybbs, Neubau der Schule einschließlich Einrichtung des Schul- und Internatsgebäudes, wird um 300.000 S auf 3.300.000 S erhöht.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

PRÄSIDENT SASSMANN: Als nächster ist Herr Abg. Anderl zum Wort gemeldet.

Abg. ANDERL: Hohes Haus! Wie bereits im ordentlichen Voranschlag berichtet wurde, ist in der Textilfachschule Groß-Siegharts der Maschinenpark ziemlich veraltet. Es ist daher im außerordentlichen Voranschlag im Voranschlagsansatz 2411—90 ein Betrag von 100.000 S dafür eingesetzt worden. Dieser Betrag ist nicht ausreichend, und ich erlaube mir daher, dem Hohen Haus zur Gruppe 2 des außerordentlichen Voranschlages für das Jahr 1954 einen Abänderungsantrag einzubringen, der folgenden Wortlaut hat (*liest*):

„Der Voranschlagsansatz 2411—90, Landesfachschule für das Textilgewerbe in Groß-Siegharts, Ergänzung des Maschinenparks, wird um 100.000 S auf 200.000 S erhöht.“

Gleichzeitig erlaube ich mir, dem Hohen Haus einen Abänderungsantrag für den Ausbau des Lehrerhauses einzubringen. Er lautet (*liest*):

„In Gruppe 2 wird ein neuer Voranschlagsansatz 2411—91 eröffnet und für den Bau eines Lehrerhauses an der Landesfachschule für das Textilgewerbe in Groß-Siegharts ein Betrag von 500.000 S bewilligt.“

Für die Bundeslehranstalt und gewerbliche Berufsschule für Uhrmacher in Karlstein er-

laube ich mir folgenden Antrag einzubringen (*liest*):

„In Gruppe 2 wird ein neuer Voranschlagsansatz 299—75 eröffnet und als Beitrag zum Ausbau der Bundeslehranstalt und gewerblichen Berufsschule für Uhrmacher in Karlstein ein Betrag von 100.000 S bewilligt.“

Ich bitte das Hohe Haus um Annahme dieser Anträge.

PRÄSIDENT SASSMANN: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL (*Schlußwort*): Zur Gruppe 2 des außerordentlichen Voranschlages wurden fünf Abänderungsanträge gestellt, und zwar ein Abänderungsantrag von Abg. Staffa, ein Abänderungsantrag von Abg. Sigmund und drei Abänderungsanträge von Abg. Anderl. Ich bitte den Herrn Präsidenten, darüber abstimmen zu lassen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zur Abstimmung liegt vor der Antrag zur Gruppe 2, Schulwesen, und fünf Abänderungsanträge. Ich werde zuerst über die Abänderungsanträge abstimmen lassen und dann über die Gruppe 2, Schulwesen.

(*Nach Abstimmung über den Abänderungsantrag des Abg. Staffa, betreffend Erhöhung des Voranschlagsansatzes 2119—90 um 1.000.000 S auf 5.000.000 S*): Abgelehnt.

(*Nach Abstimmung über den Abänderungsantrag des Abg. Sigmund, betreffend die Erhöhung des Voranschlagsansatzes 2410—90*): Abgelehnt.

(*Nach Abstimmung über den Abänderungsantrag des Abg. Anderl, betreffend Eröffnung des Voranschlagsansatzes 2411—90*): Abgelehnt.

(*Nach Abstimmung über den Abänderungsantrag des Abg. Anderl, betreffend Eröffnung eines neuen Voranschlagsansatzes 2411—91*): Abgelehnt.

(*Nach Abstimmung über den Abänderungsantrag des Abg. Anderl, betreffend Erhöhung eines neuen Voranschlagsansatzes 299—75*): Abgelehnt.

(*Nach Abstimmung über die Gruppe 2, Schulwesen, in Erfordernis und Bedeckung*): Angenommen.

Ich ersuche den Abg. Schöberl, zur Gruppe 3, Kulturwesen, zu berichten.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL: Hohes Haus! In der Gruppe 3, Kulturwesen, des

außerordentlichen Voranschlag ist ein Betrag von 100.000 S zur Erwerbung von Sammlungen und Instandsetzungsarbeiten vorgesehen. Ich ersuche, die Debatte hierüber zu eröffnen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Es liegt keine Wortmeldung vor, wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über die Gruppe 3, Kulturwesen, in Erfordernis und Bedeckung): A n g e n o m m e n.*

Ich ersuche den Herrn Referenten, Abgeordneten Schöberl, zur Gruppe 4, Fürsorgewesen und Jugendhilfe, zu berichten.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL: Hoher Landtag! In der Gruppe 4 des außerordentlichen Voranschlag ist ein Gesamtbetrag von 4.439.000 S vorgesehen, welcher sich aus den Beiträgen für die Landessiechenanstalt Sankt Andrä vor dem Hagentale, und zwar für die Zentralheizung im Frauentrakt und Umbau der Koksfeuerung auf Ölfeuerung mit 200.000 S, und für die Errichtung einer Koksfilteranlage zur Kläranlage mit 100.000 S, für den Ausbau, Instandhaltung und Einrichtung der Erholungsheime in Niederösterreich mit 100.000 S, für Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit mit 200.000 S, für das Landessäuglingsheim „Schwedenstift“ in Perchtoldsdorf mit 30.000 S, für die Landeserziehungsanstalt in Korneuburg, Wiederaufbau, mit 3.630.000 S und für das Landeserziehungsheim in Hollabrunn, Umbau der Heizanlage, mit 179.000 S zusammensetzt. Ich bitte die Debatte zu eröffnen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abg. Wondrak.

Abg. WONDRAK: Hoher Landtag! Ich habe zwei Anträge zu wiederholen, die bereits im Finanzausschuß gestellt worden sind. In der Landessiechenanstalt Mistelbach ist heute noch immer die Ofenheizung üblich. Es ist selbstverständlich, daß man darnach trachten muß, den alten Menschen, die es gern warm haben, dort sobald wie möglich durch den Einbau einer Zentralheizung die Wärme im ganzen Haus zu geben, auf die sie mit Recht Anspruch haben. Die Gesamtkosten für diesen Einbau einer Zentralheizung würden 260.000 S betragen. Wir empfehlen, daß die erste Rate für die Errichtung dieser Zentralheizung heute vom Hohen Landtag beschlossen wird, damit die Arbeiten in die Wege geleitet werden können. Zu diesem Behufe erlaube ich mir, an das Hohe Haus folgenden Antrag zu stellen *(liest)*:

„In Gruppe 4 wird ein neuer Voranschlagsansatz 4541—90 eröffnet und für Zwecke der Landessiechenanstalt in Mistelbach, Zentralheizung, erste Rate, ein Betrag von 100.000 S bewilligt.“

Ich erlaube mir, gleich anschließend nun auf die Landeserziehungsanstalt Korneuburg hinzuweisen. Dort liegen die Dinge anders. Dort ist eine Zentralheizung vorhanden, aber eine Koksheizung. Jeder, der das Heizwesen von heute kennt, weiß, wie wesentlich billiger man diese Heizung gestalten kann, wenn an Stelle von Koks Schweröl geheizt wird, eine Sache, die auch vom zuständigen Landesamt befürwortet wird.

Gleichzeitig aber ist es notwendig, daß in dieser Anstalt eine Trockenholzeinlagerung ermöglicht wird, denn der geplante großzügige Ausbau der Anstalt in Korneuburg macht es notwendig, daß für die eigenen Lehrwerkstätten, und zwar in bezug auf die Tischlerei, das entsprechende Holz eingelagert wird. Hierzu ist die Möglichkeit einer Trockenholzeinlagerung unbedingt notwendig.

Mein Antrag lautet daher wie folgt *(liest)*:

„Der Voranschlagsansatz 48.500—90, Landeserziehungsanstalt in Korneuburg, wird zur Einrichtung einer Ölfeuerung und Vornahme einer Trockenholzeinlagerung um 420.000 S auf 4.050.000 S erhöht.“

Ich ersuche den Hohen Landtag, die beiden Anträge, die dem Ausbau von Landesanstalten dienen sollen, zu genehmigen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt der Herr Abg. Sigmund.

Abg. SIGMUND: In der Gruppe 4, Fürsorgewesen, habe ich bereits im Finanzausschuß zwei Anträge gestellt. Ein Antrag bezieht sich auf die Landeserholungsheime. Wir haben im Voranschlag unter dem Ansatz 461—90, Ausbau, Instandhaltung und Einrichtung der Erholungsheime in Niederösterreich, 100.000 S vorgesehen. In den vier Landesanstalten sind dringende Reparaturarbeiten notwendig, die eine Erhöhung des veranschlagten Betrages von 100.000 S bedingen.

Ich stelle daher folgenden Antrag *(liest)*:

„Der Voranschlagsansatz 461—90, Ausbau, Instandhaltung und Einrichtung der Erholungsheime in Niederösterreich, wird um 50.000 S auf 150.000 S erhöht.“

Ich habe noch einen weiteren Antrag zu stellen. Er bezieht sich auf unser Landeserholungsheim „Reichenauerhof“ in Waidhofen an der Ybbs. Dort wäre die Anschaffung eines Kühlschranks dringend notwendig und außerdem die Instandsetzung des Trockenraumes. Ich möchte darauf verweisen, daß im

„Reichenauerhof“ 135 Zöglinge untergebracht sind, und daß es hauptsächlich in den Sommermonaten oft vorkommt, daß die Speisen verderben müssen, weil sie nicht in einem entsprechenden Kühlraum untergebracht werden können.

Ich stelle daher folgenden Antrag (*liest*):

„In Gruppe 4 wird ein neuer Voranschlagsansatz 4852, Landeserholungsheim ‚Reichenauerhof‘ in Waidhofen an der Ybbs, eröffnet und zur Anschaffung eines Kühlschranks und für die Instandsetzung des Trockenraumes ein Betrag von 45.000 S bewilligt.“

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

PRÄSIDENT SASSMANN: Als nächster Redner hat sich Herr Abg. Anderl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. ANDERL: Hohes Haus! Wie bereits im Finanzausschuß berichtet wurde, sind in dem Landeserziehungsheim Allentsteig einige notwendige Arbeiten bzw. Anschaffungen auszuführen. Dieses Erziehungsheim, das 240 Kinder beherbergt, hat keine Warmwasseranlage. Es muß daher getrachtet werden, daß im heurigen Jahr diese Anschaffung gemacht werden kann. Außerdem ist es unbedingt notwendig, daß neue Waschmaschinen im Jahre 1954 angeschafft werden. Ferner ist es unbedingt notwendig, einen Fensteranstrich durchzuführen. Da hierfür jedoch im außerordentlichen Voranschlag kein Ansatz vorhanden ist, stelle ich den Antrag (*liest*):

„In Gruppe 4 wird ein neuer Voranschlagsansatz 4853 eröffnet und für die Einrichtung einer Warmwasseranlage sowie für die Anschaffung von Waschmaschinen und die Durchführung eines Fensteranstriches im Landeserziehungsheim in Allentsteig ein Betrag von 110.000 S bewilligt.“

Ich ersuche das Hohe Haus um die Annahme dieses Antrages.

PRÄSIDENT SASSMANN: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL (*Schlußwort*): Hohes Haus! Zur Gruppe 4 des außerordentlichen Voranschlages wurden fünf Anträge gestellt, und zwar zwei Abänderungsanträge des Herrn Abg. Wondrak, zwei des Herrn Abg. Sigmund und ein Abänderungsantrag des Herrn Abg. Anderl.

Ich ersuche den Herrn Präsidenten; darüber abstimmen zu lassen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zur Abstimmung liegt vor die Gruppe 4, Fürsorgewesen und Jugendhilfe, und fünf Abänderungs-

anträge. Ich werde vorerst die Abänderungsanträge zur Abstimmung bringen.

(*Nach Abstimmung über die beiden Abänderungsanträge des Abg. Wondrak*): Abgelehnt.

(*Nach Abstimmung über die beiden Abänderungsanträge des Abg. Sigmund*): Abgelehnt.

(*Nach Abstimmung über den Abänderungsantrag des Abg. Anderl*): Abgelehnt.

(*Nach Abstimmung über Gruppe 4 des außerordentlichen Voranschlages in Erfordernis und Bedeckung*): Angenommen.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, zur Gruppe 5, Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung, zu berichten.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL: In Gruppe 5 ist im außerordentlichen Voranschlag ein Gesamtbetrag von 4.425.000 S vorgesehen, welcher sich aus folgenden Beiträgen ergibt: 2.000.000 S als einmaliger Beitrag zum Ausbau allgemeiner öffentlicher Krankenanstalten in Niederösterreich, 1.000.000 S für die Landeskrankenanstalt „Speising“, 25.000 S für die Landeskrankenanstalt in Tulln, 100.000 S für den Ausbau der internen Abteilung der Landeskrankenanstalt Tulln, 500.000 S für die Landes-Heil- und Pflegeanstalt in Mauer-Öhling, und 800.000 S für die Landes-Heil- und Pflegeanstalt in Gugging.

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, darüber die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich eröffne zur Gruppe 5 des außerordentlichen Voranschlages die Debatte. Es hat als erster Redner Herr Abg. Gerhartl das Wort.

Abg. GERHARTL: Hohes Haus! Ich habe bei der Beratung des ordentlichen Voranschlages der Gruppe 5 die Bedeutung der Mütterberatung für den Rückgang der Säuglingssterblichkeit begründet und habe darauf hingewiesen, daß der Ankauf eines neuen Wagens für die Mütterberatung die zuständigen Funktionäre — Säuglingsschwestern und Gemeindeärzte — wesentlich unterstützen und ihnen die Möglichkeit bieten würde, auf dem Gebiete der Mütterberatung auch in den Dörfern draußen mehr zu leisten. Um das zu ermöglichen, habe ich angekündigt, im außerordentlichen Haushalt einen Antrag einzubringen, und zwar einen Abänderungsantrag, der lautet (*liest*):

„In Gruppe 5 wird ein neuer Voranschlagsansatz 513—63, Fahrbare Mütterberatung, eröffnet und hierfür ein Betrag von 100.000 S bewilligt.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

PRÄSIDENT SASSMANN: Als zweite Wortmeldung liegt die des Abg. Dr. Steingötter vor. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. STEINGÖTTER: Hohes Haus! Für dringende Bauvorhaben haben 19 Gemeindespitäler Niederösterreichs 29 Millionen Schilling beansprucht. Sie sind an die Landesregierung herangetreten, um einen Beitrag aus dieser Summe zu bekommen. Es handelt sich wirklich um sehr dringende Bauvorhaben. Es konnten ja von seiten der Gemeinden lange nicht alle Wünsche der Spitäler berücksichtigt werden.

Es wurden nun vom zuständigen Referat die geplanten Bauvorhaben genauestens geprüft und es wurde beantragt, für die Bauvorhaben von zehn Spitälern, von deren Dringlichkeit sich die Landesregierung, das heißt, das Sanitätsreferat überzeugt hat, vom Land aus 3,2 Millionen Schilling beizusteuern. Nun ist im Voranschlag nur eine Summe von zwei Millionen vorgesehen. Es ist vorauszu- sehen, daß mit dieser Summe diese Vorhaben absolut nicht durchgeführt werden können, infolgedessen wird von uns eine Erhöhung um 1.200.000 Schilling beantragt. Ich erlaube mir daher, dem Hohen Hause folgenden Abänderungsantrag zur Gruppe 5 des außerordentlichen Voranschlages für das Jahr 1954 vorzulegen (*liest*):

„Der Voranschlagsansatz 519—90, Einmaliger Beitrag zum Ausbau allgemeiner öffentlicher Krankenanstalten in Niederösterreich, wird um 1.200.000 auf 3.200.000 S erhöht.“

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Abänderungsantrag.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Eckhart.

Abg. ECKHART: Hoher Landtag! Im Landeskrankenhaus Tulln befinden sich zwei Abteilungen, nämlich die interne Abteilung und die Infektionsabteilung, denen es an Kühlschränken mangelt. Es werden dort dringend zur Aufbewahrung von Medikamenten Kühlschränke benötigt. Dem Krankenhaus Tulln, das früher anderen Zwecken diente, fehlt es noch an baulichen Einrichtungen, um wirklich für ein Krankenhaus geeignet zu sein. Im außerordentlichen Voranschlag sind im Ansatz 5211—91 für kleinere Baulichkeiten im Krankenhaus in Tulln 100.000 S vorgesehen. Dieser Betrag reicht nicht aus, um auch Kühlschränke zu kaufen. Ich erlaube mir daher, folgenden Abänderungsantrag zu stellen (*liest*):

„In Gruppe 5 wird ein neuer Voranschlagsansatz 5211—92 mit der Benennung Landes-

krankenanstalt in Tulln, Kühlschränke für Apotheke und Stationen, eröffnet und hierfür 20.000 S bewilligt.“

Ich bitte das Hohe Haus, diesen Antrag anzunehmen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Wenger.

Abg. WENGER: Hohes Haus! Die Heizanlage in der Landeskrankenanstalt Speising entspricht nicht den Anforderungen, die man an eine solche Einrichtung in einem Krankenhaus stellen muß. Die Notwendigkeit des Um- und Ausbaues dieser Anlage ist bereits insofern anerkannt, als für diese Zwecke ein Betrag von 1 Million Schilling ausgeworfen ist. Dieser Betrag reicht aber nicht aus, um die Heizanlage in der notwendigen Zeit den Erfordernissen entsprechend auszubauen. Ich bitte daher um Erhöhung dieses Betrages und formuliere das in folgendem Antrag (*liest*):

„Der Voranschlagsansatz 5210—90, Landeskrankenanstalt Speising in Wien XIII, Umbau und Vergrößerung der Heizanlage, wird um 400.000 S auf 1.400.000 S erhöht.“

Ich bitte um Annahme dieses Abänderungsantrages.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Pettenauer.

Abg. PETTENAUER: Hohes Haus! So wie alle unsere Anträge wurde auch ein Antrag im Finanzausschuß abgelehnt, der für die Landes-Heil- und Pflegeanstalt in Gugging zur Errichtung einer Trinkwasseranlage eine Erhöhung um 50.000 S verlangt hätte. Vielleicht bin ich daran mitschuldig, weil ich diesen Antrag nicht wirklich ausreichend begründet habe. Ich habe nur gesagt, daß zirka tausend Menschen unter Trinkwassernot in der Anstalt in Gugging leiden. Es handelt sich aber nicht nur um Trinkwasser, sondern um Wasser im allgemeinen. Der Herr Oberverwalter dieser Anstalt mußte eine Dienst-anweisung herausgeben, die besagt, daß es den Pflegern dieser Anstalt verboten ist, sich vor oder nach dem Dienst zu baden. Diese Anweisung des Oberverwalters gilt auch für jene Pfleger und Pflegerinnen, die in der Infektionsabteilung Dienst machen. Das soll kein Vorwurf gegenüber dem Referat oder gegenüber dem Direktor oder Verwalter der Anstalt sein, sondern das ist eine Notwendigkeit, die mit dem Wassermangel begründet ist. Vielleicht genügt diese Begründung, um meinem Antrag die Zustimmung zu verschaffen. Er lautet (*liest*):

„Der Voranschlagsansatz 5251—90, Lan-

des-Heil- und Pflegeanstalt in Gugging, wird zwecks Einrichtung einer Trinkwasserversorgung um 50.000 S auf 850.000 S erhöht.“

Die zweite Landes-Heil- und Pflegeanstalt in Mauer-Öhling hätte einen dringenden Bedarf zur Errichtung einer Apotheke, ferner braucht sie einen Lastkraftwagen. Um diese Anschaffungen tätigen zu können, bitte ich folgenden Antrag die Zustimmung zu geben (*liest*): „Der Voranschlagsansatz 5250—90, Landes-Heil- und Pflegeanstalt in Mauer-Öhling, wird zwecks Errichtung einer Apotheke und Anschaffung eines Lastkraftwagens um 250.000 Schilling auf 750.000 S erhöht.“

PRÄSIDENT SASSMANN: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL (*Schlußwort*): Zur Gruppe 5 wurden sechs Abänderungsanträge gestellt. Ich bitte den Herrn Präsidenten, darüber abstimmen zu lassen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Es liegen zur Abstimmung vor: sechs Abänderungsanträge und die Gruppe 5, Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung. Ich bringe zunächst die Abänderungsanträge zur Abstimmung.

(*Nach Abstimmung über den Abänderungsantrag des Abg. Gerhartl, betreffend Neuerrichtung eines Voranschlagsansatzes 513—63*): Abgelehnt.

(*Nach Abstimmung über den Abänderungsantrag des Abg. Dr. Steingötter, betreffend Erhöhung des Voranschlagsansatzes 519—90*): Abgelehnt.

(*Nach Abstimmung über den Abänderungsantrag des Abg. Eckhart, betreffend Neuerrichtung eines Voranschlagsansatzes 5211—92*): Abgelehnt.

(*Nach Abstimmung über den Abänderungsantrag des Abg. Wenger, betreffend Erhöhung des Voranschlagsansatzes 5210—90*): Abgelehnt.

(*Nach Abstimmung über den Abänderungsantrag des Abg. Pettenauer, betreffend Erhöhung des Voranschlagsansatzes 5250—90*): Abgelehnt.

(*Nach Abstimmung über den Abänderungsantrag des Abg. Pettenauer, betreffend Erhöhung des Voranschlagsansatzes 5251—90*): Abgelehnt.

(*Nach Abstimmung über den außerordentlichen Voranschlag der Gruppe 5, Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung, in Erfordernis und Bedeckung*): Angenommen.

Ich ersuche den Herrn Referenten, zur Gruppe 6, Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen, des außerordentlichen Voranschlages zu berichten.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL: Hohes Haus! In der Gruppe 6 des außerordentlichen Voranschlages scheint ein Gesamtbetrag von 68.900.000 S auf, der sich rekrutiert aus den Teilbeträgen von 4.000.000 S für sonstige Siedlungszwecke, 26.000.000 S für sonstige Wohnbauförderung, 31.600.000 S für den Um- und Ausbau von Landstraßen erster und zweiter Ordnung sowie von Bundesstraßen, 2.000.000 S als Beiträge zu den Kosten von Fluß- und Bachregulierungen, 3.800.000 S als Beiträge zu den Kosten für Wasserversorgungen und 1.500.000 S als Beiträge zu den Kosten für Kanalisierungen.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, darüber die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zur Gruppe 6 hat sich Herr Abg. Z a c h zum Wort gemeldet.

Abg. ZACH: Sehr verehrte Frauen und Herren des Hohen Landtages! Nachdem nun der Andrang für Abänderungsanträge abgeebbt ist, und weil es vielleicht gut ist, eine kleine Pause oder Besinnungsminute eintreten zu lassen, und auch deswegen, weil die vielen Anträge auch auf uns den Eindruck gemacht haben, daß vielleicht in der Öffentlichkeit das ganze wieder so gedeutet werden könnte, als hätten wir für diese Dinge kein Verständnis oder kein Interesse, so muß ich dazu folgendes sagen. Auch wir von der Mehrheitspartei haben ein ganzes Bündel von Wünschen, und es wäre sehr leicht, ebenso dringliche Anträge zu stellen. Aber weil eben der Voranschlag all das enthält, was möglich ist, mußte die Mehrheit auf die Erfüllung dieser Wünsche vorläufig verzichten, sie mußte also diese Wünsche zurückstellen. Wir alle hoffen aber, daß der Zeitpunkt nicht ferne ist, wo es möglich sein wird, auch diese Wünsche wenigstens zum Teil — wir sind schon heute davon überzeugt, daß auch unsere Wünsche nicht alle in Erfüllung gehen werden — erfüllen zu können.

Aber, meine sehr verehrten Frauen und Herren des Hohen Landtages, wenn wir auf die Budgetdebatte zurückblicken, dann müssen wir feststellen, daß zwar sehr viele Wünsche geäußert und sehr viele Anträge gestellt wurden, daß aber bei keinem Antrag, wo es sich um finanzielle Mehrausgaben handelt, eine Bedeckung auch nur angedeutet oder vorgeschlagen wurde. Es ist sehr leicht, Anträge zu stellen. Ich glaube, daß wir von einer



wirklichen Initiative, von einer fruchtbaren Initiative weit entfernt sind. Es müßte endlich so weit kommen, daß man nur solche Anträge einbringt, bei denen man auch für die Durchführbarkeit, für die finanzielle Bedeckung einen Vorschlag machen kann.

Verschiedene Anlässe — wie etwa Dammbrüche, Wehrbrüche, Uferbrüche und wie diese Dinge alle heißen — zeigen uns, daß ununterbrochen fruchtbarer Ackerboden verlorengeht und daß es wirklich notwendig wäre, gerade auf diesem Gebiete hier im Hohen Hause Anregungen zu geben, wie wir diese Schäden in nächster Zeit eindämmen, wenn schon nicht ganz beseitigen können. Derartige Vorschläge sind aber nicht gemacht worden, und ich weiß, daß der Vorschlag, den ich jetzt machen werde, wahrscheinlich aufs erste belächelt und dann zu Tode geredet wird, nicht hier, sondern draußen.

Herr Abg. Wenger hat zwei Sätze vor dem Hohen Haus ausgesprochen, die festgehalten werden müssen. Er hat gesagt: „Es hat eine Zeit gegeben, wo man die Arbeitslosigkeit als gottgewollte Einrichtung ruhig hingenommen hat.“ Ich enthalte mich der Beurteilung über die letzten Worte dieser Feststellung. Aber ich glaube, daß man in einer gewissen Zeit auch von uns das gleiche sagen müßte, wenn wir uns nicht alle ehrlich bemühen, die Arbeitslosigkeit wenigstens einigermaßen einzudämmen und alle Vorschläge, ganz einerlei von wem sie kommen, zu prüfen und nochmals zu prüfen und in der Aussprache darüber die Ideen zu klären. Wir müssen zu einer Diskussion, zu einer Lösung über diesen Gegenstand kommen. Alle Anträge, die nur auf eine Verschiebung von Geldbeträgen von einem Kapitel auf das andere, vom Bund auf das Land oder zurück hinauslaufen, bringen nicht einen Groschen mehr in der gesamten Volkswirtschaft ins Rollen. Es muß uns darum gehen, einen Anfang zu machen, und ich bitte Sie, meine sehr verehrten Frauen und Herren, meine kurzen Ausführungen ernst zu nehmen. Ich habe vorgehabt, heute länger zu sprechen, aber der Drang, in die Weihnachtsferien zu gehen, ist schon so mächtig, daß er auch mich langsam ergreift. Ich sage also noch einmal, die Arbeitslosenfrage muß von uns wirklich erst genommen werden.

Der zweite Satz des Herrn Abg. Wenger war noch mehr verpflichtend. Er hat gesagt, wenn eine Führung nicht die Fähigkeit besitzt, solche Fragen zu lösen, dann hat sie abzutreten. Wir sind ein Teil Gemeinschaft hier im Landtag von Niederösterreich, und wenn wir nichts anderes tun als irgendwelche Anträge stellen, die nichts ändern, dann ge-

hören wir auch zu denjenigen, die abzutreten haben.

Ich werde mich jetzt bemühen, im Telegrammstil zu sprechen. Was ist denn das Ausschlaggebende, meine Frauen und Herren des Hohen Landtages? Ziffern! Vor mir liegen die Auszahlungsbeträge in den einzelnen Monaten vom November 1952 bis Ende Oktober 1953. Da sind 117 Millionen Schilling an Arbeitslosenunterstützung und 60 Millionen an Notstandsunterstützungen in Niederösterreich allein ausbezahlt worden. Also insgesamt 177 Millionen! Diese Ziffern sprechen eine so ernste Sprache, daß es hoch an der Zeit ist, daß wir uns, unbekümmert um die sonstige Einstellung, wirklich einmal alle zusammensetzen und Mittel und Wege suchen, um wenigstens einen Teil dieser Beträge der Produktionssteigerung oder noch besser der Produktivität dienstbar zu machen, um dann die Wünsche, die heute geäußert worden sind, wenigstens zu einem Teil erfüllen zu können.

Es wird da immer gesagt, die höchsten Arbeitslosenziffern sind in den Wintermonaten zu verzeichnen, und im Winter soll man nichts beginnen, weil die Leistung stark herabsinkt. Nun, wenn wir bedenken, daß die Arbeitslosensbeträge — ich habe das an verschiedenen Beispielen durchgerechnet — 60 Prozent des Lohnes ausmachen, und wenn dann von diesen 60 Prozent meinetwegen 20 Prozent verfliegen, weil eine verminderte Arbeitsleistung zu verzeichnen ist, ja ist es dann nicht wert, wenigstens diese 40 Prozent nutzbringend anzuwenden? Wenn weiter eingewendet wird, in den anderen Monaten ist es nicht so, dann sage ich Ihnen, daß sogar im April noch 15 Millionen und im Mai 11 Millionen ausbezahlt werden. Das fällt schon in eine Zeit, wo man nicht mehr davon sprechen kann, daß die Arbeitsleistung eine verminderte ist. Daher müßten alle Projekte herausgestellt werden, die eine große Lohnintensität enthalten und weniger Baumaterialaufwand verlangen. Ich teile auch diese Meinung nicht vollständig, denn eine Änderung, die das Übel einmal bei der Wurzel anfaßt, müßte sagen: Ja, wo werden dann diese erforderlichen Materialien erzeugt? Die Voraussetzung für den Einsatz der Arbeitslosenunterstützung für produktive Zwecke könnte nur lauten: Werden diese Materialien, die da verbaut werden sollen, im Inland erzeugt, dann werden eben zwei Arbeiter mindestens einen dritten beschäftigen. Ich kenne die Einrichtung „Produktive Arbeitslosenfürsorge“ und ich weiß, daß Sie sie genau so kennen; daher führe ich diese Dinge nicht näher an. Aber es müßte darüber hinaus ein Fonds geschaffen werden und in diesen müßten soundso viel Arbeitslosengelder

eingezahlt werden. Und nun müßten Bund und Land den entsprechenden, im Haushaltsplan enthaltenen Betrag für Flußregulierungen und die verschiedenen anderen Arbeiten auch in den Fonds einzahlen und dann aus diesem Fonds die Arbeiten leisten.

Voriges Jahr habe ich von einer später zu entlohnenden Arbeitsleistung gesprochen. Ich habe mich gehütet, das Wort Arbeitsdienst in den Mund zu nehmen, weil ich gewußt habe, welche Resonanz dieses Wort auslösen würde. Ich habe also von einer später zu entlohnenden Arbeitsleistung gesprochen. Heute präge ich dafür den Ausdruck: „Arbeitsleistungsanleihe“. Vielleicht wäre noch ein besserer Ausdruck zu finden, der die Sache genauer ausdrückt. Wir haben eine Energieanleihe und verschiedene andere Anleihen gehabt, und ich nenne das jetzt Arbeitsleistungsanleihe, das heißt, daß von den auf diese Weise Beschäftigten ein kleiner Teil ihres Arbeitslohnes als Anleihe gezeichnet wird. Der Bund müßte für diese Arbeitsleistungsanleihe genau so die Haftung übernehmen, wie für die Energieanleihe. Ja, ich möchte, wenn ich nicht fürchten müßte, daß darin schon wieder etwas anderes gesehen wird, noch viel weiter gehen. Dieser Arbeitsleistungsanleihe müßten die besten Bedingungen eingeräumt werden, die je für eine Anleihe gegeben wurden. Und warum? Weil eben die wirtschaftlich schwächste Gruppe, das sind die aus Mitteln dieses Fonds Beschäftigten, davon den Nutzen haben sollen. Diese Leute sollen den Nutzen ziehen, weil sie ein Opfer für den Staat zu bringen bereit sind! Daher sage ich nochmals: Die besten Bedingungen, die höchste Verzinsung für diese Arbeitsleistungsanleihe.

Meine sehr verehrten Frauen und Herren des Hohen Landtages! Wenn wir all diese Dinge betrachten, die jetzt an die öffentliche Hand herangetragen werden, so müssen wir Wege gehen und alle Vorschläge prüfen, um die Möglichkeiten zu schaffen, wenigstens einen Teil dieser Forderungen erfüllen zu können. Der Landtag und seine Ausschüsse sind berufen, bei Lösung dieser schwierigen Aufgabe mitzuwirken. Keine neue Behörde, kein neues Amt darf geschaffen werden! Ich stelle mir vor, daß alle Schichten der Bevölkerung zur Zeichnung dieser Arbeitsleistungsanleihe aufgerufen werden, und zwar sollen die einen eine Anleihe für die Arbeitsmöglichkeiten der anderen mit Geld zeichnen, und diese anderen zeichnen einen Teil mit ihrer Arbeitsleistung. Es ist ganz klar, daß diese Anleihe nur eine ganz kurzfristige sein kann. Ich weiß, und viele, mit denen ich darüber gesprochen habe, sagen es auch, daß da niemand mittun wird. Mag sein,

daß anfangs wenige mittun werden. Doch es gibt Väter, die sagen, in zwei Jahren kommt ihr Kind in die Mittelschule oder in vier Jahren kommt ihr Sohn auf die Hochschule, und sie wären glücklich, wenn sie für diese Zeit einige Schilling sparen könnten; sie können es aber nicht, weil sie soundso viele Monate arbeitslos sind. Da wäre die Voraussetzung gegeben, alle Berufsgruppen der Arbeitsleistungsanleihe näherzubringen, alle Empfänger von Arbeitslosen- oder Notstandsunterstützungen und auch solche, die darauf keinen Anspruch haben. Es müßten dann die Grenzsätze festgelegt werden, wieviel mit einer gewissen Berechtigung vom Arbeitslohn als Anleihe einbehalten werden kann. Aber ich betone noch einmal, daß das nur freiwillig auf Grund eines Vertrages gemacht werden kann, also ohne Zwang, denn ich bin mir dessen bewußt, daß wir in einer anderen Zeit leben und daher neue Formen finden müssen.

Ich muß auf die vielen Beispiele verzichten, die ich hierfür anführen wollte. Aber ein Beispiel sage ich Ihnen. Ein kleiner Fluß soll reguliert werden, dazu wird aus der „Produktiven“ ein der Beschäftigungszahl entsprechender Betrag gegeben. Dann gibt die Gemeinde oder die Interessenten das Mittagessen und die Fahrtspesen, wenn die Arbeiter in der Umgebung wohnen und hin- und herfahren können, so daß zumindest die volle Arbeitslosenunterstützung der Familie verbleibt. Die Differenz auf den vollen Lohn zeichnet der Arbeiter als Arbeitsleistungsanleihe. Dann gibt es weiter Leute, die irgendein Fuhrwerk haben, das in gewissen Monaten nicht vollständig ausgelastet ist. Der Chauffeur und der Mitfahrer sollen nicht gekündigt werden. Wenn diese Leute nun die Möglichkeit haben, eine regiedeckende Arbeit auszuführen, dann sind sie sicherlich bei richtiger Aufklärung bereit, die Differenz von dem regiedeckenden Preis auf die volle Entschädigung als Arbeitsleistungsanleihe herzugeben.

Wenn wir diese Gedanken in die Bevölkerung hinaustragen, dann haben wir den Anfang gemacht. Meine Bitte geht nur dahin, daß Sie diese Anregungen als das aufnehmen, als das sie gedacht waren, nämlich als Anstoß dazu, daß wir uns wieder mehr mit dieser Frage beschäftigen. Und zu diesem Zwecke habe ich sie hauptsächlich vorgebracht. Denn ich glaube, daß es hier nur darum geht, eine richtige Aufklärung über diesen Fragenkomplex in die Bevölkerung hinauszutragen. Wer von uns hat je geglaubt, daß die Arbeiter, die Angestellten so hohe Beträge bei der Energieanleihe zeichnen werden? Warum haben sie gezeichnet? Weil ihnen klarge-

macht wurde, daß sie dadurch nicht nur sich selbst einen guten Dienst erweisen, sondern auch den arbeitslosen Brüdern und Schwestern. Es müßten wirklich all diese Fragen von vornherein vom gefühlsmäßigen Standpunkt aus angefaßt werden. Es heißt ja ein Sprichwort: „Die Ärmsten sind gewöhnlich die Opferbereitesten.“ Vielleicht ist es möglich, daß wir irgendeine Form finden, um in zwei Jahren nicht mehr sagen zu müssen, daß eine so hohe Zahl an Arbeitslosenunterstützungsempfängern vorhanden ist. Ich kann Sie versichern, daß es mich immer wieder erschüttert, daß die Unterstützungsbeträge noch so hoch sind.

Es wird jetzt in der Öffentlichkeit das Autobahnprojekt diskutiert. Es ist nachgewiesen worden, daß der Staat, wenn er auch 51 Prozent der notwendigen Gelder aufbringen muß, mit einem Pappenstiel davonkommt, weil er eben durch den Einsatz der Mittel, die er sonst für Arbeitslosenunterstützung auszahlen müßte, und mit den Mehreingängen usw. den größten Teil seiner Kostenbeteiligung wieder hereinbringt.

Es geht also um den Anstoß, die Arbeitslosigkeit zu vermindern — ich getraue mich gar nicht zu hoffen oder zu sagen: zu beseitigen. Einen gewissen Prozentsatz an Arbeitslosen wird es immer geben. Aber diese Massenerscheinung auf diesem Sektor muß beseitigt werden.

Vielleicht wird es wieder ironisch aufgenommen, wenn ich sage: Mögen die bevorstehenden Ferien oder Feiertage dazu angetan sein, daß wir uns alle einmal über diese ganze Angelegenheit etwas besinnen. Lassen wir uns hier von dem edlen Wettstreit leiten, daß wir alle bemüht sind, die besten Vorschläge der Lösung dieser Kernfrage unseres Volkes und Vaterlandes zuzuführen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort. Ich ersuche ihn zugleich, seinen Antrag zur Gruppe 6 zu stellen.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL *(Schlußwort)*: Hohes Haus! Ich stelle den Antrag, die Gruppe 6 des außerordentlichen Voranschlags in Erfordernis und Bedeckung zu genehmigen.

PRÄSIDENT SASSMANN *(nach Abstimmung über die Gruppe 6 des außerordentlichen Voranschlags in Erfordernis und Bedeckung)*: A n g e n o m m e n .

Ich ersuche den Referenten, zur Gruppe 7, Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung, zu berichten.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL: Hohes Haus! Die Gruppe 7, Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung, scheint im außerordentlichen Voranschlag mit einem Gesamtbetrag von 14 Millionen Schilling auf, welcher sich wie folgt ergibt: 3 Millionen Schilling Beiträge zu den Kosten der Ent- und Bewässerung, 500.000 S Beiträge zu den Kosten der Marchfeldbewässerung, 3 Millionen Schilling Beiträge zu den Kosten für Kleinkraftanlagen und Elektroversorgungen, 800.000 S Beiträge für die Elektroversorgung von Siedlungen, 200.000 S Beiträge zu den Kosten von Güterwegbauten im Zuge von agrarischen Operationen, 4,7 Millionen Schilling zum Ausbau der bäuerlichen Fachschulen, 600.000 S Beiträge zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, 800.000 S Landesbeitrag zur Schaffung zusätzlicher Lehrstellen, 250.000 S Beiträge zu den Kosten von Neubauten, Umbauten und Instandhaltungen von Rollfähren sowie Beiträge zu den Kosten von Länden- und Hafeneinrichtungen, schließlich 150.000 S Beiträge zur Förderung des Fremdenverkehrs.

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, über diese Gruppe die Debatte einzuleiten bzw. die Abstimmung durchzuführen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zur Gruppe 7 liegt keine Wortmeldung vor. Wir kommen zur Abstimmung.

*(Nach Abstimmung über Gruppe 7 des außerordentlichen Voranschlags in Erfordernis und Bedeckung)*: A n g e n o m m e n .

Ich ersuche den Herrn Referenten, zur Gruppe 9, Finanz- und Vermögensverwaltung, zu berichten.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL: Die Gruppe 9, Finanz- und Vermögensverwaltung, sieht im außerordentlichen Voranschlag den Betrag von 1.300.000 S zum Ausbau des Schlosses Scheibbs vor. Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte darüber einzuleiten.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Hilgarth.

Abg. HILGARTH: Hohes Haus! Wir sind jetzt bei der Beratung des letzten Kapitels des außerordentlichen Voranschlags für das Jahr 1954 angelangt. Der ordentliche Voranschlag wurde bereits in seinen einzelnen Teilen beschlossen, und zwar mit einem Abgang von rund 38 Millionen Schilling. Wäre nicht beim ordentlichen Voranschlag eine Überweisung von 30 Millionen Schilling zur Bedeckung der Ausgaben des außerordentlichen Voranschlags enthalten, so könnte der ordentliche Voranschlag mit einem Abgang

von nur 8 Millionen Schilling als einer der besten, den wir jemals in diesem Hause beschlossen haben, gelten. Wir leben aber immerhin in außerordentlichen Zeiten, daher haben auch die außerordentlichen Voranschläge ihre Berechtigung. Es ergibt sich bei der Zusammensetzung des außerordentlichen Voranschlages mit dem ordentlichen Voranschlag ein Gesamtabgang von rund 110 Millionen Schilling.

Der Hohe Landtag sowie die Landesregierung haben diesen Abgang auf sich nehmen können, weil die Ansätze des außerordentlichen Voranschlages, die diesen hohen Abgang hervorrufen, in erster Linie dazu bestimmt sind, arbeitsbeschaffend in Niederösterreich zu wirken. Wir haben bereits im Laufe dieses Jahres mehrere solche Finanzvorlagen behandelt — in ihrer Auswirkung werden sie einen schönen Betrag ergeben —, um über die schwierigsten Zeiten der Arbeitslosigkeit in Niederösterreich hinwegzukommen. Es wird vielleicht ein Beobachter, der die Vorgänge im Hause nicht kennt und nicht miterlebt hat, sich die Frage stellen, warum die Mehrheit dieses Landtages, die ja sonst allen diesen Arbeitsprogrammen aufgeschlossen gegenübersteht, jetzt plötzlich einige Anträge der Sozialistischen Partei ablehnt hat, deren Berechtigung beim bloßen Vorlesen, aber auch bei genauer Prüfung bestimmt vorhanden ist.

Der Finanzreferent hat bereits eingangs erwähnt, daß bei Erstellung des Voranschlages in seinen beiden Teilen bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen wurde, und zwar von dem Standpunkt aus, wie sich die voraussichtlichen Einnahmen zur Zeit der Erstellung des Voranschlages gestalteten. Wenn wir jetzt eine Reihe von Abänderungsanträgen angenommen hätten, dann hätten wir eine Seite unserer Voranschläge, nämlich die Ausgabenseite, erweitert. Niemand, und da muß ich mich vollkommen der Meinung meines Vorredners, des Kollegen Zach, anschließen, hat bis heute irgendeinen Vorschlag gemacht, der auch eine Erhöhung auf der Einnahmenseite gebracht hätte. Wir wissen, daß der Hohe Landtag von sich aus nicht die Möglichkeit hat, die Einnahmenseite grundlegend anders zu gestalten. Die Überweisungen des Bundesministeriums für Finanzen, welche unsere wesentlichen Einnahmen darstellen, ermöglichen es nur, einen gewissen vorgezeichneten Rahmen zu halten. Es wurde aber von allen Sprechern des Hauses anerkannt, daß gerade das größte Bundesland, das Kernland unseres ganzen Bundesgebietes, Niederösterreich, unter besonders schwierigen Verhältnissen und besonders auch unter ge-

wissen Ungerechtigkeiten bei der Abgabenteilung oder der Überweisung finanzieller Mittel seitens des Bundes zu leiden hat. Es wurde anerkannt und auch vom Herrn Finanzreferenten eingangs der Verhandlungen zur Sprache gebracht, daß Niederösterreich allein durch das Fehlen einer Bundeshauptstadt um Millionenbeträge geschädigt erscheint. Die Ursache liegt hauptsächlich darin, daß zum Beispiel bei der Einkommensteuer die Verteilung nach dem Aufkommen vorgenommen wird. So erhält jenes Bundesland die Steueranteile, in welchem der Sitz der Zentrale des steuerpflichtigen Unternehmens liegt, was in vielen Fällen bei Niederösterreich ein fremdes Bundesland, nämlich das Bundesland Wien ist. Für Oberösterreich oder ein anderes Bundesland ist diese Frage nicht von solcher Auswirkung, denn dort bleiben die Steueranteile im Land, weil die Hauptstadt ein Bestandteil des betreffenden Landes ist.

Ich erlaube mir daher namens unserer Partei folgenden Antrag zu stellen, um dieser Benachteiligung Niederösterreichs entgegenzutreten (*liest*):

„Die niederösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung wegen Änderung des Finanzausgleiches vorstellig zu werden, daß wegen Fehlens einer Hauptstadt in Niederösterreich aus den Ertragsanteilen der Länder ohne Niederösterreich an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben mit Ausnahme des Kulturroschens ein Vorzugsanteil zugunsten des Landes Niederösterreich ausgeschieden wird?“

Weiterhin mache ich darauf aufmerksam, daß eine große Benachteiligung des Landes Niederösterreich noch dadurch gegeben erscheint, daß bei jenen Steuern, die nach dem Personenstand der einzelnen Länder aufgeteilt werden, ein bevorzugter Bevölkerungsschlüssel für Wien in Anwendung gebracht wird. Dies wirkt sich so aus, daß das Land Niederösterreich statt 18 Prozent in Wirklichkeit nur 13,4 Prozent dieser Steueranteile überwiesen erhält. Durch diese Differenzierung allein entgeht uns in einem Jahr ein Betrag von fast 60 Millionen Schilling.

Daher erlaube ich mir auch in dieser Hinsicht einen Antrag zu stellen (*liest*):

„Die niederösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung wegen Änderung des Finanzausgleiches vorstellig zu werden, daß die Ertragsanteile der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben mit Ausnahme der Bundesmonopolabgabe von Spielbanken, soweit nach § 4 Abs. 2 des Finanzausgleichsgesetzes die Aufteilung nach dem örtlichen Aufkommen zu erfolgen hat, ländersweise nach dem örtlichen

Aufkommen, soweit nach § 4 Abs. 2 des Finanzausgleichsgesetzes die Aufteilung nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel zu erfolgen hat, länderweise nach der Volkszahl aufgeteilt werden. Von den so auf die Gemeinden der einzelnen Länder entfallenden Beträge sind 75 v. H. durch die Länder auf die einzelnen Gemeinden nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel aufzuteilen.“

Durch die Annahme dieser beiden Anträge glaube ich, wäre ein Großteil der Wünsche bezüglich der ungerechten Behandlung Niederösterreichs endlich einmal in Angriff genommen worden. Wir wären dann in Anstande, noch größere Mittel zur Arbeitsbeschaffung seitens des Landes einzusetzen. Aber auch die Gemeinden erhielten eine bedeutend höhere Quote, wodurch sie in die Lage kämen, manche Dinge, die heute noch vom Land mitfinanziert werden müssen, im eigenen Wirkungsbereich zu bereinigen. Ich bin der festen Überzeugung, daß durch die Annahme dieser beiden Anträge und deren Durchführung sich die finanzielle Stellung des Landes Niederösterreich bedeutend besser gestalten würde. Wir wären nicht nur in der Lage, die notwendigste Aufgabe, die ich als solche eingangs der Budgetberatung in der Arbeitsbeschaffung erwähnt habe, besser zu erfüllen, sondern wir könnten auch den kulturellen Bestrebungen des Landes einen entsprechenden Beitrag zuteilen. Gerade diesen Beitrag würde ich besonders deswegen wünschen, weil wir Österreicher gegenüber der ganzen Kulturwelt eine Verpflichtung zu erfüllen haben. Vergessen wir nicht, meine Herren, gerade wir in Niederösterreich sind verpflichtet, uns dessen bewußt zu werden, daß wir Österreicher eine Sprache besitzen, die in der ganzen Welt verstanden wird, die Sprache unseres Herzens, eine Sprache, die wir ausdrücken in einer Schrift, die in der ganzen Welt verstanden wird, eine Sprache, die zu uns in Tönen spricht und die in der Notenschrift jedem anderen Kulturvolk verständlich ist. Ich glaube, daß wir für solche Bestrebungen auch in unserem bedrängten Heimatland Niederösterreich Verständnis finden werden. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Wondrak.

Abg. WONDRAK: Hoher Landtag: Wir sind nun am Ende der Beratungen des Voranschlags für das Jahr 1954. Die Sozialistische Fraktion hat sich bemüht, in einer Reihe von Anträgen solche Notwendigkeiten, die wir als Lebensnotwendigkeiten emp-

finden, dem Hohen Hause vorzulegen. Das Ergebnis unserer Bemühungen ist es gewesen, daß sämtliche unserer Anträge abgelehnt worden sind. Wenn wir jetzt nun zwei Entschuldigungsreden gehört haben — etwas anderes sind ja diese beiden Reden nicht gewesen —, müssen wir sagen, daß sie uns nicht überzeugen konnten, daß diesen maßvollen Anträgen, die hier von uns gestellt worden sind, nicht entsprochen werden kann. Ich erlaube mir daher folgenden Resolutionsantrag zu stellen; es ist übrigens der gleiche, den ich im Finanzausschuß vorgetragen habe *(liest)*:

„Mit Rücksicht darauf, daß durch den Voranschlag 1954 wichtige Erfordernisse der Landesverwaltung nicht erfüllt werden, wird die Landesregierung aufgefordert, dem Landtag rechtzeitig den Entwurf eines Nachtragsbudgets für arbeitschaffende Investitionen zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen.“

Ich gestatte mir, diesen Antrag in einigen Sätzen zu begründen. Der Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1954 ist ein Minimalbudget. Selbst der Herr Finanzreferent hat erklärt, daß wichtige und aner kennenswerte Forderungen darin unerfüllt bleiben. Diese Tatsache wiegt um so schwerer, als die endgültige Erstellung der Budgetansätze ohne Einvernehmen mit den zuständigen Referenten erfolgte. Die Mittel der einzelnen Referate wurden solcherart um viele hohe Beträge gekürzt. Ich möchte dazu bemerken, daß wir schon in den früheren Verhandlungen auf diesen Umstand hingewiesen haben. Wir sind der Meinung, daß eine derartige Kürzung von wichtigen Ausgabenansätzen für die gesamte Landesverwaltung von Schaden ist. Wenn man nun in Betracht zieht, daß die Ausgaben des laufenden Jahres durch das vor kurzem beschlossene Nachtragsbudget nicht unerheblich erhöht wurden, stellt man bei einem Vergleich mit dem Voranschlag 1954 in der Tat eine Vernachlässigung wichtiger Aufgaben des Landes Niederösterreich fest. So erfuhren beispielsweise die Aufwendungen für die so wichtige Wohnbauförderung, für Fluß- und Bachregulierungen und für den Ausbau des niederösterreichischen Straßenwesens, aber auch für Wasserleitungs- und Kanalisationsbauten und für den Schulbaufonds sowie für den Ausbau zahlreicher Landesanstalten namhafte Kürzungen. Die Sozialistische Fraktion im Landtag ist der Meinung, es wäre bei einigem guten Willen bestimmt die Möglichkeit geboten gewesen, den Großteil dieser Kürzungen zu vermeiden. Sie hat auch versucht, mit Hilfe zahlreicher Abänderungsanträge das

Budget in diesem Sinne zu korrigieren. Nachdem aber eine solche Korrektur vom Finanzreferenten und der Mehrheit dieses Hauses abgelehnt wurde, erscheint es unerlässlich, die in diesem Budget vernachlässigten Ansätze durch ein Nachtragsbudget zu ergänzen.

Die rechtzeitige Erstellung eines solchen Nachtragsbudgets wird es sowohl ermöglichen, wichtige Erfordernisse der Landesverwaltung zu erfüllen als auch im hohen Maße arbeitschaffend wirken. Ein Nachtragsbudget 1954 wird dadurch nicht nur zu einer Notwendigkeit, um die Mängel des Voranschlages 1954 zu beseitigen, sondern auch zu einer bedeutungsvollen Aufgabe auf dem Wege der Arbeitsbeschaffung.

Gestatten Sie, daß ich dieser Erklärung noch folgende Worte beifüge. Es wurde uns in einer der letzten Reden der Vorwurf gemacht, wir hätten es sehr leicht gehabt, Anträge zu stellen, aber wir haben mit diesen Anträgen — wie man sich hier ausgedrückt hat — nur eine Seite des Budgets berücksichtigt, während wir auf der Einnahmenseite keine Vorschläge gemacht haben. Darf ich bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß wir es vor wenigen Monaten, anlässlich der Vorlage des Nachtragsbudgets für 1953, erlebt haben, daß die Mehrheitspartei zusätzliche Anträge eingebracht hat, die eine Höhe von mehr als 17,5 Millionen Schilling ausgemacht haben. Wir haben aber damals nicht gehört, daß gleichzeitig auch davon gesprochen worden wäre, wie die Bedeckung hierfür gefunden werden soll. Wir haben aber in unseren Ausführungen zum Budget ganz deutlich gesagt, wir seien der vollen Überzeugung, daß die angenommenen Einnahmenansätze des Landes Niederösterreich so sind, daß absolut sicher mit Mehreinnahmen zu rechnen ist und daß die von uns beantragten Beträge von zusammen 4,1 Millionen wirklich Landesnotwendigkeiten und nicht Parteipotwendigkeiten entsprechen, daß also diesen Forderungen Rechnung getragen werden könnte. Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß zwar hier in diesem Voranschlag — wie auch richtig gesagt wurde — vieles Mögliche untergebracht worden ist, wir können aber nicht der Meinung des Vorredners zustimmen, der gesagt hat, daß es überhaupt das Möglichste ist, was in diesem Budget eingebaut worden ist.

Ich bin überzeugt davon, daß wir zu unserem Aufforderungsantrag, der Finanzreferent möge innerhalb kürzester Zeit ein Nachtragsbudget vorlegen, Ihre Zustimmung erhalten. Ich habe mir Aufzeichnungen gemacht und festgestellt, daß fast jeder der

Redner, der als Hauptredner zu einer Gruppe namens der Österreichischen Volkspartei gesprochen hat, immer wieder darauf hingewiesen hat, daß ein solches Nachtragsbudget möglich ist, und sie haben auch verschiedene Hoffnungen an dieses Nachtragsbudget geknüpft. Wenn aber der Gedanke, daß es zu einem Nachtragsbudget kommen wird, in der Meinung der Herren Abgeordneten so tief verwurzelt ist, so werden wir — ich bin überzeugt davon — keine Schwierigkeiten haben, zumindest unseren Antrag einhellig durchzubringen, damit man demonstrieren kann, daß es uns in Niederösterreich ernst damit ist, die Landesinteressen zu vertreten und Arbeit zu schaffen.

Es wurde ausgeführt, daß in Niederösterreich sehr hohe Beträge an Arbeitslosenunterstützung zur Auszahlung gebracht werden müssen. Das ist unbestritten. Aber mit Verlaub, Sie sehen, wie wertvoll es ist, daß wir Sozialisten immer wieder auf die Politik der Vollbeschäftigung als einen Tragpfeiler unserer Wirtschaft hinweisen, weil wir wissen, daß die Menschen, wenn sie Arbeit haben, auch ein entsprechendes Einkommen haben und daß nur unter dieser Voraussetzung jene Zufriedenheit entsteht, die notwendig ist, damit sich eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens und des Glaubens an diese Gesellschaft entwickelt, wodurch wir die Möglichkeit haben, die Menschen zu Leistungen anzuspornen und sie opferbereit zu machen. Wenn wir in unserem Lande eine Vollbeschäftigung hätten, dann hätten wir natürlich nicht die große Sorge, wie sie ein Kollege zuvor ausgeführt hat, diese großen Summen an Arbeitslosenunterstützung zur Auszahlung bringen zu müssen. Es ist aber selbstverständlich, daß diese Beträge ausbezahlt werden müssen, weil man auch die Menschen, die unverschuldet aus dem Arbeitsprozeß ausgeschlossen werden, mit ihrer Familie leben lassen muß. Es ist das höchste Gebot der Gesellschaft gegenüber diesen Menschen zumindest in der Krisenzeit dadurch über Wasser zu halten, daß man ihnen die Arbeitslosenunterstützung gewährt. Mein Freund Wenger hat schon recht gehabt, wenn er gesagt hat: Es hat einmal eine Zeit gegeben, wo man sich um diese fundamentalen wirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht gekümmert hat. Es war ja bis 1919 tatsächlich so, daß es keine Arbeitslosenunterstützung gegeben hat. Es hat niemand gefragt, wenn jemand außerhalb des Arbeitsprozesses gestanden ist, wovon er lebt, wie er seine Familie erhalten soll. Gott sei Dank gehören diese Zeiten der Geschichte an, und

Gott sei Dank ist es heute ein allgemein gültiger Begriff, daß man zu einem solchen Zustand nicht zurück will, sondern daß man sich bemüht, an Stelle der Arbeitslosenunterstützung eine viel wirksamere Form der Hilfe zu schaffen, indem man nämlich für die Menschen Arbeitsplätze schafft.

Ich bin überzeugt, daß der Hohe Landtag nichts unversucht lassen will, um zur Vollbeschäftigung mindestens einen kleinen Beitrag zu leisten, einen Beitrag, den die finanzielle Kraft des Landes Niederösterreich zuläßt. Nicht durch Wunschträume dürfen wir uns leiten lassen, sondern nur durch die Tatsache, daß wir nichts unversucht lassen dürfen, auch die Kraft der öffentlichen Hand für die Schaffung von Arbeitsplätzen einzusetzen. Wenn wir das gemeinsam tun, dann bin ich überzeugt, daß wir bestimmt Fortschritte erzielen können.

Kollege Zach hat einen Plan vorgetragen, man möge eine Arbeitsleistungsanleihe auflegen, und er hat seine Gedanken darüber entwickelt. Ich möchte zuerst das Stenographische Protokoll gewissenhaft nachprüfen und studieren, welche reale Möglichkeiten für ein solches Projekt vorhanden sind. Ich stimme ihm zu, man soll von Haus aus nichts über Bord werfen, man soll vielmehr alles untersuchen und prüfen, und wo es eine Möglichkeit gibt, dürfen wir uns nicht um die Priorität des Gedankens streiten, sondern wenn er praktisch verwertbar ist, soll man zu ihm positiv Stellung nehmen. Ich enthalte mich daher vorläufig jeder Beurteilung dieses Projektes.

Mein Herr Vorredner hat zwei Anträge gestellt, die letzten Endes darauf hinauslaufen, eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes nach verschiedenen Richtlinien herbeizuführen. Wir alle wissen ja, daß der Finanzausgleich seit Jahren nur eine Notlösung ist, die kümmerlich von einem Jahr auf das andere fortgeschleppt wird, und daß man immer wieder nur bei einer einjährigen Dauer halten muß. Es sind aber vor allem in der letzten Zeit Bemühungen um einen Finanzausgleich im Gange, dem nicht nur eine einjährige Dauer beschieden ist, sondern der auf sehr lange Zeit, oder vielleicht ist das zuviel gesagt, auf einige Jahre hinaus Geltung haben soll. Das wäre natürlich ein sehr erstrebenswertes Ziel, weil dies sowohl den Ländern als auch den Gemeinden die Möglichkeit gäbe, ihre Planung nicht nur immer auf ein Jahr abzustellen. Wenn sie damit rechnen können — selbstverständlich unter Voraussetzung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse —, daß der Finanzausgleich einige Jahre gilt, dann kann sich jede Gemeinde und jeder

Landesfinanzreferent sofort ein Bild machen, sie werden leichter budgetieren können, ihre Budgets werden übersichtlicher und nicht von vielen Zufälligkeiten abhängig sein, und Nachtragsbudgets, nachträgliche Bewilligungen von Überschreitungen sowie Kenntnisnahme von Mehreinnahmen werden sich dann vermeiden lassen. Wenn also in dieser Richtung eine Änderung des Finanzausgleiches erfolgen würde und dann vielleicht ein Vorteil für Niederösterreich herauszuholen ist, werden wir das begrüßen.

Ich bin allerdings überzeugt, daß der Herr Finanzreferent nicht eines Aufforderungsantrages bedarf, wenn dieser neue Finanzausgleich zur Beratung kommt, und daß sowohl er wie die gesamte niederösterreichische Landesregierung nichts unversucht lassen wird, damit das Land Niederösterreich, den besonderen Umständen des Landes entsprechend, Berücksichtigung findet. Ich halte das für selbstverständlich, habe aber gar nichts dagegen, wenn der Landtag solche Anträge annimmt.

Ich habe versucht, so wie mein Vorredner gesagt hat, sehr kurz zu diesen Dingen Stellung zu nehmen und unsere Meinung zu dokumentieren. Es ließe sich zu diesen finanziellen Grundlagen unendlich viel sagen und eine Riesendebatte abführen. Ich bin überzeugt davon, daß Sie aus dem Gefühl, daß dieser Vorschlag doch einiger Korrekturen bedarf, und daß diese Korrekturen nur in Form eines Nachtragsbudgets aufscheinen können, unserem Aufforderungsantrag die Zustimmung geben. Wir hoffen, daß ein fast einstimmig beschlossenes Budget auch jene psychologischen Voraussetzungen beinhaltet, die auch für die Zukunft eine fruchtbare Zusammenarbeit ermöglichen. Wenn wir das tun, dann werden wir jedenfalls annehmen dürfen, daß wir auch im Jahre 1954 vom Gesichtspunkt der Landesverwaltung alles getan haben, was die Bevölkerung Niederösterreichs von ihrem Landtag erwartet. *(Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Als nächsten Redner erteile ich Abg. Stangler das Wort.

Abg. STANGLER: Hoher Landtag! Die Ausführungen des Herrn Präsidenten Wondrak machen es doch noch nötig, in Kürze etwas zu entgegnen. Ich erinnere mich an die Rede des Herrn Präsidenten Wondrak bei der letzten Budgetdebatte, wo von ihm und einigen anderen Sprechern seiner Partei einige Male Zweifel geäußert wurden, sowohl im Finanzausschuß als auch im Hause, ob die im Voranschlag festgesetzten Voranschlags-

ansätze auch tatsächlich eingehalten werden können. Es wurden hier mehrfach und des öfteren Zweifel darüber geäußert. Es hat sich nun bei jedem Abschluß der Finanzgebarung gezeigt, daß alles, was im Voranschlag präliminiert war, von der Finanzverwaltung eingehalten wurde. Darüber hinaus hat sich gerade im letzten Jahr gezeigt, daß der Herr Finanzreferent in dem Zeitpunkt, wo es die erhöhten Einnahmen des Landes gestatteten, dem Hohen Landtag ein Nachtragsbudget vorgelegt hatte, das in erster Linie dazu diente, durch neue Investitionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Der Hauptsprecher unserer Partei hat schon bei Beginn der Budgetdebatte in der Generaldebatte festgestellt, daß er überzeugt sei, daß der Finanzreferent auch im Jahre 1954, sollten sich höhere Einnahmen ergeben, zeitgerecht, ja darüber hinaus zum ehestmöglichen Zeitpunkt, dem Landtag ein Nachtragsbudget vorlegen wird. Wir haben aus dem Jahre 1953 schon einige Erfahrung sammeln können, und wir haben zur Finanzverwaltung und zum Verantwortungsbewußtsein des Finanzreferenten, Landesrat Müllner, soviel Vertrauen, daß wir überzeugt sind, daß er, wenn sich die Möglichkeit dazu bietet, dem Hohen Landtag zum ehestmöglichen Zeitpunkt ein Nachtragsbudget vorlegen wird. Wir halten es daher aus dem Grunde für nicht notwendig, daß man dazu heute noch einen Aufforderungsantrag stellt, der vielleicht dann wirklich als ein Prioritätsrecht ausgelegt werden könnte, auf wen es zurückzuführen ist, daß der Landtag über ein Nachtragsbudget beraten kann.

Der Herr Präsident Wondrak erklärte, daß die Anträge der Sozialistischen Partei sehr maßvolle Anträge gewesen sind und daß die beiden Reden der Vertreter der Oesterreichischen Volkspartei Entschuldigungsreden gewesen wären. Ich darf den verehrten Damen und Herren der zweitstärksten Partei wohl sagen, daß wir es nicht notwendig haben, in diesem Hause Entschuldigungsreden zu halten, weil wir jederzeit bewiesen haben, daß wir durchaus in der Lage sind, für alle Handlungen die volle Verantwortung zu übernehmen. Wir lehnen die Anträge nicht ab, weil sie von Ihnen gekommen sind, sondern weil wir sie nicht für zeitgemäß halten, denn Sie wissen ganz genau, daß die Verhandlungen sowohl im Finanzausschuß als auch hier im Hause ergeben haben, daß zur Zeit der Rahmen des Budgets nicht gesprengt werden kann. Wenn die Möglichkeit gegeben ist, werden die Landesregierung und der Landtag Gelegenheit haben, über ein Nachtragsbudget zu beraten.

Wenn abschließend gesagt wurde, daß der Sinn Ihrer Anträge darin zu sehen ist, daß im Land Niederösterreich die Vollbeschäftigung gesichert sein soll, dann darf ich Ihnen dazu auch etwas sagen. Jawohl, wir wollen nichts anderes, als den höchstmöglichen Beschäftigtenstand in diesem Lande erreichen, dies aber nicht mit Schlagworten und nicht mit Programmen, sondern die ÖVP hat auch auf der Bundesebene durch ihre Währungs-, Finanz- und Wirtschaftspolitik, die vor allem durch den Bundeskanzler Raab und Finanzminister Kamitz repräsentiert werden, den Beweis erbracht, daß eine geordnete Wirtschaft, eine gesicherte Währung erste Voraussetzung sind, daß alle arbeitswilligen Menschen im Lande Arbeit und Brot finden können. So ist also für uns diese Budgetdebatte und die Verhandlungen über dieses Budget eine Frage des Verantwortungsbewußtseins und des Vertrauens. Abgeordneter Hilgarth hat auch zu Beginn der Budgetdebatte die Worte gesprochen, daß für uns dieses Budget ein Budget des Vertrauens ist. Daher heute ein „Ja“ zu diesem Budget, wie es vorgelegt worden ist. Wenn sich aber die finanzielle Lage des Landes bessert, werden wir sicherlich die Möglichkeit haben, über ein Nachtragsbudget zum Wohle des Landes Niederösterreich, das uns sicherlich allen am Herzen liegt, zu verhandeln.

Wenn wir also Ihrem Antrag, verehrter Herr Präsident Wondrak, nicht unsere Zustimmung geben, dann nicht deshalb, weil wir kein Nachtragsbudget wollen, sondern deshalb, weil wir, wie es in unseren Reden schon zum Ausdruck gekommen ist, ein Nachtragsbudget erst zur möglichen Zeit einbringen können. Dann werden wir über dieses Nachtragsbudget beraten, so wie auch Sie sagten: Zum Wohle des Landes Niederösterreich und seiner Bevölkerung! *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL *(Schlußwort)*: Hohes Haus! Zur Gruppe 9 des außerordentlichen Voranschlages wurden drei Resolutionsanträge eingebracht, und zwar zwei vom Herrn Abg. Hilgarth und einer vom Herrn Abg. Wondrak. Ich bitte den Herrn Präsidenten, darüber abstimmen zu lassen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zur Abstimmung liegt vor die Gruppe 9, Finanz- und Vermögensverwaltung, und drei Resolutionsanträge. Ich werde vorerst über die Gruppe 9 abstimmen lassen.



(Nach Abstimmung über die Gruppe 9 des außerordentlichen Voranschlages, Finanz- und Vermögensverwaltung, in Erfordernis und Bedeckung): **A n g e n o m m e n.**

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Hilgarth, betreffend Änderung des Finanzausgleichs aus dem Grunde des Fehlens einer Hauptstadt in Niederösterreich): **A n g e n o m m e n.**

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Hilgarth, betreffend Änderung des Finanzausgleichs, hinsichtlich der Aufteilung der Ertragsanteile der Gemeinden): **A n g e n o m m e n.**

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Wondrak, betreffend rechtzeitige Erstellung eines Nachtragsbudgets): **A b g e l e h n t.**

Wir gelangen nun zur Abstimmung über den gesamten außerordentlichen Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1954.

(Nach Abstimmung über den gesamten außerordentlichen Voranschlag in Erfordernis und Bedeckung): **A n g e n o m m e n.**

Der außerordentliche Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1954 ist somit angenommen.

Ich ersuche den Herrn Abg. Schöberl, die Verhandlungen zum Gesetz über die Einhebung der Landesumlage für das Jahr 1954 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL: Das Gesetz über die Einhebung einer Landesumlage für das Jahr 1954 lautet (*liest*):

„Der Landtag von Niederösterreich hat beschlossen:

#### § 1

Die von den Städten mit eigenem Statut und den Gemeindeverbänden im Lande Niederösterreich für das Jahr 1954 zu entrichtende Landesumlage wird mit 20 v. H. der Ertragsanteile für 1954 der niederösterreichischen Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben festgesetzt und ist von den Bruttoertragsanteilen der Gemeinden, vermindert um 5 v. H. des auf die Gemeinden entfallenden Vorzugsanteiles des Bundes, zu berechnen.

#### § 2

(1) Die Einbringung der Landesumlage hat derart zu erfolgen, daß von den den Gemeinden gebührenden monatlichen Vorschüssen auf die Ertragsanteile 20 v. H. der gemäß § 1 berechneten Beträge zugunsten des Landes einbehalten werden. Eine weitere Umlegung der von den Städten mit eigenem Statut und den

Gemeindeverbänden aufzubringenden Landesumlage auf die Gemeinden ist nicht mehr vorzunehmen.

(2) Die endgültige Abrechnung der Landesumlage erfolgt anlässlich der endgültigen Abrechnung der Ertragsanteile der Gemeinden auf Grund des Rechnungsabschlusses des Bundes.

#### § 3

Mit der Vollziehung dieses Gesetzes ist die niederösterreichische Landesregierung beauftragt.

Ich ersuche das Hohe Haus, dieses Gesetz anzunehmen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Es liegt keine Wortmeldung vor.

(Nach Abstimmung über den Wortlaut des Gesetzes, über Titel und Eingang und das Gesetz als Ganzes sowie über den Antrag des Finanzausschusses, Punkt 9): **A n g e n o m m e n.**

Ich ersuche den Herrn Referenten, den Bericht zum Allgemeinen Dienstpostenplan zu erstatten.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL: Hohes Haus! Ich habe bereits am Schlusse meines Motivenberichtes den Dienstpostenplan erläutert, außerdem liegt er dem Hohen Hause vor und ist im Besitz sämtlicher Mitglieder des Hohen Hauses. Ich glaube daher, von einem detaillierten Referat absehen zu können und ersuche den Herrn Präsidenten, über den Dienstpostenplan die Debatte einzuleiten beziehungsweise die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Wenger.

Abg. WENGER: Hohes Haus! Im Dienstpostenplan reicht die vorgesehene Anzahl der in der Gruppe D einzureihenden Beamten des pragmatischen Dienstes nicht aus, um alle auf diesem Gebiet in Erscheinung tretenden berechtigten Wünsche zu erfüllen.

Ich bitte Sie daher, folgendem Antrag Ihre Zustimmung zu geben (*liest*):

„Die im Dienstzweig ‚Kanzleidienst‘ in der Verwendungsgruppe ‚D‘ vorgesehene Zahl der pragmatischen Dienstposten wird zu Lasten der Anzahl der Vertragsbediensteten-Dienstposten um 80 erhöht.“

Ein weiterer Antrag, den ich ebenfalls stellen werde, beruht auf der Tatsache, daß die in der Verwendungsgruppe E vorgesehenen Dienstposten ebenfalls nicht ausreichen, um den gerechtfertigten Bedürfnissen Rechnung zu tragen.

Ich stelle daher folgenden Abänderungsantrag zum Dienstpostenverzeichnis des Dienstpostenplanes 1954 (*liest*):

„Die im Dienstzweig ‚Allgemeiner Hilfsdienst‘ in der Verwendungsgruppe ‚E‘ vorgesehene Zahl der pragmatischen Dienstposten wird zu Lasten der Anzahl der Vertragsbediensteten-Dienstposten um 10 erhöht.“

Ich bitte Sie, beide Anträge anzunehmen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL (*Schlußwort*): Es wurden zum Dienstpostenplan zwei Abänderungsanträge gestellt, und zwar vom Herrn Abg. Wenger. Ich ersuche den Herrn Präsidenten, über diese abstimmen zu lassen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Dienstpostenplan liegen außer dem Antrag des Finanzausschusses zwei Abänderungsanträge vor.

(*Nach Abstimmung über die beiden Abänderungsanträge des Abg. Wenger*): Abgelehnt.

(*Nach Abstimmung über den Allgemeinen Dienstpostenplan 1954 sowie über die hierzu im allgemeinen Teil des Dienstpostenplanes festgelegten Grundsätze*): Angenommen.

Ich ersuche den Referenten Abg. Schöberl, zum Dienstpostenplan 1954 für die Bediensteten der niederösterreichischen Straßen- und Brückenverwaltung zu berichten.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL: Ich teile dem Hohen Hause mit, daß ich auch diesen Dienstpostenplan bereits in meinem Motivenbericht zum Voranschlag 1954 erwähnt habe und ersuche den Herrn Präsidenten, auch darüber die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT SASSMANN: Eine Wortmeldung zu diesem Dienstpostenplan liegt nicht vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

(*Nach Abstimmung über den Dienstpostenplan 1954 für die Bediensteten der niederösterreichischen Straßen- und Brückenverwaltung sowie über die hierzu im allgemeinen Teil des Dienstpostenplanes festgelegten Grundsätze*): Angenommen.

Nach Verabschiedung des ordentlichen Voranschlags, des außerordentlichen Voranschlags, des Gesetzentwurfes über die Einhebung einer Landesumlage für das Jahr 1954, des Allgemeinen Dienstpostenplanes 1954 und des Dienstpostenplanes 1954 für die

Bediensteten der niederösterreichischen Straßen- und Brückenverwaltung sowie nach Genehmigung der im allgemeinen Teil der beiden Dienstpostenpläne festgelegten Grundsätze gelangen wir nunmehr zur Abstimmung über den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1954 als Ganzes hinsichtlich Erfordernis und Bedeckung und über den Antrag des Finanzausschusses zum Voranschlag, Punkt 1 bis 8, Punkt 10 bis 11 und Punkt 9 im Wortlaut des Gesetzes, für Titel und Eingang und für das Gesetz als Ganzes.

Ich bitte den Berichterstatter, den Antrag des Finanzausschusses zum Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1954 Punkt 1 bis einschließlich Punkt 11 zu verlesen.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL: Der Antrag des Finanzausschusses zum Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1954 lautet (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Der Bericht der niederösterreichischen Landesregierung zum Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1954 wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

2. Der Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1954 wird mit Ausgaben im ordentlichen Voranschlag von 578,977.000 S und im außerordentlichen Voranschlag von 102,664.000 S, zusammen von 681,641.000 S und Einnahmen im ordentlichen Voranschlag von 540,535.000 S und im außerordentlichen Voranschlag von 30,600.000 S, zusammen von 571,135.600 Schilling, mithin mit einem Abgang im ordentlichen Voranschlag von 38,441.400 Schilling und im außerordentlichen Voranschlag von 72,064.000 S, zusammen daher von 110,505.400 S genehmigt.

3. Die niederösterreichische Landesregierung wird beauftragt, im Rahmen der Voranschläge und unter steter Bedachtnahme auf das Gesamtinteresse des Landes nur die zur sparsamen und wirtschaftlichen Führung der Landesverwaltung unbedingt notwendigen Ausgaben zu machen. Die Anweisung und Auszahlung darf jedoch nur dann und soweit erfolgen, als die veranschlagte Bedeckung auch tatsächlich erreicht wird.

Der unbedeckte Teil der Ausgaben des ordentlichen Voranschlags von 38,441.400 Schilling darf, insofern es sich nicht um gesetzliche oder zwangsläufige Verpflichtungen des Landes handelt, nur insoweit zur Anweisung und Auszahlung gelangen, als durch Mehreingänge bei den veranschlagten

ordentlichen Einnahmen, durch nichtveranschlagte ordentliche Einnahmen und durch tatsächlich erzielte Ersparnisse bei den ordentlichen Ausgaben die Deckung gefunden werden kann.

Zur Sicherung dieses Auftrages wird die niederösterreichische Landesregierung verpflichtet, bis zu diesem Zeitpunkte allgemeine, gleichmäßige, perzentuelle Kürzungen aller Voranschlagsansätze des ordentlichen Voranschlages, soweit es sich hierbei nicht um gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen des Landes handelt, vorzunehmen.

Zur Bedeckung des Abganges im außerordentlichen Voranschlage in der Höhe von 72,064.000 S wird die niederösterreichische Landesregierung ermächtigt, verzinsliche schwebende Schulden oder Anleihen bis zur selben Höhe aufzunehmen.

Die Inanspruchnahme der Kredite des außerordentlichen Voranschlages darf nur insoweit erfolgen, als ihre Deckung durch die vorgesehene Zuweisung aus der ordentlichen Gebarung oder durch Kreditoperationen gesichert ist.

Um durch eine übermäßige Inanspruchnahme der Geldmittel die Kassenlage des Landes nicht weiter zu verschärfen, wird die niederösterreichische Landesregierung beauftragt, durch allmonatliche Zuteilung von Kassenmitteln den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben (Monatsplan) sicherzustellen.

Um eventuellen Schwierigkeiten in der Kassenlage zu begegnen, welche durch einen späteren Eingang von gebührenden Einnahmen oder durch Ausgaben, welche sich nicht gleichmäßig auf den Jahreskredit aufteilen lassen, entstehen, wird die niederösterreichische Landesregierung ermächtigt, Kassenkredite bis zur Höhe von 40,000.000 Schilling und mit einer Laufzeit bis zu zehn Monaten aufzunehmen.

4. Die bei den einzelnen Voranschlagsansätzen des ordentlichen Voranschlages bewilligten Ausgabenkredite dürfen nur zu den in den einzelnen Voranschlagsansätzen bezeichneten Zwecken, soweit und solange diese fort dauern, bis 31. Dezember 1954 verwendet werden. Die Verwendung von für den Sachaufwand bewilligten Ausgaben für Personalerfordernisse oder die Verwendung von für den Personalaufwand bewilligten Ausgaben für Sacherfordernisse ist nicht gestattet.

5. Die Ausgabenkredite des außerordentlichen Voranschlages dürfen nur nach Maßgabe der erreichbaren Bedeckung bis 31. Dezember 1954 und nur für Maßnahmen ver-

wendet werden, die der Veranschlagung zugrunde gelegt sind. Die niederösterreichische Landesregierung wird ermächtigt, die Ausgabenkredite einer jeden Gruppe des außerordentlichen Voranschlages gegenseitig deckungsfähig zu erklären.

Über Beschluß der niederösterreichischen Landesregierung kann gegen nachträgliche Berichterstattung an den Landtag außerdem festgesetzt werden, daß Ausgabenkredite innerhalb einer jeden Gruppe bei begründetem Bedarf für andere Verwendungszwecke, als im Voranschlage vorgesehen sind, in Anspruch genommen werden.

6. Im ordentlichen Voranschlage 1954 werden folgende Voranschlagsansätze als gegenseitig deckungsfähig erklärt:

- a) 02—64 und 02—76;
- b) 03—20, 03—30 und 03—40;
- c) 040—20, 040—30 und 040—40;
- d) 041—20; 041—30 und 041—40;
- e) 2101—62 und 2101—63;
- f) 41—75, 41—76, 42—61, 42—62, 42—63 und 42—64;
- g) 441—61 und 441—62;
- h) 462—61, 462—62 und 462—63;
- i) 660—20, 660—30 und 660—40;
- j) 661—20, 661—30 und 661—40;
- k) 661—61, 661—62 und 661—63;
- l) 661—65 und 661—66;
- m) 6701—20, 6701—30 und 6701—40;
- n) 6701—61 und 6701—62;
- o) 68—61 und 68—75;
- p) 745—20, 745—30 und 745—40;
- q) 745—61 und 745—62.

Im außerordentlichen Voranschlage 1954 werden folgende Voranschlagsansätze als gegenseitig deckungsfähig erklärt:

- a) 63—62 und 63—63;
- b) 68—61 und 68—75.

7. Die niederösterreichische Landesregierung wird ermächtigt, Kreditüberschreitungen im Einzelfalle bis zur Höhe von 15 Prozent des Voranschlagsansatzes, jedoch höchstens 75.000 S zu Lasten des Voranschlagsansatzes 97—61 zu bewilligen.

8. Als zweckgebundene Einnahmen des ordentlichen Voranschlages werden erklärt:

- a) Voranschlagsansatz 03—52 und 7319—87 für Ausgabeposition 7319—68 und 7319—87;
- b) Voranschlagsansatz 03—53 und 03—87 für Ausgabeposition 03—61 und 03—87;
- c) Voranschlagsansatz 461—61 und 461—87 für Ausgabeposition 461—61 und 461—87;
- d) Voranschlagsansatz 941—51, 442—87 und 444—87 für Ausgabepositionen 442—61 und 442—87 sowie 444—61 und 444—87;

e) Voranschlagsansatz 941—54 zu 75 Prozent und 79—87 zu 100 Prozent für Ausgabeposition 79—62 und 79—87;

f) Voranschlagsansatz 942—53 und 39—87 für Ausgabeposition 39—61 und 39—87;

g) Voranschlagsansatz 96—51, 96—86 und 96—87 für Ausgabeposition 96—75 und 96—87.

Insoweit sich die obigen Einnahmegebühren im Laufe des Jahres erhöhen oder vermindern, erhöhen oder vermindern sich im selben Ausmaße die entsprechenden Ausgabengebühren.

9. Der Gesetzentwurf über die Einhebung einer Landesumlage für das Jahr 1954 wird genehmigt und die niederösterreichische Landesregierung angewiesen, die Durchführung zu bewirken.

10. Die niederösterreichische Landesregierung wird beauftragt, geeignete Maßnahmen zu treffen, welche dem Finanzreferat eine laufende Überwachung der Inanspruchnahme der Kredite ermöglichen.

11. Der allgemeine Dienstpostenplan 1954 und der Dienstpostenplan 1954 für die Bediensteten der niederösterreichischen Straßen- und Brückenverwaltung sowie die im allgemeinen Teil der beiden Dienstpostenpläne festgelegten Grundsätze hierzu werden genehmigt.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

PRÄSIDENT SASSMANN: *(Nach Abstimmung über den Antrag des Finanzausschusses zum Voranschlag 1954, Punkt 1 bis Punkt 8, Punkt 10 bis Punkt 11 und Punkt 9 im Wortlaut des Gesetzes, für Titel und Eingang und für das Gesetz als Ganzes):* A n g e n o m m e n.

Somit ist der Voranschlag für 1954 verabschiedet. Das Wort hat Herr Landesrat Müllner.

Landesrat MÜLLNER: Hohes Haus! Bevor die Sitzung des Hohen Landtages geschlossen wird, erlaube ich mir, noch einige Gedanken vorzubringen. Vor allem erachte ich es als meine Pflicht, allen jenen Beamten, die an der Erstellung des Voranschlages mitgearbeitet haben, den herzlichsten Dank auszusprechen. Ich will ihnen aber nicht nur für die Erstellung des Voranschlages Dank sagen, sondern ich danke den Beamten auch dafür, daß sie während des ganzen Jahres an der ordnungsgemäßen Finanzverwaltung arbeiten.

Nun ist die Budgetdebatte zu Ende. Der Hohe Landtag hat sich in dieser Debatte mit dem Budget als Ganzes und mit den einzelnen

Voranschlagsansätzen befaßt. Er hat sich natürlich auch mit dem Finanzreferenten befassen müssen, und hat es in sachlicher Weise getan, manchmal in schärferer, manchmal in weniger scharfer Weise. Daß ich noch in solcher Rüstigkeit vor Ihnen stehe, das danke ich Ihnen.

Ich möchte darauf hinweisen, daß es nicht so ist, wie es im Radio oder sonst scherzhaft oder gut gemeint heißt, daß der Finanzreferent erschöpft auf seine Bank niedersinkt und dann vom Landtag in den tiefen Keller hinuntereilen muß (*Landeshauptmann-Stellvertreter Popp: Wir sind eben menschenfreundlich! — Heiterkeit.*) Ich möchte sagen, daß es auch kein Geheimnis ist, wie im Wiener Radio in einer besonderen Stunde gesagt wurde, daß der Herr Finanzreferent ein Mathematiklehrer ist. Wenn Sie meinen, daß ich hier mit erhobenem Zeigefinger Vorträge halte, so ist das nicht so ernst gemeint. Ich habe den Zeigefinger nicht als Mahnung erhoben, sondern ich habe es nur getan, um Ihnen meine Ansicht klarzulegen. Es ist vielleicht interessant, daß nicht nur ich in dieser „Radiostunde“ beurteilt wurde, sondern auch der Sprecher der Opposition, der so oft nein sagt, bis er endlich nach 20 Minuten vor dem Standesbeamten der Koalitionsparteien ein deutliches Ja sagt. Ich weiß nicht, ob ich der Standesbeamte sein soll oder jemand anderer. Auf jeden Fall sage ich Ihnen: Wir — und auch ich persönlich — nehmen diese Äußerungen sogar sehr gern entgegen, weil trotz der gedanklichen Verschiedenheiten, trotz der verschiedenen Ansichten, trotz der oft scharfen Gegensätze immer noch ein Funken österreichischen Humors übrigbleiben soll, und glauben Sie es mir, daß ich sehr viel für Humor übrig habe, insbesondere dann, wenn er zur Lösung mancher kritischen Situation beiträgt. Deshalb sind wir auch unserem Landeshauptmann dankbar, wenn er auch manchmal sehr scharf vorgeht, aber dann mit seinem Lachen doch die Situation rettet.

Ich möchte daher sagen: Wenn Sie für Witze etwas übrig haben, dann können Sie solche heute um 19 Uhr, wie der Radiosprecher schon angekündigt hat, wieder in der besagten „Stunde“ hören.

Aber noch eines möchte ich Ihnen sagen: Meine Meinung ist, daß über all den Debatten auch eines stehen soll: das ist die Achtung vor der persönlichen Qualität des anderen, vor der persönlichen Qualität desjenigen, der eine andere Ansicht zu vertreten hat. Und das danke ich Ihnen, daß ich diese Meinung auch nach dieser Budgetdebatte mit nach Hause nehmen kann. Ich glaube, so wie Sie die Achtung vor der Persönlichkeit uns ent-

gegenbringen, können auch Sie versichert sein, daß auch wir die Achtung vor der persönlichen Qualität immer hochhalten. Wir wollen die Budgetdebatte mit dem Gefühl beschließen, daß es selbstverständlich im privaten und noch mehr im politischen Leben gedankliche Gegensätze, Gegensätze der Anschauung, Gegensätze der Überzeugung gibt. Aber über diese Gegensätze hinaus wollen wir uns doch bemühen, ein einheitliches Ganzes zu sein, in dem Bestreben, für die Allgemeinheit in unserem Lande das Beste zu tun.

Das möchte ich deshalb besonders unterstreichen, weil ich auch heute noch eine Pflicht zu erfüllen habe. Es ist das fünfte Budget, das ich Ihnen heute als Finanzreferent vorgelegt habe. Wenn das nächste Budget vorgelegt wird, wird vielleicht der Landtag anders aussehen, es werden sich die verschiedenen Teile Hoffnungen machen, auch dahingehend, daß etwa dann auch der Finanzreferent ein anderer sein wird. Vielleicht sind Sie mit einem neuen Finanzreferenten mehr zufrieden als mit mir. (*Landesrat Stika: Sie müssen uns erhalten bleiben! — Heiterkeit.*) Aber eines möchte ich sagen: Möge auch das nächste Jahr den Wahlkampf mit manchmal schärferen Formen bringen, eines müssen wir bedenken: nach einem Kampf kommt wieder die Arbeit. Und Arbeit kann nicht immer im Kampf erfolgen. Arbeiten heißt zusammenstehen, arbeiten heißt gemeinsame Ziele erstreben, und zu diesem gemeinsamen Ziel, glaube ich, wird sich auch im nächsten Jahr ein neuer Landtag vereinigen, der einen neuen Finanzreferenten wählen und hoffentlich, so wie wir alle, bestrebt sein wird, wieder das Beste zu leisten für unser Land und für unsere Heimat! (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich bringe dem Hohen Haus zur Kenntnis, daß der Antrag der Abg. Stangler und Genossen, betreffend Abberufung des Obmannes des Finanzkontrollausschusses vom Verfassungsausschuß dem Finanzkontrollausschuß zur Stellungnahme übermittelt wurde. Der Finanzkontrollausschuß hat nunmehr den Verfassungsausschuß verständigt, daß die Angelegenheit im Finanzkontrollausschuß geregelt wurde, so daß ein klagloses Funktionieren desselben gewährleistet ist. Die Antragsteller haben daraufhin in der heutigen Sitzung des Verfassungsausschusses den Antrag zurückgezogen. Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

Hohes Haus! Nach mehrtägigen Beratungen im Finanzausschuß und eingehenden Be-

ratungen im Plenum haben Sie nunmehr den Voranschlag 1954 des Landes Niederösterreich bewilligt. Ich darf mit besonderer Freude feststellen, daß sowohl im Ausschuß als auch im Haus die Beratungen auf rein sachlicher Ebene geführt worden sind und alle Beteiligten, von großem Verantwortungsbewußtsein getragen, ihren guten Willen zur Zusammenarbeit zum Wohle unseres Landes gezeigt haben. Mit der rechtzeitigen Verabschiedung des Landesvoranschlages hat das Haus nicht nur von seinem bedeutendsten verfassungsmäßigen Recht Gebrauch gemacht, sondern auch einen neuerlichen Beweis der politischen Reife unseres Volkes gegeben.

Es obliegt mir die Pflicht, von dieser Stelle aus allen jenen zu danken, die mit dem Voranschlag 1954 befaßt waren, vor allem den Mitgliedern des Landtages und der Landesregierung, insbesondere dem Herrn Finanzreferenten und seinen unmittelbaren Mitarbeitern. Mein Dank gebührt nicht minder auch jenen Beamten, die in treuer Pflichterfüllung für ihren Aufgabenbereich an der Erstellung des Voranschlages mitgewirkt haben. Schließlich gilt noch mein besonderer Dank den Mitgliedern des Finanzausschusses, dem Berichterstatter und den beiden Präsidenten für die Unterstützung im Vorsitz, den mit den Voranschlagsarbeiten im Hause befaßten Dienststellen der Landesverwaltung, der Landtagskanzlei und nicht zuletzt der Presse für ihre Berichterstattung.

Im Jahre 1953 sind über das Land Niederösterreich, das ohnehin als schwerstbetroffenes Bundesland noch heute an den unmittelbaren und mittelbaren Folgen des Krieges zu leiden hat, in einem Umfang und Ausmaß wie nicht in Generationen zuvor Unwetterkatastrophen hereingebrochen, die der Wirtschaft des Landes und seiner Bevölkerung schwere Wunden geschlagen haben. Möge dieser Voranschlag, der in ernster Arbeit beraten und beschlossen wurde, dazu beitragen, diese Wunden weitestgehend zu heilen und die Wirtschaft Niederösterreichs zu befruchten. Um diesem Ziele gerecht werden zu können, bedarf es der vollen Ausschöpfung der Finanzkraft des Landes. Hierbei darf aber nicht vergessen werden, daß unsere Heimat nahezu neun Jahre nach Kriegsende noch immer von fremden Truppen besetzt ist und unsere Gesetzgebung unter einer beschämenden Vormundschaft steht. Wenn der Wirtschaft des Landes trotz widriger äußerer Umstände und außerordentlicher Katastrophenschäden beträchtliche Mittel zugeführt werden konnten, so beweist dies, daß unser Volk arbeitswillig und seine Aufgaben selbst zu führen in der Lage ist sowie daß es

aus eigener Kraft und in Frieden leben will. Ich glaube somit im Namen des Hohen Hauses zu sprechen, wenn ich von dieser Stelle aus an die Großen der Welt appelliere, uns die schon sooft versprochene Freiheit zu geben, auf die wir nicht nur einen rechtlichen Anspruch, sondern die zu erhalten wir auch durch unsere Tat bewiesen haben.

Wenige Tage nur noch trennen uns von dem Ablauf dieses Jahres. Ich schließe diese Sitzung, indem ich allen Mitgliedern des Landtages und der Landesregierung, der Beamtenschaft unseres Landes und der gesamten niederösterreichischen Bevölkerung ein gesegnetes Weihnachtsfest und für das kommende Jahr 1954 viel Glück und Wohlstand wünsche. Mit diesen Wünschen verbinde ich die Hoffnung, daß das neue Jahr als das Jahr des wahren Friedens und der endlichen Entspannung in den Weltkonflikten, in besonderem für uns Österreicher als das Jahr, das

uns die volle und uneingeschränkte Freiheit bringt, in der Geschichte bezeichnet werden wird. *(Lebhafter Beifall.)*

Somit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben werden.

Abg. Schwarzott hat sich zum Wort gemeldet, ich erteile es ihm.

Abg. SCHWARZOTT: Herr Präsident, im Namen des Hohen Hauses danke ich für die herzlichen Glückwünsche und erwidere dieselben im Namen des Hohen Hauses. *(Beifall im ganzen Haus.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Mit frohen Weihnachtswünschen und dem Wunsch für ein glückliches „Neues Jahr“ erkläre ich die Sitzung für geschlossen.

*(Schluß der Sitzung um 17 Uhr 4 Min.)*